



Wahspruch:  
Was wir begehren von der Zukunft Fernem  
Dass Brot und Arbeit uns gerichtet sehen,  
Dass unsere Kinder in der Schule lernen  
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.  
O. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Scheckkonto 38.415.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

**Sprechstunden**

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

**Insertionspreis:**

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 1 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

**Abonnements-Bedingungen:**

Halbjährlich ..... Kr. 2.68  
Ganzjährlich ..... 5.76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Ercheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 16

Wien, den 1. Juni 1912.

20. Jahrg.

## Eisenbahner Wiens!

20 Jahre sind vorübergegangen, seitdem sich zum erstenmal Bedienstete österreichischer Eisenbahnen aufrichteten, ihr Geschick fortan den eigenen Händen anzuvertrauen. 20 Jahre schwerer, intensiver Organisationsarbeit sind verfloßen und die Opfer, die den Kampfplatz bedeckten, und die Erfolge, die die Organisation erfocht, geben Zeugnis von der seltenen Ausdauer und Unererschrockenheit, mit der das österreichische Eisenbahnpersonal für seine Sache stritt. Der 20jährige Gedenktag der Gründung unserer Organisation soll nicht unbeachtet vorübergehen! Die Zentrale unserer Organisation veranstaltet daher für die Eisenbahner Wiens

## Bier Jubiläums-Versammlungen

mit der Tagesordnung:

„20 Jahre Eisenbahnerorganisation“

Die Versammlungen finden statt:

**Montag den 3. Juni**

im Floridsdorfer Arbeiterheim, XXI, Angererstraße. Eröffnungschor: Gesangverein „Nordwestbahnbund“. Referent: Genosse Rudolf Müller.

**Mittwoch den 5. Juni**

Reifingers Saal, II, Große Stadtgasse 11. Eröffnungschor: Arbeiter-Gesangverein „Elektra“. Referent: Genosse Franz Dušek.

**Mittwoch den 5. Juni**

Hofmanns „Rosensäle“ X, Favoritenstraße 89. Eröffnungschor: Favoritener Arbeiter-Gesangverein. Referent: Reichsratsabgeordneter Josef Tomšik.

**Mittwoch den 5. Juni**

Baumanns „Stadtgutsäle“, XIV, Sechshausenstraße 3. (Stadtbahnhaltestelle Gumpendorferstraße.) Eröffnungschor: Eisenbahnergesangsaktionen Wien-Westbahn und Hütteldorf. Referent: Genosse Rudolf Müller.

Beginn der Versammlungen um halb 8 Uhr abends.

## Eisenbahner! Kollegen! Genossen!

Keindienstfreier Eisenbahner, der die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Organisation kennt und deren Tätigkeit schätzt, wird bei diesen Versammlungen fehlen, die zeigen sollen, in welchem Lager das Gros der Eisenbahner steht.

**Erscheinet alle! Es fehle kein Mann!**

Die Zentrale.

## Regierungsdank für die Deutschnationalen.

Die Karriere der deutschnationalen Führer.

„Der Eisenbahnminister hat den Oberingenieur der k. k. österreichischen Staatsbahnen, Rudolf Heine, zum Baurat im Eisenbahnministerium ernannt.“ So las man es vor einigen Tagen in den Amtsblättern der Regierung. Eine trockene bürokratische Formalität mit der eine an sich belanglose Ernennung der weiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird, die aber dennoch nicht verschlen wird, bei vielen Leuten nachdenklich gestimmte Betrachtungen auszulösen. Denn was diesmal, wie schon in mehreren vorausgegangenen ähnlichen Fällen des Nachdenkens wert erscheint, ist die prononzierte Persönlichkeit, der das Los der Ernennung zuteil wurde. Herr Rudolf Heine ist ein junger Mann von noch nicht einmal fünfundsiebzig Jahren, und befindet sich sonach in einem Alter, wo andere Sterbliche, denen Fortuna weniger hold lächelnd bei ihrer Geburt zuwinkte, kaum noch jene soziale Stufenleiter hinter sich haben. Die Laufbahn seiner wirtschaftlichen Existenz begann Herr Rudolf Heine als ausgesprochener politischer Parteimann der deutschnationalen Partei, als Sekretär der „Südmark“ in Graz, wo er für den damaligen Abgeordneten und nachherigen Eisenbahnminister Dr. Ritter v. Derschatta die Wahlen leitete, und erst später trat er als Staatsbeamter in den Staatsdienst. Seine Karriere begann er als Bauadjunkt, brachte es sodann bis zum Oberingenieur, und seine vierundsiebzig Jahre sind heute kein Hindernis, um zum Baurat ernannt zu werden.

Nichts ist begreiflicher, als daß die Geschichte dieser Ernennung zunächst die Erinnerung an die vergangenen Fälle ähnlicher Bevorzugung deutschnationaler Politiker zurückruft. Da ist der „Fall Kroh“, über den noch lange nicht Gras gewachsen ist, und der erst vor wenigen Monaten frisch angereichte „Fall Weidenhoffer“, und endlich die ebensowenig einwandfreie Berufung des deutschnationalen Journalisten Eduard Gerstgrasser in das Eisenbahnministerium, die zusammen mit der Ernennung des Herrn Rudolf Heine nochmals in ihrer Gänze gewürdigt werden müssen. Freilich lagen ja die Dinge bei dem fabelhaften und in der Geschichte der politischen Korruption ziemlich beispiellos dastehenden Avancement des Herrn Otto Kroh anders, als sie jetzt bei der Ernennung des Herrn Heine liegen. Herr Kroh wurde, wie man weiß, als kleiner subalternen Beamter einer kleinen Privatbahn in den Staatsbahnbetrieb übernommen und bei der Verstaatlichung der Nordwestbahn über ausdrücklichen Wunsch des Eisenbahnministeriums zum Oberinspektor ernannt, und zwar dann, nachdem er zum Abgeordneten der deutschnationalen Partei in den Reichsrat gewählt worden war. Warum das über ausdrücklichen Wunsch des Eisenbahnministeriums geschieht, darüber hat dieses trotz mehrfacher deutlicher Anfragen bis heute noch immer tiefstes Stillschweigen bewahrt, und der Öffentlichkeit bleibt es wohl bis ans Ende der Welt überlassen, sich über die Motive dieser ministeriellen Sehnsucht zu denken, was sie mag. Lagen also bei dem Fall Kroh die Dinge so, daß der Herr deutschnationaler Abgeordnete einfach eine ganze Reihe älterer Vordermänner im Eisenbahndienst im Avancement übersprang, so handelt es sich jetzt im Falle Heine um eine Ernennung, bei der es kein turnusmäßiges Avancement gibt, sondern die im Wege des Vorschlagsrechtes erfolgt. Aber die Leute, die daraus den Schluß herleiten, daß deshalb die Sache weniger bedenklicher erscheinen muß, sind entschieden im Irrtum. Herr Heine hat ernannt werden können, denn es steht

dem beteiligten Eisenbahnministerium ohne Zweifel zu, in Vorschlag zu bringen, wen es für würdig hält, daß ihm die Auszeichnung der Ernennung zuteil wird. Aber ob irgendwelche Gründe vorliegen, die es der Öffentlichkeit begreiflich erscheinen lassen könnten, daß Herr Heine ernannt werden mußte, das ist eine andere Frage, um die sich jetzt alles dreht. Maßgebend für eine im Wege des Vorschlagsrechtes vor sich gehende Ernennung, die grundverschieden von einer turnusmäßigen Vorrückung ist, bleibt, soweit hierbei Gründe, die auch der Außenstehende begreift, in Betracht kommen können, doch nur eine genügend lange Dienstzeit und eine besondere fachliche Qualifikation, die, wenn die Ernennung eben in jüngeren Dienstjahren erfolgt, über das gewöhnliche Maß einer hinreichenden Durchschnittsbefähigung weit hinausgeht. Nun liegt uns sicherlich nichts ferner, als an der fachlichen Lichtigkeit des Herrn Heine irgendwie zu zweifeln. Herr Heine mag vielleicht als Beamter und Techniker besser noch als Politiker qualifiziert sein, aber was jedermann, der nicht die Gründe kennt, die das Eisenbahnministerium zu seinem Vorschlag betrogen haben, einleuchtet, ist die Tatsache, daß ein Mann mit noch nicht einmal 35 Jahren eine ganz besonder glänzende Begabung und ein überragendes Maß an fachlicher Lichtigkeit aufweisen mußte, um jene soziale Stellung begreiflich erscheinen zu lassen, zu der es viele alte, im Dienst grau gewordene Beamte noch nicht gebracht haben. Es mag ja sein, daß es in Oesterreich schon vorgekommen ist, daß unfähige und minder tüchtige Leute als Herr Heine zu Amt und Würden kamen, aber eine Entschuldigung ist es nicht. Und sicher steht auf alle Fälle, daß es außer uns noch viele Leute in Oesterreich gibt, die über eine besonders hervorragende Leistung des Herrn Heine als Eisenbahnfachmann nichts auszusagen wissen, es sei denn, daß einige Fachartikel in deutschnationalen Parteiblättern genügen, sich von der an den Tag gelegten überragenden Lichtigkeit überzeugt zu halten.

Aber was immer die große Öffentlichkeit über die Beweggründe dieser auffallenden Ernennung denken mag, uns dünkt, die Regierung wird auch jetzt schweigen und allen Deutungen den weitesten Spielraum lassen. Bei der innigen Hinneigung, die die Regierung mit den deutschnationalen Politikern verbindet, waltet das Gesetz, das Goethe für das geheimnisvolle Walten der Naturkräfte in die Worte gekleidet hat:

Geheimnisvoll am Nächten Tag,  
Läßt sich Natur des Schleichers nicht berauben,  
Und was sie dir nicht offenbar mag,  
Das zwingst du ihr nicht ab mit Hebeln und mit Schrauben.

Und so werden auch diesmal die alten und treu gedienten Beamten, denen Herr Rudolf Heine mit Siebenmeilenstiefeln vorausgeeilt ist, sich vergeblich die grauen Köpfe zerbrechen, wie so Licht und Schatten so ungerecht verteilt sind. Aber es ist einmal so: Herr Otto Kroh mußte erst deutschnationaler Abgeordneter werden, „Oppositionsmann“, mit Respekt zu sagen, ehe die Regierung sich für den auserwählten „Führer des deutschen Volkes“ zu einer Schuld bekannte, und Herr Dr. Emanuel Weidenhoffer konnte als blutjunger Mann in Pension gehen, als ihm die Wählerschaft den Stuhl vor die Tür setzte, und dem Staate blieb sonach nichts übrig, als seinen Zuschuß zu leisten, als Herr Dr. E. Weidenhoffer Chefredakteur eines deutschnationalen Blattes wurde. Herr Rudolf Heine ist, wie dokumentarisch nachgewiesen ist, mit der Geldhilfe des nordböhmischen Industriellenverbandes zum nationalen Abgeordneten von Tetschen-Bodenbach gewählt worden. Und wo die österreichischen Industriellen wissen, was sie einem „Führer des deutschen Volkes“ schuldig



sind, da sollte es eine k. k. Regierung nicht? In Schillers "Wallenstein" steht etwas vom "Danke vom Hause Oesterreich". Aber seitdem die deutschnationalen Führer glücklich im Lager des Merkantilismus gelandet sind, werden sie sich darüber wohl nie zu beklagen haben!

### Die Forderungen der Eisenbahner im Budgetauschuss.

Am Dienstag den 21. und Mittwoch den 22. Mai 1912 verhandelte der Budgetauschuss die Regierungsvorlage über die Forterhebung der Steuern vom 1. Juli bis 31. Dezember 1912, das heißt über das Budgetprovisorium. Bekanntlich fand im Vorjahr am 16. Dezember 1911 ein Resolutionsantrag, die Aufbesserung der Bezüge der Bediensteten und Arbeiter der k. k. Staatsbahnen betreffend, im Parlament einstimmige Annahme, mit welchem die Regierung aufgefordert wurde, zur Aufbesserung der Bezüge der Bediensteten und Arbeiter der k. k. Staatsbahnen einen Betrag von 38,010.171 Kr. zu verwenden. Die Regierung hat aber der Aufforderung trotz der einstimmigen Annahme des Resolutionsantrages, nicht zur Gänze Folge geleistet, und hat zur Aufbesserung der Bezüge der Bediensteten und Arbeiter der k. k. Staatsbahnen nur einen Betrag von 21 Millionen Kronen verwendet.

Das selbe Spiel wiederholte sich seitens der Regierung bei dem Resolutionsantrag, welcher die Aufbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiter der Hof- und Staatsdruckerei, der Tabakregie, des Salzgefäßes, des Hauptmünzamt, der Telegraphen- und Telephonanstalt, der Kriester Lagerhäuser, der Staatsmontanwerke, der Forste und Domänen und der Straßenträger verlangte. Das Parlament nahm den Resolutionsantrag einstimmig an, doch die Regierung gab dem Antrag nur insofern Folge, daß sie einen Betrag von 25 Millionen Kronen zur Aufbesserung der Bezüge der obengenannten Staatsarbeiter verwendet, obwohl der Ausschuss und mit ihm auch das ganze Parlament mehr als die doppelte Summe zu diesem Zweck verlangt hatte.

Da aus diesem Verhalten mit deutlicher Klarheit hervorging, daß die Regierung nur durch das Gesetz gezwungen, dem Willen des Parlaments folgen wird, so hat der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beschlossen, beim Budgetprovisorium zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Hier der Bericht über die Budgetauschuss-Sitzung, in welcher der Reichsratsabgeordnete Genosse Tomschik im Auftrage des Klubs zum Gesetz über die Forterhebung der Steuern einen entsprechenden Antrag einbrachte. Am Mittwoch den 22. Mai 1912, nachmittags 4 Uhr, fand die Budgetauschuss-Sitzung statt. Auf der Tagesordnung stand das Budgetprovisorium. Zum Worte gelangte als dritter Redner der Abgeordnete Genosse Tomschik und brachte zum § 2 des Gesetzes über die Forterhebung der Steuern vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1912 folgenden Zusatzantrag ein:

**Antrag**  
der Abgeordneten Tomschik und Genossen zum § 2 des Budgetprovisoriums.

Der Ausschuss wolle beschließen:  
Zum § 2 sind die folgenden Worte zuzufügen:

...., und zwar mit der Maßgabe, daß für die Erhöhung der Bezüge der Bediensteten und Arbeiter der k. k. Staatsbahnen mit rückwirkender Kraft vom 1. Jänner 1912 an der Betrag von 17,000.171 Kr. und für die Erhöhung der Bezüge der Arbeiter der Hof- und Staatsdruckerei, der Tabakregie, des Salzgefäßes, des Hauptmünzamt, der Telegraphen- und Telephonanstalt, der Kriester Lagerhäuser, der Staatsmontanwerke, der Forste und Domänen und der Straßenträger der zur Durchführung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses vom 20. Dezember 1911 erforderliche Betrag zu verwenden sind."

Diesen Antrag begründete Abgeordneter Tomschik mit folgenden Ausführungen:

"Mit Rücksicht darauf, daß die Resolutionsanträge betreffend die Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner und der übrigen Staatsarbeiter im Dezember vorigen Jahres vom Hause einstimmig angenommen wurden, die Regierung aber die Beschlüsse des Hauses nicht voll und ganz befolgt hat, die Durchführung der Aufbesserungen aber sehr viel zu wünschen übrig läßt, und die von der Regierung verwendeten Beträge nicht den Beschlüssen des Hauses entsprechen, ist es dringend notwendig, diese Angelegenheit im Gesetzwege zu regeln. Ich hoffe, daß alle Parteien für meinen Antrag stimmen werden, da sie ja für die Resolutionsanträge gestimmt haben. (Abgeordneter Steinwender: "Ja, Resolutionsanträge, das ist etwas anderes!") Auf diesen Zwischenruf muß ich schon erklären, daß ich gemeint habe, daß es den verschiedenen Parteien mit ihrer Abstimmung im Dezember vorigen Jahres ernst war. (Abgeordneter Steinwender: "Da überschätzen Sie uns sehr!")

Die Regierung hat anstatt den im Resolutionsantrag für die Eisenbahner angeforderten Betrag von 38,010.171 Kr. nur 21 Millionen Kronen zur Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahnbediensteten und Arbeiter verwendet, was natürlich viel zu wenig ist für die große Anzahl von Personen, um die es sich hier handelt.

Den Angestellten, Unterbeamten und Dienern hat man an Stelle der im Resolutionsantrag geforderten 25prozentigen Quartiergelderhöhung eine solche von durchschnittlich 100 Kr. für Wien, 80, 70, 60 und 50 Kr. für die Provinz bewilligt. Die Aufbesserung der Gehaltsstufe von 1800 Kr. im Gehaltschema der Unterbeamten, Festsetzung des Endgehaltes für die Unterbeamten mit 3000 Kr., sowie die Einführung der zweijährigen Vorrückungsfristen im Gehaltschema der Diener und Festsetzung des Endgehaltes für die Diener mit 2000 Kr. hat man nicht durchgeführt. Ebenso hat man auch den Weichen- und Streckenwächtern die Nachzahlung der alten k. k. Staatsbahnen sehr viel zu wünschen übrig. Auf den Weichen- und Streckenwächtern gibt es eine Menge Stationen und Bahnhofsbedienstete, wo die Arbeiter überhaupt keine Aufbesserungen erhalten haben. Wir haben erwartet, daß Aufbesserungen unter 20 Kr. per Tag nicht stattfinden werden. Leider muß betont werden, daß 10 Kr. Aufbesserungen bei Löhnen von Kr. 220 bis Kr. 280 vorgekommen wurden. Das Eisenbahnministerium hat seinerzeit erklärt, daß es für Lohnaufbesserungen einen Betrag von 8,000.000 Kr. verwendet hat. Wenn ich nun annehme, daß Lohnaufbesserungen an 100.000 Arbeiter gegeben wurden, so müßten diese durchschnittlich per Tag eine Lohnaufbesserung von mindestens 20 Kr. bekommen haben. Wenn man aber nun erfährt, daß eine große Anzahl Arbeiter gar keine Lohnaufbesserung erhalten, eine große Anzahl nur 10 Kr. als Lohnaufbesserung bekommen hat, so erscheint es einem doch fraglich, ob für die Lohnaufbesserungen

der Betrag von 8 Millionen Kronen wirklich verwendet wurde. Es wäre dringend notwendig, daß das Eisenbahnministerium dem Ausschuss einen Bericht erstattet, welche Summen in den einzelnen Direktionsbezirken für Lohnaufbesserungen verwendet wurden, damit man einen Überblick darüber gewinnen kann, welche Summe im ganzen für Lohnaufbesserungen verwendet wurde und wie sie aufgeteilt und verwendet wurde. Denn nur so kann man kontrollieren, ob dem Willen des Hauses entsprochen wurde. Nachdem die Durchführung der Aufbesserung der Arbeiterlöhne sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist es dringend notwendig, den von mir gestellten Antrag anzunehmen, der die Möglichkeit schafft, weitere Lohnaufbesserungen vorzunehmen, eine bessere Lohnautomatik zu schaffen, als in Aussicht genommen ist, und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, welche erst jetzt ausgegeben wurden, vorzunehmen. Was die Aufbesserung der Lohnverhältnisse der übrigen Staatsarbeiter anbetrifft, welche in meinem Antrag gruppenweise angeführt sind, so handelt es sich hier um 66.000 Arbeiter, für welche die Regierung nur einen Betrag von 25 Millionen Kronen aufgewendet hat. Auch da fehlt uns ein näherer Bericht über die Durchführung der Lohnaufbesserungen. Wir wissen nur, daß die Regierung dem Willen des Parlaments nicht entsprochen hat, einen viel kleineren Betrag zu Lohnaufbesserungen verwendet hat, als er in dem Resolutionsantrag von der Regierung gefordert wird.

Angeht die Feuerung, zu deren Abhilfe die Regierung nicht das geringste unternommen hat, ist es dringend notwendig, daß den Eisenbahnern und Staatsarbeitern im Gesetzwege das gegeben wird, was das Haus bereits im Dezember einstimmig von der Regierung gefordert hat. Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen, nachdem man im Dezember vorigen Jahres die Resolutionsanträge einstimmig angenommen hat."

Ueber die Abstimmung dieses Antrages im Budgetauschuss werden wir in der nächsten Nummer berichten.

### Die Arbeiterchaft und der Nationalismus\*).

Der neueste Verstoß der tschechischen Sozialdemokraten, die bei den Wiener Gemeinderatswahlen den deutschen Genossen in den Rücken fielen, gegen ihre sozialistische Pflicht, lenkt wieder aufs neue die Aufmerksamkeit auf die unheilvolle Rolle, die der nationale Gegensatz in dem Kampf der Arbeiter spielt. Da sich die ersten Spuren des Separatismus auch schon in anderen Ländern, auch in Deutschland, bemerkbar machen, ist die Frage nach seinen Wurzeln noch von mehr als bloß österreichischem Interesse.

Solange die nationale Spaltung des Proletariats sich auf die politische Partei beschränkt, bot sie keine allzu große Unzutraglichkeiten. Man gab sich sogar der Illusion hin, daß in diesem föderalistischen Zusammenarbeiten der deutschen, der tschechischen, der polnischen und der anderen sozialistischen Parteien ein ideales Organisationsprinzip erreicht war, das sogar dem aus dem endlosen nationalen Zanf nicht

\* In reichsdeutschen Parteiblättern finden wir den vorstehenden Artikel des bekannten sozialistischen Schriftstellers Anton Pannekoek, der als beachtenswerter Beitrag zur Diskussion des tschechischen Separatismus in Oesterreich angesehen werden kann. Der zweite Teil unseres Aufsatzes stellt einen teilweisen Abdruck aus einer vor einigen Tagen zur Ausgabe gelangten Schrift dar: "Die Arbeiter und die Nation". Von Josef Straßer, Reichenberg in Böhmen. Verlag von Ronge u. Komp. Preis 40 H. Das Buch ist eine vom streng marxistischen Geiste erfüllte lebendig geschriebene Streitschrift gegen den Nationalismus, die wir heute schon unseren Ortsgruppen zur Anschaffung empfehlen möchten. Wir werden übrigens noch ausführlich auf die Ausführungen Straßers zurückkommen. Die Redaktion.

### Feuilleton.

#### Menschenrechte.

Von August Strindberg.

(Diesen Artikel veröffentlichte der kürzlich verstorbene August Strindberg an seinem 63. Geburtstag im Stockholmer "Socialdemokrat".)

Wenn ein Menschenkind geboren wird in einer zivilisierten Gesellschaft, so werden mit ihm Rechte geboren, während die Gesellschaft von dem Neugeborenen Pflichten erwartet, wenn die Zeit gekommen ist.

Das Kind hat das Recht auf Nahrung und elementare Erziehung, und die Gesellschaft soll das Kind ernähren und erziehen, dessen Eltern durch Not oder Nachlässigkeit verhindert sind, es zu tun; denn wenn die Eltern Lumpen sind, soll das Kind dafür nicht bestraft werden.

Aber da das Leben eine Rennbahn ist, wo ein Wettkampf stattfindet, müßten alle gleich gut ausgerüstet sein beim Start. Das geschieht am besten in der Volksschule, obligatorisch und einheitlich für alle, wo der Elementarunterricht unentgeltlich erteilt wird. Lesen, Schreiben und Rechnen heißen die Schlüssel zu allem Wissen, denn damit kann man sich später selbst das übrige aneignen, das im Bücherladen zu kaufen ist.

Wer imstande ist und Lust hat, mehr Kenntnisse zu erwerben, mag es tun; aber damit sollen nicht irgendwelche Rangunterschiede oder andere Privilegien verbunden sein, sondern nur das eine, daß jeder seinen Platz erhält.

Und der, dem es gefällt, den Weg des Studiums zu gehen, soll nicht vom Staat verlangen können, daß er ihm Platz verschafft, wo kein Platz ist, sondern soll es als einen glücklichen Umstand betrachten, daß er auf dem einen oder dem anderen Gebiet mehr weiß als die minder Begünstigten.

Wenn jedermann, seiner natürlichen Begabung, seinem Talent und seiner Neigung folgend, seine Bahn wählt, so soll es ihm ohne Einschränkung offenstehen, nach seinem Verdienst befördert zu werden, soweit seine Tüchtigkeit im Fache reicht.

Die Einschränkungen in der gegenwärtigen veralteten Kastengesellschaft sind: 1. Das Studenten-(Abiturienten-)Examen, das an sich widersinnig ist, da keiner in einem halben

Tage zu zeigen vermag, was er kann und weiß, aber sehr leicht durchfallen kann wegen einiger Kleinigkeiten, die er vergessen hat in diesem großen Sammelfurium von Wissen, das dem Konversationslexikon angehört. Das Studentexamen, das die ganze Jugend gekostet hat, gibt aber doch nicht Brot, sondern ist nur die Einleitung zu einer Fachausbildung. Dennoch ist das Studentexamen eine Schranke auf dem Wege und scheint etwas zu sein, das einen privilegierten Stand bildet, das Rang gibt, und darum muß es fort. Die Erfahrung hat ja gezeigt, daß ein Mann ohne Examen sogar einen Staat verwalten kann (Amerikas Präsident) und daß in einer Monarchie die Ratgeber des Königs ein Regierungsdepartement verwalten können ohne Examen und ohne Kenntnisse in Kleinigkeiten. Das ist ein glänzender Beweis für die Unbedeutendlichkeit des Examen.

In einem Volksstaat (Schweiz) ist die Verwaltung sehr einfach und die Staatsämter sind oftmals unbefodert, werden als Ehrenämter angesehen, als Vertrauensposten, die auch nicht etwa indirekt durch prunkvolle Tracht oder Orden bezahlt werden.

In den bürgerlichen Abteilungen unserer Staatsverwaltung, wie im Postwesen, im Telegraphen- und Eisenbahnwesen, sollte die Beförderung uneingeschränkt sein. So könnte der Briefträger, der ja schreiben und rechnen kann und dem große Geldsummen anvertraut werden, sehr wohl an das Postamt gesetzt werden, wenigstens bei der inländischen Post, falls ihm die Kenntnis fremder Sprachen fehlt.

Der Unterbeamte bei der Eisenbahn sollte Stationsvorsteher werden können; während es sich jetzt zeigt, daß in diesem Amt sehr oft fremde Personen hineingeschoben werden, die keine Ahnung haben von der vielverzweigten Organisation des Verkehrs, und es so eigentlich die sachkundigen Unterbeamten sind, die den Posten auszufüllen vermögen.

In den höheren Graden werden im allgemeinen so geringe Fachkenntnisse verlangt, daß man tagtäglich ganz unbegreifliche Beförderungen erlebt. Jetzt ist dieser Mann Geologe, gleich darauf ist er Kommerzialrat, dann taucht er auf als Eisenbahndirektor und schließlich ist er irgendwo und verwaltet eine Provinz, was doch weder mit der Geologie noch mit Handel oder dem Eisenbahnwesen etwas zu tun hat. Hier zeigt es sich deutlich, daß Nachlässigkeit nicht der Grund zur Beförderung ist, und alle Welt weiß, daß es der Regie-

rungssekretär (und der Kammerer) ist, der die Provinz verwaltet, und daß das Amt des Regierungspräsidenten, "Landeshauptmann" nur für den Inhaber da ist.

Die zweite Schranke auf der Rennbahn sind die Epauletten des Leutnants. Während der Student ehemals durch seine Gelehrsamkeit dem Leutnant den Rang streitig machen konnte, rüstete man den Leutnant nun auch mit dem Studentexamen aus und sein Rang wurde unbestritten. Es war natürlich nicht die Biederweisheit, die zum Kriegsdienst notwendig war, und dieses Luxusstudium war nur eine Umarmung der militärischen Ausbildung; der Unteroffizier wurde mehr Krieger als der gelehrte Offizier. Man hat gesagt, der Krieg sei eine Wissenschaft geworden. Das ist durchaus un wahr. Pulver, Kanonen, Kriegsschiffe werden nicht von Offizieren hergestellt, sondern von Ingenieuren und Arbeitern. Eine Truppe zu führen ist jetzt eine einfachere Sache als früher, und um die Mannschaft schießen zu lehren, wendet man wohl meist den Unteroffizier an, der mit dem Gewehr aufgezogen ist, was vom Offizier nicht gesagt werden kann. Das ganze Leben und alle Schreiberlei in der Kaserne werden vom Unteroffizier geleitet und besorgt, der jeden Mann im Gliede kennt, seine Fähigkeiten sowohl wie seine Mängel. Warum wird er nicht befördert und warum wird ihm mitten in seiner Laufbahn der Weg verperrt? Ja darum, weil es Klassen gibt und Klassenunterschiede, nämlich in einer Monarchie, wo das Machtzentrum seinen ausgewählten Vertrauenspersonen ihre Machtbefugnisse zuerteilt, um einen gewissen Stamm Gehorsamer in Gehorsam zu erhalten. Aber das ist nicht die Idee und nicht die Aufgabe des Staates, der das Wohl aller fördern, die Rechte aller wahrnehmen soll, und der neuere zivilisierte Staat spricht auch nicht von Kasten und Klassen. Es ist eine Annäherung, dieser gesetzwidrige Rückgang auf einen Urzustand, der nur zu finden war in den ältesten Despotien fern in Indien.

Uebrigens gibt es einen europäischen Staat, wo das Offiziersprivileg aufgehoben ist oder doch dem Unteroffizier eine Möglichkeit zur Beförderung gegeben ist. Das ist in der italienischen Armee der Fall, wo ein gewisser Prozentsatz der Unteroffiziere befördert wird. (So war es um das Jahr 1890; ob es seitdem abgeändert ist, weiß ich nicht.)

Am stärksten merkt man dieses Privileg in Kellnern und Bankanten, wo es Amtsdienere oder Bankboten gibt. Diese Unter-



herauskommenden bürgerlichen Staat zur Nachahmung empfohlen wurde. Als aber die nationale Spaltung unter dem Namen Separatismus auf die Gewerkschaften übergriff, wurde auf einmal die Gefahr handgreiflich. Nichts widerwärtiger, als wenn die Arbeiter derselben Werkstatt, bloß weil sie verschiedenen Nationen angehören, sich in verschiedenen Verbänden organisieren und so den gemeinsamen Kampf gegen den Unternehmer erschweren. Sie haben alle dasselbe Interesse gegenüber dem Kapitalisten, sie können nur als eine geschlossene Masse kämpfen und siegen und gehören daher in einer einzigen Organisation zusammen. Indem der Separatismus die Spaltung nach Nationen in die Gewerkschaften hineinbringt, hat er ihre Kraft in hohem Maße gebrochen und den Aufstieg des Proletariats außerordentlich gehemmt und erschwert.

Das ist den Separatisten in hunderten von Artikeln immer wieder auseinandergesetzt; sogar der internationale Kongress hat mit erdrückender Einstimmigkeit ihr Vorgehen mißbilligt. Aber ohne Erfolg. Wie war das möglich? Hatten die Leute ein Brett vor dem Kopf? Waren sie durch nationale Leidenschaft so verblendet, daß sie so einfache Wahrheiten nicht einsehen konnten? Nein, sie konnten ihnen eine andere, genau so mächtige Wahrheit gegenüberstellen, auf die sie sich stützten; und sie konnten sich dabei sogar auf einen internationalen Kongress berufen. In Stuttgart wurde festgestellt, daß Partei und Gewerkschaft auf engste zusammengehören, in stetiger Arbeits- und Kampfgemeinschaft. Wie aber ist das möglich, wenn die Partei nach Nationen gegliedert und zugleich die Gewerkschaftsbewegung international über den ganzen Staat zentralisiert ist? Wo findet die tschechische Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung, an die sie sich eng angliedern kann, wenn sie nicht eine besondere tschechische Gewerkschaftsbewegung schafft?

Die Schwäche der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten in ihrem Kampf gegen die Separatisten lag darin, daß sie als wichtigstes Argument immer die völlige Verschiedenheit des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes auspielt. In einer Zeit, die gerade umgekehrt diese beiden Organe des Klassenkampfes immer näher zusammenbringt, sie zum engsten Zusammenarbeiten nötigt, und ihren Gegensatz immer mehr verwischt, muß eine solche Beweisführung an der Wirklichkeit abprallen. Aber damit bekommt der Separatismus noch kein Recht. Die Wurzel des Widerspruchs liegt nicht in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, sondern in der Spaltung der politischen Partei. Nicht die Spaltung der Gewerkschaften, sondern die Vereinigung der sozialistischen Parteien ist der Ausweg, der einzige wirkliche Ausweg aus der separatistischen Schwächung der Arbeiterbewegung.

Die Nationen sind keine natürlichen Gebilde der Menschheit, sondern Produkte wirtschaftlicher Faktoren. Die „Nationen“, die in Oesterreich den nationalen Kampf führen, sind — wie vor allem unsere Genossen Bauer und Renner in vorzüglichen Untersuchungen dargelegt haben — ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung. Sie sind Organisationen der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, der Intelligenz, aller derjenigen bürgerlichen Klassen, deren Leben auf

Konkurrenz beruht. Daher bringt das Proletariat, sobald es zum eignen Leben erwacht und politisch auftritt, zunächst mit den anderen bürgerlichen Traditionen auch das nationale Empfinden mit. Aber es ist klar, daß ein solches Nationalempfinden in den Lebens- und Kampfverhältnissen des Proletariats selbst keine Nahrung finden kann. Zwischen den Arbeitern verschiedener Nationen besteht kein Interessengegensatz; sie sind einander Freunde und Helfer, während im Kampf um ein besseres Leben und mehr Kultur die anderen Klassen ihrer Nation ihre erbitterten Feinde sind. Man redet oft von einer gemeinsamen Kultur, die Arbeiter und Bourgeoisie derselben Nation verbindet; aber in Wirklichkeit ist nur die äußere Form, die Sprache, dieselbe; der wesentliche Inhalt, die Weltanschauung, die Ideale, die Wissenschaft sind bei Bourgeoisie und Proletariat durchaus verschieden, während sie den sozialistischen Arbeitern aller Länder gemeinsam sind. Wie zwei einander fremde Nationen stehen die beiden Klassen eines Volkes einander gegenüber. Der Klassenkampf, der in den Arbeitern die besondere sozialistische Kulturanschauung großzieht, vertieft immer mehr den Gegensatz der beiden Klassen und webt zugleich um das ganze Proletariat der Welt ein Band internationaler Interessen- und Schicksalsgemeinschaft. So sinkt für die kämpfende Arbeiterklasse das Nationale immer mehr zu einer toten Tradition aus alter Zeit herab.

Die Wirklichkeit des Lebens, die lebendige Kampfgemeinschaft gegen denselben Feind muß sich als Gemeinschafts- und Organisationsprinzip immer mächtiger gegenüber den traditionellen Faktoren durchsetzen. Der gemeinsame Kampf der Arbeiter gegen denselben Unternehmer, gegen den Unternehmerverband eines Landes bedingt notwendig die zentralisierte gewerkschaftliche Einheit ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit — nur als formelles Verwaltungsprinzip, durch die Verschiedenheit der Sprache aufgezwungen, ist eine Gliederung nach der Sprache nötig. Aber dasselbe gilt auch für die politische Partei. Sie führt den Kampf gegen den Staat, die stärkste Organisation, die Hochburg der Bourgeoisie. Der Kampf zur Eroberung der politischen Herrschaft, der wesentlichste Teil des Befreiungskampfes des Proletariats, ist ein Kampf um und gegen die österreichische Staatsgewalt. Er ist den Arbeitern aller Nationen gemeinsam, und erfordert daher eine einheitliche Organisation. Als Kampforganisationen müssen beide, Partei und Gewerkschaften, in derselben Weise staatlich-international einheitlich organisiert sein. Nur zum Zwecke der Agitation, der Aufklärung, der Verbreitung sozialistischer Bildung, an der sie beide interessiert sind, bedingt die Verschiedenheit der Sprache eine Gliederung nach Nationen.

Der Separatismus ist also nur die unvermeidliche Konsequenz der nationalen Autonomie in der Parteiorganisation. Aber es versteht sich, daß seine tiefste Wurzel nicht in einer überholten Organisationsform liegen kann, vielmehr weist diese Form selbst auf die tiefere Ursache hin. In ihr wird gleichsam ausgesprochen, daß das nationale Prinzip als das natürliche, wesentliche Unterscheidungsmerkmal über dem Prinzip des Klassenkampfes steht. In dem grundlegenden Werk von Bauer über die Nationalitätenfrage, das gleichsam die Theorie zu der österreichischen

Praxis bildet, wird das Nationalprinzip als das feste, gegebene vorangestellt und der Sozialismus im Licht dieses Prinzips betrachtet: die sozialistische Politik will das ganze Volk zur Nation machen, es zur Teilnahme an der nationalen Kulturgemeinschaft berufen, und die sozialistische Gesellschaft ist ein Verband nationaler Einheiten, die immer schärfer ihre Eigenart gegeneinander ausprägen. Die Separatisten gehen in der Unterordnung des Klassenkampfes unter das Nationalprinzip noch einen Schritt weiter und bringen das Arbeiterinteresse völlig ihren Nationalinteressen zum Opfer. Ihr ganzer Nationalismus ist nur die Konsequenz des halben Nationalismus, der auch sonst wohl in der Partei herrscht. Ihre schweren Verstöße gegen die einfachsten Gebote des Sozialismus und des Klassenkampfes beweisen klar, wozu die Konzessionen an das Nationalprinzip notwendig führen müssen; sie bilden die praktische Kritik, den Zusammenbruch der österreichischen Praxis, die Nation als Organisationsprinzip im proletarischen Klassenkampf anzuerkennen. Und eine wirkliche Ueberwindung der separatistischen Krise ist erst möglich, wenn überall, in der Taktik, in der Agitation, in dem Bewußtsein aller Genossen der Klassenkampf als das einzige proletarische Prinzip herrscht, gegen das alle nationalen Verschiedenheiten bedeutungslos sind.

Damit wird das nationale Bewußtsein nicht sofort verschwinden. Aber es wird genau so behandelt, wie wir die Religion im Klassenkampf behandeln. Wir gliedern die Arbeiter nicht in religiös getrennte Verbände, sondern heben immer die Klassengemeinschaft, das reale Interesse, als einzig gültiges Organisationsprinzip hervor, über alle religiösen Verschiedenheiten hinweg. Die Religion wird aus dem praktischen Kampfe ausgeschaltet und ihrem Schicksal überlassen. Indem dieselbe Methode auf die nationale Tradition angewandt wird, schaltet man diese aus dem proletarischen Kampf immer mehr aus, verliert sie allmählich ihre Macht in den Herzen der Arbeiter. Damit erst werden die Wurzeln des Separatismus dauernd beseitigt werden.

II.

In seinem Buche über die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie hat Genosse Otto Bauer die Notwendigkeit der nationalen Gliederung unserer politischen Organisationen mit einigen anderen Argumenten zu beweisen versucht. Vor allem verweist er auf die Bedürfnisse der Agitation: die Partei „muß zu den Arbeitern jeder Nation in der Versammlung, in der Presse, in der Organisation in ihrer Sprache sprechen. So braucht sie für die Arbeiter jedes Volkes besondere Redner, besondere Agitatoren, besondere Schriftsteller. Dadurch gliedert sich der Körper der Partei naturgemäß in sprachliche, also national differenzierte Gruppen“. Wort für Wort dasselbe könnte aber auch von den Gewerkschaften behauptet werden. Entweder müßte also auch die Gewerkschaftsorganisation in nationale Gruppen zerrissen werden oder die sprachliche Verschiedenheit ist auch in der Partei kein Grund zu nationaler „Differenzierung“, zur Zertrümmerung der einheitlichen Organisation.

Genosse Bauer fährt fort: „Wenn auch die gesamte Arbeiterklasse mit gleichen Mitteln zu gleichen Zielen strebt, so stehen doch die Arbeiter der verschiedenen Nationen verschiedenen Parteien gegenüber. Dadurch sind den Arbeitern der verschiedenen Nationen auch verschiedene Kampfaufgaben gestellt“. Wenn das ein Grund zur Zerstörung der einheitlichen internationalen politischen Organisation ist, so dürfen auch die Arbeiter einer Nation nicht in einer Partei vereinigt sein. Die deutschen Arbeiter haben im Sudetengebiet andere Gegner zu bekämpfen, als in den Alpenländern. Hat es jemals auf die Kämpfe, die sie zu führen hatten, nachteilig eingewirkt, daß sie derselben Partei angehören?

Am wichtigsten aber erscheint dem Genossen Bauer folgender Grund für die nationale Gliederung der Partei: „Der Sozialismus tritt bei jeder Nation, von der er aufgenommen wird, zu den überlieferten Ideologien der Nation im Gegensatz und wird gerade durch den Kampf mit ihnen zur ganzen Geschichte der Nation in Beziehung gesetzt. Daher ist die sozialistische Gedankenwelt der Deutschen bei aller Uebereinstimmung doch im einzelnen verschieden von der Gedankenwelt der polnischen oder der italienischen Genossen“. Das ist richtig, aber auch die Gedankenwelt des deutschen Holzhauers und des deutschen Bauernknechtes ist eine ganz andere, als die des deutschen Fabrikarbeiters, ja man darf wohl behaupten, daß sich das geistige Leben des deutschen Industrieproletariats von dem des deutschen Landarbeiters in vielen Beziehungen stärker unterscheidet als von dem des tschechischen Industrieproletariats. Noch mehr. „Ihren Gedanken, ihren Stimmungen, ihrem Temperament nach“ sind die deutschen Schmiede den deutschen Webern, die deutschen Maurer den deutschen Mechanikern weniger ähnlich als ihren tschechischen Berufsgenossen. Nichtsdestotrotz haben alle deutschen Arbeiter in einer Partei Platz, warum sollen gerade die nationalen Unterschiede die Arbeiterpartei in mehrere Parteien zerreißend dürfen?

In dem einen Punkt haben die Separatisten recht: Wenn die Zerstückung der österreichischen Sozialdemokratie in mehrere nationale Parteien ein

beamten sind Diener und werden darum einfach beim Namen genannt, ohne Herrrentitel, während man den höheren Beamten (der doch Diener der Allgemeinheit ist) Herr nennt.

Nun ist es so, daß alte Diener in gewissen Amtsstufen so vertraut mit der ganzen Amtstätigkeit sind, daß sie die neu eintretenden Beamten unterrichten müssen; und ich habe Amtsabteilungen gesehen, wo der Diener die eigentliche Stützstütze des Vorstehers, ja fast dessen erster und nächster Mann war. Auf Bökallern wird zuweilen die ganze Amtstätigkeit von einem alten Subalternen versehen, wenn der Chef auf der Jagd ist oder Urlaub genommen hat; aber der Diener erhält dafür keinen Rang, keine besondere Vergütung und wird nicht befördert.

In privaten Banken kenne ich Laufjungen und Bankboten, die zu Beamten befördert wurden, und zwar auf Grund wirklicher Verdienste.

Aber hier begegnet man auch der strengsten Scheidung zwischen Herren und Nichtherren. In Norwegen und in Dänemark bedient man sich nicht des Herrrentitels. „Hören Sie, Abbjörnsen“, sagt man und nicht Herr Abbjörnsen; das wäre ja nachahmenswert.

Dann haben wir die Diensthöfen! Wenn man schließlich den freien Austausch zwischen Arbeit und Lohn anerkennt, das Handgeld und die Gesindeordnung, die Hauszucht beseitigt, müßte doch die Stellung des Diensthöfen in einem Hause auf etwas anderes gegründet sein als auf Herrschaft und Unterthänigkeit. Der Diensthöfen gibt seine Arbeit im Austausch gegen Lohn und Brot, und der Arbeitsvertrag ist frei. Warum behandelt man da den Diensthöfen als Untergebenen, während doch die Herrschaft ebenso abhängig vom Diensthöfen ist und somit in seiner Abhängigkeit steht? Warum soll das Dienstmädchen deshalb gebuzt werden, weil es einen Arbeitsvertrag hat, und warum soll es seinen bürgerlichen Namen verlieren? Und mit welchem Recht mißt man sich in dessen Privatleben? Es braucht ja nur einmal ein Diensthöfen aus dem Dienst zu gehen und man wird merken, wie hilflos man ist, wenn das Haus auf dem Kopfe steht; man kann geradezu gar nichts: kein Feuer anmachen, keine Lampe anzünden, kein Bett machen, nicht den Tisch decken und am allerwenigsten Essen bereiten, was eine große Kunst ist. Da bekommt man ein Gefühl dafür, welchen Dank man dieser Unentbehrlichen schuldet, ohne die das Leben unmöglich ist — für die oberen Schichten.

Desgleichen: der Arbeiter! Laß einmal etwas entzweigen im Hause, bloß ein Schloß zum Beispiel! Selbst kann man es nicht machen, irgendein Ingenieur oder Professor der Mechanik kann es auch nicht, keiner kann es besser als der Schlosser; er ist also unentbehrlich und sollte eine außerordentlich gute Bezahlung nehmen. Aber das tut er nicht, sondern er läßt sich viel zu wenig bezahlen, obwohl er allein mit seinen Fachgenossen ein Monopol hat oder einen Trust ausmacht, ohne es zu wissen. Wir, die in modernen Häusern mit maschinellen Einrichtungen wohnen, bekommen die Abhängigkeit vom Arbeiter zu fühlen; wenn das elektrische Licht nicht brennt und man erwartet Gäste, da ist die Rettung nur bei einem, und wenn die Zentralheizung verfaßt, da steht man ratlos und muß beim Arbeiter betteln um baldige Hilfe. Er läßt uns vielleicht warten, damit wir lernen, was er wert ist; aber es ist oft nur Gedankenlosigkeit und Schländrian, daß wir den, von dem wir abhängig sind, so behandeln, als wäre er unser Diener....

Aber ich habe einmal dieser Zeitung versprochen, über meine Erinnerungen aus zwei Generalstreiks zu schreiben und wie ich entdeckte, welche hilflose, überflüssige Zugartikel wir Nichtarbeiter sind und wie die ganze Gesellschaft mit ihrer Kultur, ihrer blühenden Kunst, ihrer Poesie und ihrer sterilen Gelehrsamkeit nur aus Gnaden derer besteht, die die Grundfesten und Mauern bilden.

„Wenn die Arbeit nach Verdienst bezahlt werden sollte, müßte die Industrie aufhören“, hat jemand gesagt. Mag denn die Industrie zusammenstürzen, wenn sie auf so ungerechter Grundlage aufgebaut ist oder auf die Unterbietung oder auf Mißbrauch, den sie mit der Kollage eines Menschen treibt.

Und mögen die, die gegen den Klassenkampf predigen, lieber darauf bedacht sein, die Klassen und die Klassenranken zu beseitigen; den Zutritt zur Rennbahn freimachen und dafür sorgen, daß für alle der Start unter gleichen und gleichartigen Verhältnissen vor sich geht, ohne Kniffe und Schliche. Das würde den Haß befähigen, das Leben erträglich machen und hoffnungsvoll für die, die dort unten hoffnungslos darben, ohne Hoffnung, jemals hinaufzukommen an die Seite ihrer Mitmenschen, derer, die sich einbilden, über ihnen zu stehen, die ersten zu sein, obwohl sie, wie sich schließlich herausstellt, die letzten sind.



Fortschritt war, dann ist nicht einzusehen, warum nicht neben der Wiener Gewerkschaftskommission die Prager Kommission als vollkommen ebenbürtige Körperschaft stehen soll. Der gewerkschaftliche Separatismus ist nur eine Konsequenz des politischen, logisch und auch historisch. Denn es ist nicht richtig, daß der Separatismus seinen Reformeifer ursprünglich auf die Gewerkschaften beschränkt und erst später die politische Organisation in das Bereich seiner segensreichen Tätigkeit gezogen hat. Die Dinge liegen gerade umgekehrt. Seinen ersten Triumph hat der Separatismus auf dem Wimperberger Parteitag gefeiert, die Gliederung der österreichischen Sozialdemokratie in nationale Gruppen war seine erste Großtat.

Freilich wurde das damals nicht erkannt. Auch Genossen, die über den Verdacht nationalisistischer Neigungen erhaben sind, haben die nationale Gliederung der Partei für einen Fortschritt gehalten. Wie es möglich war, daß der gewerkschaftliche Separatismus sofort als solcher erkannt und bekämpft wurde, der politische aber nicht? Dieser Unterschied erklärt sich daraus, daß die Aufgaben der politischen Organisation viel komplizierter sind als die der Gewerkschaft. Ob eine bestimmte Taktik, eine bestimmte Organisationsform zweckmäßig ist oder nicht, muß in der Gewerkschaft viel früher offenbar werden als in der politischen Organisation, denn es handelt sich in der Gewerkschaft um viel einfachere, klarere Verhältnisse. Das Uebergehen der Tschchoslawen von der zentralistischen zur separatistischen Gewerkschaftsorganisation muß zur Folge haben, daß sie nicht die kleinste Lohn-erhöhung, nicht die unbedeutendste Arbeitszeitverkürzung durchsetzen können, und daß infolgedessen ihre „Gewerkschaften“ die Arbeiter nicht anziehen. Das ist ein klarer Mißerfolg, und die Separatisten können das vor Leuten, deren Gehirne der Nationalismus nicht vollständig verpöclet hat, unmöglich in einen Erfolg umdichten. Nicht so einfach liegen die Dinge in der Politik. Da ist die Möglichkeit von Scheinerfolgen viel größer als auf wirtschaftlichem Gebiet. Zum Beispiel: Die Separatisten können behaupten, daß sie ohne die Bewegungsfreiheit, die sie der nationalen Gliederung der Partei verdanken, den großen Wahlsieg im Jahre 1907 nicht hätten erringen können. Dieses Argument für die Notwendigkeit der nationalen Selbstständigkeit macht gewiß einen großen Eindruck auf viele Genossen. Vor allem natürlich auf jene, die der Meinung sind, daß die Macht unserer Partei von der Anzahl ihrer Mandate abhängt und daß es gleichgültig ist, wie man die Mandate bekommt; aber auch auf andere: ein großer Wahlsieg kann ja aus dem Erstarken der Organisation zu erklären sein. Freilich kann er auch andere Ursachen haben: Es ist möglich, daß viele sozialdemokratische Stimmen von Miskäufem herrühren, denen die Partei sympathisch ist, nicht weil sie sich in ihren Anschauungen dem Sozialismus nähern, sondern weil sich die Partei vom Sozialismus entfernt, indem sie zum Beispiel dem Nationalismus Konzessionen macht. Wahlsiffern lassen immer verschiedene Deutungen zu, und die richtige findet auch der gründlichste Kenner aller in Betracht kommenden Verhältnisse nicht in jedem Falle sofort. Auch er kann für einen ersten Erfolg halten, was sich nach einigen Jahren als Scheinsieg erweist. Es gibt auch in der Politik Arsenikessererfolge. Eine Partei kann sich scheinbar kräftig entwickeln, während sie in Wirklichkeit dem Verfall zutreibt. Der Separatismus hat es uns gezeigt. Es dauert in einem solchen Falle natürlich immer ein Weilchen, bis der wahre Sachverhalt erkannt wird. In der Politik haben wir eben mit viel verwickelteren Verhältnissen zu tun als in der Gewerkschaft.

Und so wird der Separatismus wohl noch eine geraume Zeit sein Unwesen treiben können, in der gewerkschaftlichen und erst recht in der politischen Organisation. Aber schließlich werden wir doch zu der Auffassung zurückkehren müssen, daß die nationale Autonomie in der Parteiorganisation, wie wir sie seit dem Wimperberger Parteitag haben, ein Übel ist.

Damit wollen wir keineswegs sagen, daß die Umstände, auf die Bauer hinweist, um die nationale Gliederung der Partei zu rechtfertigen, gleichgültig sind. Die Partei muß ihnen vollkommen Rechnung tragen, sie muß den Genossen jeder Nation die für die Propaganda notwendige Bewegungsfreiheit gewähren. Aber das ist möglich auch innerhalb einer einheitlichen, geschlossenen Partei. Die Zerreißung der Partei in autonome nationale Gruppen hat ihr den schwersten Schaden zugefügt, und sie wird uns noch viel mehr schädigen, wenn wir nicht den Weg einschlagen, der zur Einheit der Organisation führt. Nur in einer straff zentralisierten internationalen Organisation ist auf die Dauer eine Politik des Internationalismus möglich.

### Das Erbbaurecht.

Das Reichsgesetzblatt vom 26. April 1912 veröffentlicht unter der Nummer 86 das sanktionierte Gesetz betreffend das Erbbaurecht. Das Zustandekommen des Gesetzes ist dem gewesenen Justizminister und gegenwärtigen Herrenhausmitglied Dr. Klein zu verdanken, der sich um eine Besserung der Wohnungsverhältnisse ehrlich bemüht. Das Erbbaurecht besteht darin, daß es das Eigentum an Grund und Boden von dem Eigentum an den darauf errichteten Gebäuden trennt, indem der Baugrund Eigentum der Gemeinde, des Landes, des Staates oder eines öffentlichen Fonds bleibt und nur an den Bau-

unternehmer auf eine bestimmte Zeit verpachtet wird. Nach dem neuen Gesetz darf die Pachtzeit nicht weniger als 30 und nicht mehr als 80 Jahre dauern. Das Baurecht erlischt nur dann, wenn der Baueigentümer wenigstens zwei Jahre mit dem Bauzins im Müßstand bleibt. In England hat das Erbbaurecht sich bisher sehr gut bewährt und sich so eingelebt, daß man sich ein anderes Baurecht gar nicht denken kann. Man kennt dort Erbbaurechte, die von 99 Jahren bis 999 Jahren schwanken. Auch in englischen Kolonien, besonders in Neuseeland, hat man das Erbbaurecht eingeführt. Glänzend bewährt sich das Erbbaurecht in Philadelphia, der Hauptstadt des nordamerikanischen Staates Pennsylvania, wo die Wohnungsverhältnisse sehr günstige sind. In Deutschland besteht das Erbbaurecht ebenfalls und hat in einzelnen Städten, vor allem in Frankfurt am Main, dazu beigetragen, daß die Wohnungsverhältnisse sich gebessert haben.

Bis jetzt war bei uns eine Trennung des Eigentums am Grunde von dem Eigentum des Gebäudes, das auf diesem Grunde errichtet wurde, undenkbar. Der Eigentümer des Grundes ist auch Eigentümer des Hauses. Um ein Haus zu bauen, muß man zuerst den Baugrund kaufen. Wer daher Hauseigentümer werden will, muß zuerst Grundeigentümer sein.

Bei der Zusammendrängung und Anhäufung der Menschen in den Städten entwickelte sich eine tolle Spekulation mit Baugründen, deren Preise immer höher getrieben wurden und noch werden. Wer ein Haus bauen will, muß zuerst den teuren Grund kaufen und außerdem die Uebertragungsgebühr zahlen. Alles das wirkt auf die Mieten. Je höher der Preis für den Baugrund, desto höher sind die Kosten des Hauses, und desto höher stellen sich die Mietpreise, denn das „investierte Kapital muß doch verzinst werden“.

Durch die Einführung des Erbbaurechtes soll der Wohnungssteuer entgegengewirkt werden. Nach diesem Recht braucht jemand, der ein Haus bauen will, den Baugrund nicht zu kaufen, sondern zu pachten, für eine Zeitdauer von 30 bis 80 Jahren. Der Grundeigentümer braucht seinen Grund gar nicht zu verkaufen, sondern gegen eine jährliche Rente zu verpachten. Statt des hohen Kaufpreises hat der Bauunternehmer einen jährlichen Pachtzins zu bezahlen. Das Geld, das zum Kauf der Baugründe bisher notwendig war, bleibt erspart und kann zum Bau verwendet werden; die hohen Uebertragungsgebühren entfallen, und es wird eine zu große Belastung des Neubaus mit Hypothekendarlehen zu hohen Zinsen vermieden, kurz und gut: es zeigen sich Vorteile, die sicherlich von der größten Bedeutung sind, und einerseits eine Steigerung der Baukunst und andererseits eine Erniedrigung der Mietpreise zur Folge haben werden.

Diese vertragmäßige Grundbenützungsoberlassung an einen anderen bildet für die Grundeigentümer allerdings eine Belastung; diese ist aber eigentlich nur scheinbar vorhanden, denn in dem Augenblick, in dem er den Grund zur Benützung abtritt, erhält er hierfür eine Rente; sein Grundeigentum kann er sich aber in jeder Weise schütten und auch die Bedingung stellen, daß das Vorkaufrecht an diesem auf seinem Grunde stehenden fremden Hause in erster Linie ihm zusteht, daß die Sicherstellung der Jahresrente auf dem Hause grundbücherlich eingetragen wird.

Dabei läuft der Grundeigentümer auch nicht der Gefahr, von einer eventuell dem Hauseigentümer drohenden Exekution in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Denn sowie das Eigentum am Grunde von dem Eigentum am Hause vollständig getrennt ist, so treffen auch die Lasten und Folgen des Hauses in keiner Weise den Grund und umgekehrt. Ferner: ebenso wie der Hauseigentümer sein Haus frei veräußern und vererben kann, ebenso steht dies auch dem Grundeigentümer bezüglich des Grundes zu. Natürlich unter Berücksichtigung der im Vertrag enthaltenen Bestimmungen.

Für viele kleine Existenzen ist dieses Gesetz von großem sozialen Wert. Kleingewerbetreibende, besser situierte Arbeiter können mit Hilfe des Erbbaurechtes Eigentümer eines kleinen Hauses werden. Allerdings werden im Anfang Schwierigkeiten zu überwinden sein, aber mit der Zeit wird sich das Erbbaurecht auch bei uns einleben.

Bezeichnend ist, daß die kapitalistische Presse das neue Gesetz kaum erwähnt. Die Bauspekulanten und Zinswucherer sind davon gar nicht erbaut, denn es ist nicht geeignet, den Wohnungswucher zu begünstigen und den Baugrund mit ungeheurem Gewinn zu verkaufen. Es wird sich noch Gelegenheit finden, auf dieses wichtige Gesetz zurückzukommen, vorläufig kann gesagt werden, daß durch die Einführung des Erbbaurechtes Oesterreich den ersten Schritt getan hat, der zu einer Binderung des Wohnungselends führen kann, wenn die kompetenten Faktoren es sich angelegen sein lassen, dem Gesetz die größte Publizität zu geben. Wenn die Wohnungsziushypothek ein totes Schweigen, haben die ehrlichen Leute allen Grund, von dem Erbbaurecht zu sprechen und seine Anwendung zu fördern.

### Die Beamtenbewegung.

Wohl keine Tatsache der gewerkschaftlichen Bewegung hat während der letzten Jahre derart die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Klassen erregt wie die, daß das nationalisistische Gift auch in die Reihen der Arbeiterchaft eingedrungen ist, die bisher durch den Sozialismus als immunisiert galten, und daß von diesem schrecklichen Gifte namhafte Teile, insbesondere des tschechischen Proletariats infiziert wurden. Noch wissen die bürgerlichen Wetterpropheten nicht recht, wie sie sich zu der seltsamen Erscheinung verhalten sollen, und sie betrachten sie mit einem lachenden und einem tränenden Auge, halb schadenfroh und halb wehmützig, schwankend zwischen Furcht und Hoffnung, daß der Separatismus die Glieder des kämpfenden Proletariats dauernd schwächen werde. Aber kaum haben die Herren Schwarzenacker und Advokaten noch Zeit gehabt, darüber nachzudenken, fesselt schon eine neue Tatsache ihren Denkapparat: die gewaltige und in ihrer Art einzige Bewegung, von der heute das gesamte Niesenheer der Staatsbeamten und -Angestellten nebst zahlreichen ihnen nahestehenden Gruppen ergriffen ist. In keinem an-

deren Lande — nicht einmal in dem republikanischen Frankreich, geschweige denn etwa im stramm bürokratischen Deutschland — werfen die staatlichen Bediensteten (und nicht nur die der unteren Kategorien) ihre bisherige wirtschaftliche Enthaltensamkeit und Keuschheit so offenkundig und energisch von sich wie bei uns in Oesterreich. Immer mehr Gruppen des Beamtenheeres kommen zum Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Rechte und überzeugen sich unter den derben Schlägen, die ihnen die Teuerung auf den Magen gibt, von der unvermeidlichen Notwendigkeit, daß wirtschaftliche Forderungen nur von Klasse zu Klasse geltend gemacht und durchgeführt werden können; daß alle Standesrückichten eitel und nichtig sind, wenn der Hunger das Weiterdienen verhindert.

Welche Wirkungen die Beamtenbewegung heute schon ausgelöst hat, ist bekannt. Sogar die ältesten Diener der k. k. Hofspringe sind ausgerückt — es sei nur an Herrn v. Plener erinnert — um die Feuertrommel zu ziehen und vor dem „Sindikalismus“ in der Uniform zu warnen. Die Regierung selbst hat die Gefährlichkeit des unter der Asche glühenden Brandes erkannt und — da das Beamtengesetz mit dem Zeitabwärtigen sowie die Dienstpragmatik in der Herbstsession des Abgeordnetenhauses nicht fertig wurden — beschloß, zu Neujahr eine bereits einmal in Aussicht genommene Teuerungszulage auszusprechen. Die für die Verbesserung der materiellen Lage der Staatsbediensteten bestimmte Summe wurde auf den Betrag von 51 Millionen Kronen erhöht, wovon 11,600,000 Kr. allein die Deckung der Kosten der Zeitvorrückung erfordert. Die Regierung hat das natürlich nicht getan, weil sie eingesehen, daß sie durch ihre total verfehlte Wirtschaftspolitik, zumal ihre erwerbsfeindliche Handels- und Finanzpolitik, den Notstand der Beamten hervorgerufen, zum mindesten in hervorragendem Maße verschärft hat; sondern — so wie die Beamten nur unter dem Druck der Not handelnd ihre Ansprüche immer stärker und schroffer akzentuierten — so hat auch die Regierung, nur dem Druck der Beamtenbewegung nachgebend, sich dazu aufgerafft, ein Kreuz und Wulfgeld zu entrichten, um damit einen Teil ihrer Schuld zu sühnen und den Staat vor der Erschütterung durch die vom Hunger gepeinigten Beamten zu bewahren. Weis doch die Regierung recht gut, daß die Bürokratie, auch die kleine und mittlere, eine ihrer Hauptstützen ist und daß sie alle Ursache hat, der Unzufriedenheit der Staatsbeamten zu steuern, und zwar nicht durch Unterdrückungsmassregeln, sondern eben materiell durch Zuzwendung von Mitteln, die das wirtschaftliche Gleichgewicht der Festbesoldeten für einige Zeit notdürftig herstellen. Freilich ist es zweifelhaft, ob das Lehrgeld, das da die Regierung zahlt, auch ausreichen wird. Tritt nicht im Jahre 1917, wo die Handelsverträge ablaufen, eine entscheidende Wendung zugunsten der städtischen Erwerbsklassen ein, dann wird angeichts der fortgesetzten Anwendung der Preisschraube durch die Agrarier und Kartellindustriellen alsbald wieder die Notwendigkeit sich einstellen, das Loch, welches der zügellose Agrarismus in das Budget der Beamten reißt, zu verstopfen. Der Tribut der Bevölkerung an die Agrarier ist ja gerade deshalb so schmerzhaft, weil er immer wieder mit automatischer Wirkung eine Ueberwälzung auf die konsumierenden Klassen erzwingt und den Haushalt des einzelnen wie der Gesamtheit durch seine fortwährenden Störungen beunruhigt und erschüttert. Das gilt von den Fixbesoldeten des Staates — ein Beamter hat zwar nichts, aber das „sicher“ — so wie von den Angestellten und Arbeitern der Privatbetriebe.

Schon aus diesen allgemeinen Gründen ist es vom gewerkschaftlichen Standpunkt notwendig und nützlich, sich mit der Beamtenbewegung zu befassen. Dazu kommen noch spezielle Gründe: Erstens der Umstand, daß ein sehr erheblicher Teil der staatlichen Bediensteten — wir nennen nur die Eisenbahner — den organisierten Arbeitern sehr nahe steht; sodann, daß es sich bei der Bewegung der staatlichen Angestellten nicht bloß um Gehalts-(Lohn-)fragen, sondern nicht in letzter Linie auch um das Sozialisationsrecht handelt. Beide Punkte nehmen in der Beamtenbewegung besondere Gestalt an, und zwar deshalb, weil der Beamte unter ganz anderen Bedingungen seinen Posten erhält als der Arbeiter. Zum Unterschied von diesem — wobei wir bemerken, daß darunter der Kürze halber alle Angestellten in der Privatindustrie gemeint sind — steht der Beamte, wozu auch der Arbeiter mit Beamtencharakter zu rechnen ist, einem Arbeitgeber gegenüber, der sich von den übrigen Arbeitgebern ganz erheblich unterscheidet. Der Arbeitgeber des Beamten ist der Staat, jenes unfassbare und doch allen fühlbare Jabelwesen, welches durch eine verhältnismäßig kleine Gruppe von hohen Bürokraten repräsentiert wird, die die Exponenten und Exekutoren (Anzeiger und Vollstrecker des Willens) der herrschenden Klassen sind. Diese uniformierten Vertreter des Besitzes kennen natürlich nur Interessen des Letzteren, nur Kapitalinteressen. Mögen sie sozialpolitisch noch so fortschrittlich denken, ihr Handeln steht ganz im Banne des kapitalistischen Interessenkreises, wird von diesem diktiert. Selten, daß zwischen Theorie und Praxis ein Kompromiß zustande kommt.

Davon abgesehen, ist zu beachten, daß die Gehalte (Löhne) der Festbesoldeten des Staates einseitig von diesem, das heißt seinen Regierungen (oft ohne Intervention gesetzgebender Körperschaften) festgesetzt werden; das gleiche gilt von den sonstigen Arbeitsbedingungen. Zudem ist der Staat ein Wirtschaftskörper, der seinerzeit wesentlich höhere Forderungen an seine Bediensteten stellt und ihre Verantwortlichkeit auf das höchste steigert. Zwischen ihm, dem Staat, und dem einzelnen Beamten ist der Abstand noch weit größer als zwischen dem privaten Unternehmer — sei es auch der stärkste — und seinem Arbeiter. Der Staat hat namentlich in Oesterreich, wo dank der pfäffisch-byzantinischen Schule und dem jeden geistigen Horizont verengenden Zünftertum die Menschen zur Unselbstständigkeit erzogen werden, und in dem armseligen Krämertum wenn schon nicht die höchste, so doch die wichtigste Erwerbskategorie der Gesellschaft erblickt wird, eine riesige Auswahl von Bewerbern. Ein jeder Akademiker glaubt mit seinem Doktorhut schon den Rechtstitel zu einer Karriere als Staatsbeamter erworben zu haben; von den Absolventen der Mittelschulen strömen gleichfalls viele in die Subalternstellungen des staatlichen Dienstes. Die Militär-



zertifikatisten haben einen förmlichen Anspruch darauf, vom Staat übernommen zu werden. Dazu das Heer von Handwerkern, qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeitern, die in den staatlichen Industrie- und Verkehrsbetrieben unterkommen wollen.

Natürlich sind das ganz unorganisierte, indifferente Massen, die nicht wie andere Verkäufer ihrer Arbeitskraft, auf eine Gewerkschaft gestützt, ihre Bedingungen stellen können. Im Gegenteil, die Nichtangehörigkeit zu einer Organisation (klerikal-patriotische natürlich ausgenommen) ist geradezu eine Voraussetzung für die Aufnahme in den Staatsdienst. Und selbst wenn eine Organisation hinter dem Aufnahmewerber stünde: der Staat ist nicht auf ihn angewiesen, er gebietet auf dem Arbeitsmarkt so souverän, daß er auch bei stärkster Nachfrage über ein ungeheures Angebot von Arbeitskräften jederzeit verfügt. Weit mehr noch als für den Privatunternehmer gilt für den Staat, daß der Lohn von vornherein ein für allemal und für alle ohne Ausnahme einseitig festgesetzt ist, daß der Arbeitsvertrag vom Käufer der Arbeitskraft, ohne daß der Verkäufer Gelegenheit hätte, auch nur den geringsten Einfluß darauf zu nehmen, diktiert wird. Der Staat sagt: Ich nehme nur den, der sich ohne Vorbehalt meinen Bedingungen unterwirft und fügt, und schließlich aus dem Umstand, daß so viele trotzdem sich um eine staatliche Anstellung bewerben, nicht ohne Berechtigung, daß die Bewerber eben durch die Tatsache ihrer Bewerbung auf eine Geltendmachung ihrer Interessen beim Abschluß des Arbeits-(Dienst-)vertrages verzichten. Der Staat täuscht sich auch nicht; denn ihn umlagert stets eine kolossale Reservearmee, während der industrielle Unternehmer und auch der Kleingewerbetreibende nur auf einen beschränkten Zulauf rechnen kann.

Diese ganz unvergleichliche Ueberlegenheit des Staates über den einzelnen — privaten Arbeitgeber und Arbeiter — erklärt vieles, erklärt jedenfalls auch die Erscheinung, daß sich hinter der gleichenden Außenseite, und zwar gerade auch bei den mittleren und höheren Beamtenkategorien, denen kostspielige Repräsentationspflichten auferlegt sind, nicht selten glänzendes Glend birgt, das nur mühselig vor Explosion sich zurückhält, weil die Weisheit der Disziplinierung innerhalb des zur Unterwürfigkeit und zum Kadavergehorsam gedrückten Beamtenheeres noch empfindlicher niederklatscht als innerhalb der organisierten Arbeiterschaft eines Einzelunternehmers. Die Beamten ducken sich und begnügen sich mit dem äußeren Schein, solange es irgendwie geht. In den Aemtern ist die Arbeitszeit gering, der Andrang von Arbeiten nicht sehr groß, die Antreiberei weniger scharf als in den Privatbetrieben. Mancherlei Bequemlichkeiten, die der gewerblich-industrielle Arbeiter entbehrt: die Ehre, der Ehrgeiz, die weniger schmerzliche Ausbeutung, und vor allem das Bewußtsein, für das Leben versorgt zu sein. Diese Sicherheit wiegt viele, wenn nicht die meisten Nachteile des Staatsdienstes auf, zumal auch für die Zeit des Alters und der Invalidität vorgesorgt ist und den Hinterbliebenen gewisse Bezüge zustehen — lauter Begünstigungen, die schwer ins Gewicht fallen, wenn sie auch schon an Gewicht zu verlieren beginnen, weil die Kraft des organisierten Proletariats ähnliche und gleichwertige Sicherungen auch schon für die Privatindustrie zumindest teilweise durchzusetzen im Begriffe steht. Immerhin fällt ein Vergleich zwischen Staats- und Privatbetrieb noch immer zugunsten des ersteren aus, und so wie etwa die landwirtschaftlichen Arbeiter sich nach den Freiheiten des städtischen Proletariats sehnen und vom Lande in die Stadt flüchten, so fühlen sich viele der letzteren von den Vorteilen der staatlichen Anstellung angezogen.

Die Enttäuschungen bleiben natürlich nicht aus. Nicht allein daß der Staatsbedienstete seine Arbeitskraft verkauft, er verkauft auch seine Freiheit. Wenn er auch dem Zivilarbeiter manches voraus hat: das erhöhte Ansehen — welches er übrigens vielfach nur in der Einbildung genießt — vermag ihn nicht für den Entgang mancher Vorteile zu entschädigen, die der unscheinbarste Fabrikarbeiter in Anspruch nehmen kann, sofern er es nur versteht. Solange übrigens der Staat seine materiellen Verpflichtungen voll einhält und die Lebenshaltung des Staatsbediensteten sich auf der gewohnten „Höhe“ behauptet, geht es noch. Allein die Geißel der Lebensmittel- und Wohnungssteuerung trifft den Angestellten des Staates nicht weniger hart wie den Angehörigen eines privaten Berufes. Zum Teil sogar noch härter insofern, weil die Pflichten des Berufes und die Ansprüche an das Leben mit dem Einkommen beim Beamten in einem ärgeren Mißverhältnis stehen oder mindestens, weil dieses Mißverhältnis in Beamtenkreisen stärker empfunden wird.

Bei dem Zudrang zur Beamtenlaufbahn sind eben nicht ausschließlich wirtschaftliche Momente maßgebend, sondern auch solche des Ehrgeizes, der Ehrfurcht, der Bequemlichkeit u. s. w. Es ist vielen Oesterreichern, wenn schon nicht Angehörigen, so doch Anzogenen, sich in eine gewisse Abhängigkeit zu begeben und dafür eine Erleichterung des Kampfes um die Deckung der Lebensbedürfnisse einzutauschen. Die „Versorgung“ ist das Ideal der einen, die Selbstständigkeit als Kleinmeister das Ideal der anderen; das höchste, was der Kleinbürger anstrebt, ist — Hausherr zu sein. Da dies nur wenige werden können, so suchen die Söhne des Kleinbürgertums Ersatz dafür in der Beamtenstellung. Der Staat nützt diese Konjunktur für sich aus und setzt die Arbeitsbedingungen so tief als möglich herunter. Wenn sie sich in der Wirklichkeit nicht so fühlbar machen, so deshalb, weil durch die Ueberfüllung der Aemter die Arbeitslast eine so große Verteilung erfährt, daß sie niemand drückt.

Aber der Gehalt, wenigstens der Subaltern- und Unterbeamten, die ja die ungeheure Mehrheit bilden, ist ganz deutlich das Ergebnis des Ueberangebotes von Arbeitskräften gegenüber einer verhältnismäßig geringen Nachfrage. Diese Situation nützt der Staat gehörig aus. Was er auf der einen Seite verliert, muß er ja auf der anderen hereinbringen. Eine Intensität der Arbeit kann er sich nicht leisten; also muß der „Profit“ in der Entlohnung gesucht werden. Schon das bedingt geradezu eine Minuendoligitation bei den Gehältern, das heißt eine Berechnung derselben unterhalb der Produktionskosten, die die Vorbereitung zur Beamtenlaufbahn verursacht.

Dazu kommt ein weiterer Umstand: Der Staat setzt zwar die Gehalte unter Annahme bestimmter Preise der zum standesgemäßen Leben der Beamten notwendigen Güter fest und sieht sogar gewisse Vorrichtungen vor; allein diese sind so ungenügend, daß sie wachsenden Anforderungen, die das Leben an den mittleren in den Ehestand getretenen Beamten stellt, nicht entsprechen. Der Ausgleich durch den Bezug von Diäten und besonderen Zulagen ist nur für eine kleine Minderheit gegeben. Diesen Bevorzugten steht eine große Mehrheit von Angestellten gegenüber, die Zeit ihres Lebens auf das schmale Bett ihrer fixen Bezüge gespannt sind. Die Folgen dieses Zustandes bleiben nicht aus. Der Zustand verschlimmert sich, wenn der Staat durch seine Wirtschaftspolitik die Grundlagen, auf welche die Gehalte ursprünglich aufgebaut wurden, zu Ungunsten der Beamten verschiebt. Und dies geschieht mit einer Gedankenlosigkeit, die nur noch von dem Zynismus übertroffen wird, mit welchem die Verrückter des Staates und die Nutznießer der Staatsgewalt diese Verschiebung als selbstverständliche Maßregel und als im Interesse des Staates gelegen hinstellen.

Unaufhörlich werden so die unentbehrlichsten Güter des Lebens verteuert, und alle die Voraussetzungen, die einst für die Berechnung der Gehalte bestimmend waren, schwinden dahin. Der Widerspruch zwischen Bedarf und Deckungsmöglichkeit wird immer größer und springt um so mehr in die Augen, als diejenigen, welchen die Wirtschaftspolitik des Staates zugute kommt, einen üppigen Luxus entfalten. Der Gegensatz in der Lebenshaltung der oberen Zehntausend und der Millionen, die auf ihre fixen Bezüge angewiesen sind, wird aber nicht nur augenfällig; er wirkt auch aufreizend und verführt auch andere, die Mittellassen, zu einer vermehrten Ausgabe für Luxuszwede oder doch für eine gesteigerte Lebenshaltung. Das Uebel dieses sonst nicht unbedingt verdammenwerten Prozesses besteht nun darin, daß er sich auf Kosten der bedürftigen Massen vollzieht, daß sich die ganze Wucht des Druckes, den die durch die Handels-, Zoll- und Finanz-(Steuer-)politik des Staates geförderte Wirtschaft der kapitalistischen Klassen ausübt, verderbenbringend nach unten senkt. Die Verhältnismäßigkeit des Dienstvertrages, die von Anfang an nicht groß war, geht verloren — verloren durch die Maßnahmen des Staates, beziehungsweise der ihn beherrschenden Schichten. Die Bedingungen und Voraussetzungen, unter welchen der Dienstvertrag abgeschlossen wurde, existieren nicht mehr. Der Klassenstaat hat sie beseitigt zugunsten derer, die heute trotz allgemeinen Wahlrechts der Staat sind: zugunsten der Besitzenden. Was nützen da Teuerungszulagen, was Gehaltsverbesserungen? Die Warenpreise steigen und die Steuern werden gerade denen aufgewälzt, welche unter dieser Preissteigerung am meisten leiden.

Die Lüge des freien Dienstvertrages — schon bei den Arbeitern der Privatindustrie augenscheinlich — tritt immer greller in Erscheinung bei den Bediensteten des Staates. Die formalrechtlichen Bestimmungen des Vertrages werden zu einer leeren Hülle, der Inhalt hat sich verflüchtigt, weil die materiellen Unterlagen abhanden gekommen sind. Das Entgelt, welches der Staat ursprünglich versprochen hat, ist zusammengeschrumpft. Der Gegenwert, den die Staatsangestellten zu leisten sich verpflichtet haben, ist geblieben. Einzelne Beamte helfen sich, wie sie können; sie besorgen im Nebenamte Dienste, ihre Frauen und Kinder betreiben irgendein Geschäft, das die karglichen Bezüge des Familienoberhauptes aufbessern soll. Es ist nicht mehr standeswidrig, außerhalb des Dienstes Beschäftigung und Verdienst zu suchen. Derlei Nebenbeschäftigungen sind heute bei den Beamten fast allgemein, jedenfalls kommen sie in diesen Kreisen häufiger vor als bei den Arbeitern. Ob das für den Dienst förderlich ist, soll dahingestellt bleiben. Als die sichtbarste Folge des ganzen Systems kann die Protektionswirtschaft gelten, welche bei uns eingerissen ist. Das stürmische Verlangen nach dem automatischen Zeitavancement kann nur darauf zurückgeführt werden. Der Beamte, den seine Leistungen nicht vorwärts bringen können und der vom Wohlwollen, um nicht zu sagen: von der Willkür seiner Vorgesetzten abhängt, will dagegen geschützt sein.

Trotz dieser Verhältnisse, unter deren korrumpierenden Wirkung nicht bloß die Beamtenerschaft, sondern auch der Staat und die Bevölkerung leiden, haben die Beamten bisher von dem Koalitionsrecht nur einen sehr mäßigen, durchaus „standeswürdigen“ Gebrauch gemacht. Sie waren sich anfangs gar nicht bewußt, daß ihnen dieses staatsbürgerliche Recht zusteht und gewöhnten sich nur zögernd daran. Erst das zielbewußte, entschlossene Vorgehen der Eisenbahnbediensteten machte den anderen Gruppen der Staatsangestellten Mut. Vollends aber pakteten die immer mehr sich verschärfenden Existenzbedingungen den bisher loyalsten Elementen unter der Beamtenerschaft Logik ein. Als schließlich die Geduld der Vielgeprüften zu Ende war, traten die Vereine der Beamten und Angestellten ganz und gar als wirtschaftliche Schutzorganisationen auf, denen nur die wirtschaftlichen Interessen vorzuziehen und politische Zwecke nebensächlich sind. Man stützte sich nicht mehr einseitig auf bürgerliche Parteien, sondern rief auch die Sozialdemokratie zu Hilfe, die sich auch ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit der Beamten um deren Interessen kräftig annahm.

Natürlich rief diese intransigente, aber sehr berechtigte Haltung der Beamten in den Kreisen der höheren Bureaucratie ein gelindes Entsetzen hervor. Noch größer wurde dasselbe, als ein Teil der Beamtenerschaft zu dem Mittel der sogenannten passiven Resistenz griff, jener eigenartigen Methode des Widerstandes, durch deren Anwendung man dieselben Wirkungen erzielt wie durch den Streik und die bekanntlich in der genauesten Beobachtung der Dienstvorschriften besteht. Daß die Beamtenqualität nicht vor dem Gebrauch solch revolutionärer, das heißt wirksamer Mittel bewahrt, jagte mancher Ergeltzen eine Gönnehaut über den Rücken. Man war daher seitens der Regierung bemüht, in den Entwurf der Dienstpragmatik solche Bestimmungen aufzunehmen, die den Beamten die Verübung des Koalitionsrechtes verleideten, das Recht auf Organisation illusorisch machen sollten. Ein staatsbürgerliches Grundrecht, das der Vereinigung zur Wahrung der Standesinteressen, sollte den Beamten verweigert, mindestens eingeschränkt werden. Im Staatsanwaltschaften-

ausschuß, wo die Dienstpragmatik beraten wurde, meinte der Minister des Innern, daß die Beamten derlei Einschränkungen schon mit in den Kauf nehmen können, da sie ja ihren Beruf freiwillig gewählt haben. Mein der Ausschuß war anderer Ansicht und gab den Vorschriften, die von der Amtsverschwiegenheit und dem Verhalten in und außer Dienst handeln, eine Fassung, aus der die rückhaltlose Anerkennung des Koalitionsrechtes hervor geht. Dieses Fundament der staatsbürgerlichen Freiheit kann nunmehr den Beamten nicht mehr entzogen werden, da das Plenum des Hauses den Entwurf zum Beschluß erheben dürfte. Da auch die teilweise schon (im Eisenbahndienst) praktizierten Personalkommissionen nunmehr verallgemeinert werden sollen, ist der Anfang eines Prozesses eingeleitet, der die Beamten allmählich aus willkürlichen Objekten der Staatsverwaltung in Subjekte verwandelt, die zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung mitberufen sind. Allerdings, damit die neuen Vorteile von Demagogen und byzantinischen Zuträgern der Vorgesetzten nicht mißbraucht werden, ist der Ausbau und die innere Disziplinierung der Standesorganisationen erforderlich. Erst wenn dies geschehen ist, wird die Beamtenbewegung zu ihrem Ziele gelangen, das in der Befestigung der Garantien für die Wahrung der Berufsinteressen und in der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen besteht.

### Zersplittern oder vereinen?

Wieder ein neuer Kategorienverein der Kanzleihilfen!

In Oesterreich arbeiten wir nun zwanzig Jahre daran, alle Eisenbahner ohne Unterschied der Kategorie in einer einzigen Organisation zusammenzufassen und wir können ruhig sagen, daß diese zwanzigjährige Tätigkeit nicht umsonst gewesen ist und herrliche Früchte gezeitigt hat. Das gibt auch jeder objektiv denkende Eisenbahner zu und alle vernünftigen Kollegen sind mit uns der Meinung, daß diese Organisation, die bereits 60.000 der gesamten Kollegenchaft umfaßt, nur ausgebaut und noch mehr gestärkt werden muß, und es kann noch viel, viel mehr erreicht werden.

Einige Kanzleihilfen der Südbahn sind aber anderer Meinung. Sie haben sich in den Kopf gesetzt, daß die Kanzleihilfen in die große Organisation nicht hineingehören, angeblich weil für die Kanzleihilfen bisher nichts geschehen ist, und sie müssen daher einen eigenen Verein bekommen. Also statt Einigungsbestrebungen Zersplitterung in Kategorievereine. 23 wohlgeachtete Mann bilden bis jetzt das Um und Auf dieses Vereines, der nach den Ausführungen in der Nummer 1 seiner Mitteilungen dazu berufen sein soll, eine schlagfertige Organisation zu bilden, um die trostlose Lage der Kanzleihilfen zu verbessern. Dieses Bestreben wird im einleitenden Artikel der genannten Mitteilungen damit begründet, „daß es in der heutigen Zeit so gang und gäbe sei, daß sich die arbeitenden Menschen in Organisationen zusammenschließen“. Also nicht die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller arbeitenden Menschen ist es, welche die Kanzleihilfen vereinen soll, sondern weil es so der Brauch ist. Dieses Bekenntnis kennzeichnet die Gründer dieses neuen Vereines. Diese Leute wollen mit ihren Bestrebungen ernst genommen werden. Fehlt ihnen doch von vornherein jedes Klassenbewußtsein, jedes Solidaritätsgefühl. Die Kanzleihilfen sind mit Rücksicht auf ihre berufliche Tätigkeit eine Kategorie, die nur sehr schwer dem Organisationsgedanken zugänglich ist. Die in den Kanzleien seit jeher gezüchtete Unterwürfigkeit hat das Selbstbewußtsein getrieblt, der größte Teil der Kanzleihilfen hat um des Ansehens bei den Vorgesetzten wegen auf die Wahrung der eigenen Menschenwürde längst verzichtet. Das soll natürlich kein Vorwurf sein, es ist vielmehr eine Feststellung von Tatsachen, die im herrschenden System der Ueber- und Unterordnung ihre Ursachen haben. Wenn es hin und wieder einmal gelungen ist, einen Teil der Kanzleihilfen zu organisieren, so war das ein kurzes Aufblühen in der Bedrängnis, aber von einer Ausdauer in der Organisationsarbeit war keine Rede. Und nun soll das bisherige Organisationsgedanke, das in dieser Kategorie vorherrschend ist, noch durch die Eigenbrödelei einzelner Leute, die unter allen Umständen was sein wollen, auch noch weggefegt werden.

Die Kanzleihilfen sollen so, wie es in anderen Kategorievereinen bereits geschieht, zur Bichtung des Standesdünkels und Kostengeistes erzogen werden, damit ihnen auch das bisherige Zugehörigkeitsgefühl zur großen Armee der gesamten Eisenbahnerschaft verloren geht. Denn einen anderen Zweck können diese unbedeutenden Vereine nicht erfüllen. Die Gründer dieses Vereines glauben doch hoffentlich selber nicht daran, daß sie ernst genommen werden. Worin soll denn die Schlagfertigkeit eines Vereines der Kanzleihilfen bestehen? Darauf haben die Gründer bisher freilich keine Antwort gegeben und werden sich auch wohlweislich hüten, das zu tun. Denn außer dem Erheben von Forderungen kann der Verein keine andere Tätigkeit entwickeln, es sei denn durch Gewährung von Unterstützungen. Aber auch dazu gehört Geld und bei der Lage der Kanzleihilfen fehlt dazu jede Voraussetzung. Der neue Verein will eine schlagfertige Organisation zum Durchsetzen der Forderungen schaffen. Und das ist die entscheidende Frage, die der Verein nicht lösen kann. Denn mit Petitionieren und Vorreden setzt man keine Forderungen durch. Dazu gehört Macht und die kann weder der Verein der Kanzleihilfen noch ein anderer Kategorieverein schaffen, weil die einzelne Kategorie für den Unternehmer lust ist. Nehmen wir an, daß alle Kanzleihilfen der österreichischen Bahnen vom äußersten Kampfmittel, dem Streik, Gebrauch machen würden, um ihre Forderungen durchzusetzen, was würde geschehen? Nichts, weil wegen der einen Kategorie der Verkehr nicht aufgehalten wird, weil die ganze Kategorie zu ersehen ist. Die eine Kategorie ist daher auf die Gesamtheit aller Kategorien angewiesen. Die Schlagfertigkeit des Kanzleihilfenvereines bleibt also für ewige Zeiten eine inhaltslose Phrase. Die Forderungen der Kanzleihilfen können also nur von der Gesamtheit des Personals durchgesetzt



werden, und dazu ist eine die Gesamtheit des Personals umfassende Organisation notwendig. Darum leisten die Gründer dieses Kategorienvereines, statt Einigungs- und Organisationsarbeit, Zersplitterungsarbeit, und zwar zum Schaden der Kategorie und der Gesamtheit des Personales und zur Freude und im Interesse des Unternehmers. Wer das nicht begreift, dem ist eben nicht zu helfen. Der muß eben warten, bis er von der Entwicklung der Dinge eines Besseren belehrt wird, wenn es auch dann zu spät sein dürfte.

Nun können es natürlich die naseweisen Gründer dieses Vereines in der Nummer 1 ihrer Mitteilungen nicht unterlassen, auch unsere Organisation, der sie alles, was bisher für sie erreicht wurde, zu verdanken haben, zu beschimpfen. Unsere Organisation wird mit den nationalen und konfessionellen Schwindelorganisationen in einen Topf geworfen und wird behauptet, daß unsere ganze Tätigkeit in vielen spaltenlangen pompösen Artikeln liegt, die nur dazu dienen, die Eisenbahnerschaft recht lange am Narrenseil herumzuführen. Da müssen wir die für den Verein verantwortlichen Kanzleigehilfen der Südbahn doch daran erinnern, warum sie im Jahre 1907, als von der Gesamtorganisation für sie die definitive Anstellung überhaupt, und zwar mit dem Anfangsgehalt von 900 Kr., erreicht wurde, diese Verbesserungen nicht zurückgewiesen haben, wenn sie von uns am Narrenseil herumgeführt wurden? Und warum haben sie 1910 und 1911 die weiteren Verbesserungen in Gehalt, Abwancement und Quartiergeld nicht zurückgewiesen, die ihnen allen, ohne ihr Zutun, in Analogie mit den bei den k. k. Staatsbahnen erreichten Verbesserungen zugute gekommen sind? Weil sich diese verantwortungslosen Leute die Sache gar zu bequem machen. Zuerst setzen sie sich an den gedeckten Tisch, den die anderen Kategorien für sie gedeckt haben, und essen mit, und dann beschimpfen sie den, der für sie gearbeitet hat. Zuerst war unsere Organisation gut genug, für diese Leute Verbesserungen zu erreichen und jetzt beschimpfen sie uns. Gewiß sind es nur einige, die in so unverantwortlicher Weise an ihrem Freunde handeln, aber diesen muß die ungeschminkte Wahrheit gesagt werden. Mit Ausnahme von ganz wenigen sind die Kanzleigehilfen der Südbahn niemals organisiert gewesen. Diese wenigen haben gewiß ihre Pflicht in der Organisation erfüllt. Aber die große Mehrheit hat sich stets von der Gesamtheit des organisierten Südbahnpersonals und von der Gesamtorganisation überhaupt die erreichten Verbesserungen erkämpfen lassen. Darum geizt es den Gründern des Kanzleigehilfenvereines nicht, ihre Kollegen, die sie bisher ausgehalten haben, derart zu beschimpfen. Wenn sie ernst genommen werden wollen, dann sollen sie die seit 1905 für sie erreichten Verbesserungen zurückgeben und sollen aus eigener Kraft trachten, dasselbe zu erreichen. Hoffentlich werden alle denkenden Kanzleigehilfen auch fernerhin diesem neuen Verein die gebührende Aufmerksamkeit schenken und ihm, wie bisher, fernbleiben. Wollen die Kanzleigehilfen der Südbahn ihre Forderungen durchsetzen, so müssen sie die Möglichkeit hierzu in der Organisation des Gesamtpersonals suchen und dort werden sie dieselbe durch fleißige Mitarbeit auch finden. Sonst wird eben das eiserne Maß der Entwicklung den Kanzleigehilfen die Augen öffnen, wenn es vielleicht zu spät ist. Wir werden natürlich, ungeachtet der klaffenden Rüter von links und rechts, die Forderungen des Gesamtpersonals weiter vertreten wie bisher. Aber nicht von unseren Worten und unserem Willen hängt die Bürgschaft des Erfolges ab, sondern vom geeinigten und geschlossenen Willen des Gesamtpersonals, der seinen Ausdruck in einer mächtigen, alle Kategorien umfassenden Organisation finden muß.

### Die österreichischen Staatsbahnen in den Jahren 1901—1910.

Das Eisenbahnministerium versendet soeben eine Publikation, welche unter dem genannten Titel die Entwicklung des Staatsbahnnetzes, den Verkehr und die finanziellen Ergebnisse desselben während der Jahre 1901 bis 1910 in eingehender Weise zur Darstellung bringt und zugleich einen zusammenfassenden Bericht über die in diesem Jahrzehnt von der Staatsbahnverwaltung auf einer Reihe der wichtigsten Gebiete ihres Ressorts entwickelte Tätigkeit enthält.

Was zunächst die Entwicklung des Bahnnetzes betrifft, so standen mit Ende des Jahres 1900 11.140 Kilometer und Ende des Jahres 1910 18.761 Kilometer in staatlichem Betriebe, was einer Zunahme von 7651 Kilometer = 68,97 Prozent entspricht. Unter den angegebenen Längen befinden sich 2819, beziehungsweise 5051 Kilometer Privatbahnen, welche vom Staate für Rechnung der Eigentümer betrieben wurden, während 16 Kilometer, beziehungsweise 16 Kilometer Staatsbahnstrecken in fremden Betrieb standen. Die Zunahme der Eigentümlänge der k. k. Staatsbahnen um 5354 Kilometer resultiert mit 4739 Kilometern aus der Erwerbung privater Eisenbahnen (hiervon entfällt der weitaus überwiegende Teil auf die im Zuge der großen Verstaatlichungsaktionen der Jahre 1906 und 1908 erfolgte Einlösung der Kaiser Ferdinands-Nordbahn, der Böhmisches Nordbahn, der Linien der Staatsbahngesellschaft, der Nordwestbahn und der Südnorddeutschen Verbindungsbahn) und mit 626 Kilometer aus der staatlichen Bauführung, welche hauptsächlich den Bau der Alpenbahnen, der Südalpinischen Staatsbahnen und der Eisenbahn Spalato-Sinj zum Gegenstand hatte.

Das in den Staatsbahnen investierte Anlagekapital erhöhte sich von 2673 Millionen Kronen im Jahre 1901 auf 5579 Millionen Kronen mit Ende des Jahres 1910 und erfuhr somit eine Steigerung um 108,70 Prozent; von diesem Anlagekapital entfallen auf den Bau von Bahnen 1901 16,71 Prozent und 1910 14,17 Prozent, auf die Erwerbung von Privatbahnen 71,13 Prozent, beziehungsweise 70,05 Prozent, und auf nachträgliche Investitionen 12,16 Prozent, rücksichtlich 15,78 Prozent.

Wenngleich der Fahrpark der Staatsbahnen in der gegenständlichen Periode naturgemäß eine beträcht-

liche Vermehrung erfahren hat (Lokomotiven von 2686 auf 5764, Personenwagen von 6031 auf 11.069, Güterwagen von 48.583 auf 115.065) so genügt derselbe, den eingehenden Ausführungen der Publikation zufolge, den Anforderungen des gesteigerten Verkehrs dennoch nicht, und stellt daher dessen zeitgemäße Regenerierung eine unabwiesliche Notwendigkeit dar.

Welch ganz besondere Steigerung der Verkehr auf dem staatlichen Betriebsnetz, und zwar nicht allein absolut genommen, sondern auch kilometrisch berechnet, erfahren hat, illustrieren die nachstehenden Daten: An Personen wurden im Jahre 1901 88 Millionen und im Jahre 1910 188 Millionen, das ist per Kilometer Betriebslänge 7777 und 9944, befördert, was einer Zunahme von 112,77 Prozent, beziehungsweise 27,86 Prozent, entspricht; die Menge der beförderten Güter betrug in den beiden Grenzjahren 37, rücksichtlich 85 Millionen Tonnen oder per Kilometer Betriebslänge 3273 und 4474 Tonnen und stieg somit um 127,43 Prozent, beziehungsweise 36,69 Prozent.

Anlangend die finanziellen Ergebnisse der Staatsbahnen ist zunächst zu erwähnen, daß die ordentlichen Gesamteinnahmen im Jahre 1901 267 Millionen Kronen, im Jahre 1910 754 Millionen Kronen = + 181,88 Prozent (per Kilometer Betriebslänge 28.584 Kr. und 48.352 Kr. = + 69,51 Prozent), die ordentlichen Gesamtausgaben 214 Millionen, rücksichtlich 572 Millionen Kronen (per Kilometer Betriebslänge 18.798 Kr. und 30.148 Kr. = + 60,38 Prozent) betragen.

Werden zu den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben die außerordentlichen auf den Betriebsüberschuß wirkenden Einnahmen (1901 rund 50.000 Kr., 1910 1,2 Millionen Kronen) und Ausgaben (1901 2,5 Millionen, 1910 28,8 Millionen Kr.) hinzugeschlagen, so ergibt sich nach entsprechender Gegenüberstellung der Betriebsüberschüß:

Im Jahre	in ganzen Millionen Kronen	per Kilometer Betriebslänge Kronen	vom verwendeten Anlagekapital Prozent
1901	51	6.057	1,91
1910	154	11.015	2,76

Nachdem das jährliche Erfordernis für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals der Staatsbahnen zuzüglich der berechneten vierprozentigen Zinsen von dem durch die Rentenbegebung oder aus Staatsmitteln bestrittenen Aufwande, das ist die Jahreslast, im Jahre 1901 115 Millionen Kronen und im Jahre 1910 249 Millionen Kronen betrug, so resultiert als Jahresbelastung des Staates durch die k. k. Staatsbahnen für das erstgenannte Jahr ein Betrag von 64 Millionen Kronen und für das Jahr 1910 ein solcher von 95 Millionen Kronen.

In den die Jahreslast betreffenden Ziffern sind jedoch auch jene Beträge enthalten, welche alljährlich für die Tilgung der amortisierbaren Eisenbahnemissions- und Darlehensschulden verausgabt werden, wenn auch diese Beträge gegenwärtig einen Teil der den Staatschatz aus dem Bestande der Staatsbahnen treffenden Jahresbelastung bilden, so ist doch zu berücksichtigen, daß durch deren Zahlung der Stand der Staatsbahnschulden vermindert und die seinerzeitige Entlastung der Staatsbahnen vorbereitet wird. Das gegenständliche Tilgungserfordernis betrug im Jahre 1901 8,1 Millionen und im Jahre 1910 36,7 Millionen Kronen. Weiters ist zu erwähnen, daß von den Staatsbahnen an staatlichen Steuern (das ist also ausschließlich der nichtararischen Zuschläge) im Jahre 1901 4,4 Millionen und im Jahre 1910 12,9 Millionen Kronen gezahlt wurden. Auch sei noch angeführt, daß seit dem Jahre 1903 aus dem Staatsbahnbetrieb dem Staatshaushalt die nicht im Etat des Eisenbahnministeriums, sondern in jenen der Finanzverwaltung verrechnete Fahrkartensteuer zuzieht; das Erträgnis derselben bezifferte sich im Jahre 1910 mit 19,4 Millionen Kronen. Schließlich möge noch auf die finanziellen Lasten hingewiesen werden, welche den Staatsbahnen aus gesamtstaatlichen und volkswirtschaftlichen Rücksichten erwachsen, so beispielsweise auf die Belastung durch die zum Teil aus strategischen Gründen gebauten Bahnen, die Beförderung von Militärpersonen und -Gütern zu begünstigten, die Selbstkosten nicht deckenden Tariffüssen; hierher gehören auch die finanziell schwerwiegenden Opfer, welche der staatliche Eisenbahnbetrieb durch die jeberzeitige besondere Bedachtnahme auf die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen auf sich nimmt, wie die Gewährung von Ausnahmungs- und Notstandstarifen, Aufrechterhaltung von minder gewinnbringenden Verkehren, Förderung des Lokalbahnwesens und anderes mehr.

Eine sehr eingehende Darstellung findet in der Publikation die Tätigkeit der Staatsbahnverwaltung auf dem Gebiete der Verbesserung der materiellen Lage des Personals. Abgesehen von der mit einer Jahresmehrbelastung von mehr als 15 Millionen Kronen verbundenen Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Personals, wurden bei sämtlichen Kategorien der Beamten, Unterbeamten und Diener sowohl die ständigen als auch die Nebenbezüge in beträchtlichem Maße erhöht; so betragen beispielsweise noch im Jahre 1899 die ständigen Anfangsbezüge eines Beamten 1600 Kr. gegen nunmehr 2320 Kr., während sich bei den Unterbeamten und Dienern zwischen den seinerzeitigen und den heutigen Jahresbezügen Differenzen von 200 bis 1000 Kr. zugunsten der einzelnen Kategorien ergeben. Ein breites Feld der materiellen Fürsorge nehmen auch die Maßnahmen ein, welche die Neueinführung, beziehungsweise Erhöhung der Nebenbezüge des Personals zum Gegenstand hatten. Von großer Bedeutung erscheint ferner die in knappen Umrisen dargestellte Fürsorge der Staatsbahnverwaltung für das Personal auf dem Gebiete der Wohlfahrtseinrichtungen. Zu diesen Einrichtungen gehören die Kranken- und Unfallversicherung, die Invaliden- und Altersversorgung, die Wohnungsfürsorge, die Fürsorge für billige Beschaffung von Lebensbedürfnissen und das Unterstützungswesen.

Ein eigener Abschnitt ist der Darstellung der Organisation der Verwaltung gewidmet; in diesem werden, nach Ausführung der Grundlagen der gegenwärtig bestehenden Organisation, die während der

letzten zehn Jahre durchgeführten wesentlichen Änderungen derselben angeführt.

Von besonderem Interesse ist der Abschnitt, in welchem die von der Staatsbahnverwaltung im gegenständlichen Zeitraum durchgeführten technischen Neuerungen und Versuche besprochen werden; dieselben betreffen den Hochbau, Brückenbau, Tunnelbau und Tunnelbetrieb, die Anlagen zur Sicherung des Zugverkehrs und die Schwachstromeinrichtungen, den Zugförderungs- und Werkstättendienst sowie die maschinellen Einrichtungen, die Einführung der Feuerung mit flüssigem Brennstoff, die Neuerungen und Verbesserungen an Fahrtriebmitteln, die elektrische Traktion und endlich das Beleuchtungswesen.

Den Schluß des textlichen Teiles der Publikation bildet eine instruktive vergleichende Gegenüberstellung der wichtigsten Ergebnisse des österreichischen Staatsbahnbetriebes mit jenen der ungarischen, preussisch-hessischen und bayerischen Staatsbahnen.

An den textlichen Teil des Werkes reihen sich 20 in Tabellenform gehaltene Beilagen, welche ein reichhaltiges, den vorhergehenden textlichen Ausführungen zugrunde gelegtes statistisches Material enthalten.

### Konferenz der Kanzleidiener.

Am Sonntag den 21. April 1912 fand in Wien eine Reichskonferenz der Kanzleidiener aller Bahnen Oesterreichs mit der Tagesordnung: 1. Lage der Kanzleidiener und Stellungnahme dazu, 2. Stellungnahme zu der Frage der Wahl eines Zentralpersonalkommissionsmitgliedes und 3. Eventuelles, statt. Die Konferenz, die zum Unterschied von den früher stattgefundenen Konferenzen die Aufgabe hatte, die Frage zu erörtern, wie eine starke Organisation unter den Kanzleidienern geschaffen werden könne, war von 25 Ortsgruppen, die durch 28 Delegierte vertreten waren, besetzt. Von der Zentrale war Genosse Modler anwesend. Die Zentralpersonalkommission war durch Genossen Sommerfeld vertreten und vom Lemberger Sekretariat war der Genosse Kaczanowsky gekommen. Das Präsidium wurde diesmal durchwegs von Kanzleidienern gestellt und bestand aus den Genossen Maurer, Svoboda und Greiner. Vor Eingang in die Tagesordnung erstattete Genosse Sommerfeld den Bericht von der Zentralpersonalkommission, bei welchem er insbesondere die für die Kanzleidiener in Betracht kommenden Fragen erörterte und darauf hinwies, daß von Seiten des k. k. Eisenbahnministeriums keine große Neigung bestünde, die Forderungen der Kanzleidiener zu erfüllen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergriff hierauf der Referent Genosse Barta das Wort. An der Hand eines umfassenden Tatsachenmaterials wies er nach, daß die Kanzleidiener allen Grund haben, an den in früheren Konferenzen bereits formulierten Forderungen festzuhalten und zu verlangen, daß die Wünsche der Kanzleidiener von den verschiedenen Direktionen und vom k. k. Eisenbahnministerium gehört und auch erfüllt werden. Dem mit Beifall aufgenommenen Referat folgte eine Diskussion, in welcher von mehreren Seiten versucht wurde, gegenüber einzelner Forderungen der Kanzleidiener eine andere Taktik einzuschlagen. Schließlich wurde aber der Beschluß gefaßt, die aufgestellten Forderungen wie bisher aufrechtzuerhalten und sie auch so zu vertreten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Hartl. Er führte in seinem Referat alle jene Gründe an, die die Kanzleidiener bewegen, das Verlangen zu stellen, in der Zentralpersonalkommission vertreten zu sein und stellte zum Schlusse den Antrag, die Zentrale sei aufzufordern, dahin zu wirken, daß dem Verlangen der Kanzleidiener Rechnung getragen werde. Das Referat hat eine längere Debatte zur Folge, an der sich auch der Genosse Modler von der Zentrale beteiligte. Der Antrag wurde dann zum Beschluß erhoben.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung ergriff wieder Genosse Hartl das Wort. In längerer Rede führte er den Delegierten den Wert der Organisation vor Augen und machte insbesondere Vorschläge dahingehend, auch unter den Kanzleidienern das Vertrauensmännersystem auszubauen, da nur infolge Ausbaues des Vertrauensmännersystems eine starke Organisation unter den Kanzleidienern geschaffen werden könne. Inzwischen war für verschiedene Genossen aus der Provinz die Stunde der Abreise herangekommen. Genosse Hartl war daher gezwungen, seine Ausführungen frühzeitig zu schließen.

Nun sollte noch ein wichtiger Punkt, die Wahl eines Hauptvertrauensmannes, erledigt werden. Da jedoch, als es zur Abstimmung kommen sollte, verschiedene Delegierte aus der Provinz bereits abgereist waren, wurde beschlossen, diese Wahl einer später einzuberufenden Versammlung der Wiener Genossen Vertrauensmänner zu überlassen.

Dann wurden einige Anträge, die die Gesamtheit der Eisenbahnbediensteten und nicht nur die Kanzleidiener allein betreffen, der Zentrale zugewiesen.

Das Ergebnis der Verhandlungen der Konferenz war in folgender Resolution zusammengefaßt worden:

#### Resolution.

Die am 21. April 1912 in Wien tagende Reichskonferenz der Kanzleidiener aller Bahnen Oesterreichs beschließt, an den bisher vertretenen Forderungen der Kanzleidiener festzuhalten und alles daranzusetzen, um diese Forderungen zu verwirklichen.

Zu der Erkenntnis, daß die Kanzleidiener nun hoffen können, ihre Forderungen durchzusetzen, wenn eine starke, gut funktionierende Organisation der Kanzleidiener vorhanden ist, erklärt die Reichskonferenz der Kanzleidiener aller Bahnen Oesterreichs, mit allen Kräften dafür zu wirken, daß unter den Kanzleidienern das Vertrauensmännersystem ausgebaut wird und so die Kanzleidiener zu einer festen Organisation zusammengeschweißt werden. Weiters beschließen die Kanzleidiener, die Zentralorganisation zu beauftragen, für diese, im Eisenbahndienst ganz gewiß sehr wichtige Gruppe eine Vertretung in der Zentralpersonalkommission zu erwirken.

Diese Resolution, die dafür zeugt, daß die Vertrauensmänner der Kanzleidiener den Weg schon erkannt haben, den die Kanzleidiener gehen müssen, um sich ihre Lage zu verbessern, wurde einstimmig angenommen. Geht es den Kanzleidienern, das, was in der Resolution



gelegentlich zu bewerkstelligen, werden sie bald aufsteigen zu jenen Kategorien, die auf Grund ihrer straffen Organisation sich Kraft, Ansehen und Bedeutung errungen haben, werden mithelfen, ihre Lage zu verbessern und werden damit auch den Wert der Gesamtorganisation erhöhen. Ein Profit ihrem Beginnen! N. N.

**„Delaglio.“**

**Lebensversicherungsverein für Eisenbahnbedienstete.**

Sehr wenigen Eisenbahnbediensteten wird dieser Name bekannt sein, trotzdem dieser Verein nahezu 40 Jahre als Wohlfahrtsinstitution wirkte. Dieser Verein blühte im Verborgenen, weil er in den früheren Jahren seine Wirksamkeit lediglich auf die Angehörigen der ehemaligen Oesterreichisch-ungarischen Staats-eisenbahngesellschaft und ihre Industrialien ausdehnte. Die Leitung war in den Händen einiger Beamten, welche die Würde eines Zentralkomiteemitgliedes als erbgefehen betrachteten und dort schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte. Erst seit 1904, als dieser Verein seine Wirksamkeit auf die Bediensteten aller Bahnen ausgedehnt hatte, wurde er bekannter, blieb aber nichtsdestoweniger der Zummelplatz einiger höherer ehrgeiziger und stellen-hungriger Beamten.

Unsere Organisation hat diesen Verein, welcher nach vorsintflutlichen Satzungen verwaltet wird, wenig Aufmerksamkeit geschenkt, bis vor einigen Jahren ein neuer Zug, welcher demokratische Tendenzen zeigte, in den Verein eingezogen ist. Man hat damals zu den Versammlungen des „Delaglio“-Vereines Vertreter delegiert und einen Artikel im „Eisenbahner“ veröffentlicht. Schon durch diese geringe Teilnahme, welche die Organisation an den Vorgängen im „Delaglio“-Verein nahm, wurde bewirkt, daß der Herr Obmann samt seinen besoppten Komiteemitgliedern gestürzt wurde und die neue Leitung mit Herrn Oberrevidenten Morawek als Obmann an der Spitze einzog.

Wenn man glaubte, daß nun ein neues, frischeres Leben in dem Verein „Delaglio“ Platz greifen werde, so täuschte man sich; die Herren waren gewöhnt — was für sie die Hauptsache war — sie legten ihre demokratischen Mäuren ab, legten die Demokratisierung des Instituts zum alten Eisen und waren lediglich besorgt, daß die Nebennehmungen, als Lantienmen, Remunerationen und Provisionen, nicht kleiner werden.

Nachdem nunmehr in dieser Institution auch Bedienstete Anteil nehmen, die als Mitglieder unserer Organisation angehören, so sehen wir es als unsere Pflicht an, nicht nur informativ zu wirken, sondern auch direkt eingzugreifen, um eine Gesundung dieser Institution herbeizuführen und unsere Mitglieder und auch die anderen Bediensteten vor Schaden zu bewahren.

Zunächst sei uns gestattet, einiges über diesen Verein selbst zu sagen. Dieser Verein ist vor nahezu 40 Jahren von dem Generalinspektor der St. E. G., Herrn De Laglio, als „Unterstützungsverein für die Hinterbliebenen nach Beamten und Dienern der k. k. priv. Staatseisenbahngesellschaft“ gegründet worden; dieser Titel wurde später mehrmals geändert und bekam im Jahre 1897 den heutigen Titel: „Lebensversicherungsverein für Eisenbahnbedienstete“, und wurde seine Wirksamkeit im Jahre 1904 auch auf die übrigen österreichischen Eisenbahnen ausgedehnt. Der Verein hat, wie schon aus dem Titel hervorgeht, den Zweck, Eisenbahnbedienstete auf Ableben und Erleben zu versichern. Der Versicherte kann unter den im Statut festgesetzten Bedingungen auch gegen Verpfändung der Polizza, Vorschüsse bis zur Höhe der Rückkaufsumme erhalten (§ 19, Z. 5). Der Verein wird durch das Zentralkomitee, welches aus sechs Mitgliedern und zwei Faktismännern gebildet wird, geleitet. Diesem Zentralkomitee stehen Lokalkomitees zur Seite, welche eigentlich auf die Leitung des Vereines gar keinen Einfluß haben, da die Mitglieder an den Sitzungen des Zentralkomitees „nach Möglichkeit“ mit einer beratenden Stimme teilnehmen können (§ 12 ad 5). Die größte Eigentümlichkeit dieser Statuten ist, daß es überhaupt keine Generalversammlung gibt und daß die Mitglieder ihre Beschwerden und die Kritik der Gebahrung lediglich schriftlich einbringen können. Auch die Wahl geschieht schriftlich mittels vom Zentralkomitee an die Mitgliedschaft ausgesetzten Stimmzettel. Man wird nun begreifen, warum in diesem Verein, welcher wirklich humanitär wirken könnte, solche desolaten Zustände einreißten konnten und warum die Mitgliedschaft diesen Verhältnissen den Garaus machen will. Das Zentralkomitee ist heute allmächtig und ist auch imstande, die Wahl so zu leiten, daß nur jene Personen gewählt werden, die eben dem Zentralkomitee genehm sind.

Den Anlaß zu dem Krieg im Frieden bildete eine kleine Palastrevolution. Der neue Obmann, kaum in seiner Würde warm geworden, baute sich ein warmes Nestchen und alles, das Zentralkomitee, wie auch die Beamten des Instituts, schwam in eitel Bonne; ein jeder sang mit dem Kapuziner: „Sei ja, juchajal Dubelbundeil Das geht ja hoch her. Win auch dabei!“ Ja, alle waren dabei: Der Herr Obmann, die Herren Zentralkomiteeterer und die Herren Institutsbeamten, alle waren dabei; es gab Gehalts- und Quartiergeldregelungen, Remunerationen, Provisionen und dergleichen schöne Dinge mehr. Wer sollte nicht Freude am Leben haben, wer sollte so vermessen sein, diese Idylle zu stören? Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, und das Unglück schreitet schnell. Eine Kleinigkeit war es und die schöne Freundschaft ging flöten und der häusliche Krieg begann. Der Herr Obmann Morawek begann plötzlich den Gato zu spielen und aus war's mit der Freundschaft. Die Herren Komiteeterer schlossen mit den Beamten ein Komplott und das Kesseltreiben begann. Was man da zu hören bekam, das war wirklich nicht schön. Es wurde herüber- und hinübergeschossen, die Stinkbomben erfüllten die Luft, und der Schluß der Tragikomödie war, daß man den Himmelstürmer Morawek eines schönen Tages beseitigt hatte und ihn nicht mehr den kurlischen Stuhl besteigen ließ.

Wir bekennen es offen, wir sind keine Freunde des Herrn Morawek, aber das Verdienst, in diese Sawwirtschaft hineingeleuchtet zu haben, darf ihm nicht abgesprochen werden. Er kam zwar spät, aber er kam, und das gründlich.

Am 25. April d. J. fand in den Rosenfälen in Wien, X. Bezirk, eine öffentliche Versammlung der Mitglieder des „Delaglio“-Vereines statt, zu welcher auch eine Delegation der Prager Mitglieder, welche an 2000 Vollmachten hatte, erschien und eine Resolution zur Annahme empfahl, welche die sofortige Niederlegung der Mandate des Zentralkomitees und eine behördliche Kontrolle der Vereinskontrolle forderte. Diese Versammlung, der auch der Vertreter unserer Organisation, Genosse Dusek, beiwohnte und die von Mitgliedern des genannten Vereines, sämtlichen Dienstleistungen angehörig, zahlreich besucht war, zeigte den ganzen Wortsatz auf, in dem die Leitung seit langer Zeit herumwühlte. Es trat das ergötzliche Schauspiel zutage, daß die Zentralkomiteemitglieder im Verein mit den Institutsbeamten gegen den Obmann Morawek eine Kampfweise in Szene setzten, welche die beteiligten Herren Beamten nicht gerade in einem sehr vorteilhaften Lichte zeigte. Und das alles angeleitet von zahlreich erschienenen Bediensteten und Arbeiter, die in wenig schmeichelhafter Weise ihrer Enttäuschung über das fleghafte Benehmen Ausdruck gaben. Schon bei der Wahl des Bureau, in welches Herr Bahnmeister Brandl und Genosse Prael gewählt wurden, führten die Herren Komiteeterer und die Institutsbeamten Szenen auf, für die sich die Favoritner Gassenjungen geschämt hätten. Herr Brandl hielt den Herren einen Spiegel vor, der die Verbündeten in eine förmliche Kajerei verlegte und als nach einem sachlichen Referat des Genossen Prael der Prager Delegierte Herr Sabelka zu Worte kam, konnten sich die Zentralkomiteemitglieder vor Wut kaum fassen, so daß der antwortende Regierungsvertreter mit der Auflösung der Versammlung drohen mußte. Wahrlich eine sonderbare Kostprobe der Intelligenz einzelner Beamten. Wir verzichteten, den weiteren Verlauf der Versammlung zu schildern und gehen sofort zu den Anklagen des Obmannes Morawek, der an der Hand eines erschöpfenden Materials das Sündenregister der verbündeten Clique charakterisierte. Dabei betonen wir, daß es uns fernliegt, die persönliche schmutzige Wäsche der Herren an das Tageslicht zu fördern. Das mögen die Herren selbst tun; wir beschränken uns lediglich auf jene Anklagen, die das Interesse der Mitglieder schädigen, und wahrlich, da gibt es mehr als genug zu erzählen.

Wie schon oben erwähnt, wurde gegen den Obmann Morawek ein Kesseltreiben in Szene gesetzt, und zwar von den Vereinsbeamten Schmiedt und Dupal, welche es verstanden haben, sich der Unterstützung des Zentralkomitees, hauptsächlich der Herren Koerner, Herzog, Wessely, Wiesinger und — nomina sunt odiosa — des Arzteuten Marek zu verschreiben. Die Ursachen dieser Verschwörung sind, daß Herr Morawek — dem man bei allen seinen Schwächen das Rechtslichkeitsgefühl nicht absprechen kann — es gewagt hat, den Extraverdienst der Herren Dupal und Schmiedt zu schmälern. Diese beide Herren, welche im Revidentenrang stehen, einen Gehalt von 3200 Kr. nebst 1200 Kr. Quartiergeld, noch eine Remuneration von 400 bis 500 Kr. für beziehen, haben noch nebenbei für abgeschlossene Geschäfte eine Provision von 2 bis 2½ Prozent Provision zugesichert. Nun, diesen Extraverdienst tafelte Morawek an, indem er 162 vollständig adjustierte Polizzen inhibierte, beziehungsweise stornierte und den Herren Institutsbeamten Dupal und Schmiedt die Akquisitionsprovision per 3200 Kr. einfach streichen ließ, ja sogar die Anrechnung der Kosten der ärztlichen Untersuchung per 700 Kr. in Erwägung zog. Zu dieser Maßnahme mußte Morawek greifen, weil die Versicherungsverträge nicht den Statuten entsprachen, indem unter den versicherten Personen nicht nur keine Eisenbahnbediensteten oder auf den Domänen der St. E. G. stabil beschäftigten Arbeiter, sondern auch bresthafte — einarmige, einbeinige — Personen sich befanden, ja sogar Zigeuner und Wasenmeister wurden von den genialen Akquisiteuren Dupal und Schmiedt für den „Delaglio“ assentiert. Und diesem statutenwidrigen, den Verein und dessen Mitglieder schädigenden Vorgehen der Institutsbeamten gab das Zentralkomitee seine Zustimmung. Sie mußten es dulden, weil eben die Herren viel Butter am Kopfe hatten und die beiden Beamten die Herren des Zentralkomitees in der Tasche hatten; doch nicht das allein war die Ursache, die Herren waren ja an solchen Geschäften direkt interessiert, da sie über Antrag des „durch Reinheit zur Einheit“ gekommenen Herrn Herzog von jeder Polizzenmitunterfertigung 10 G. Extraverdienst bekommen haben; also außer einer Jahresremuneration und Präsenzgeldern noch ein Stück Geld zu verdienen war.

Doch die beiden Herren Schmiedt und Dupal begnügten sich nicht allein mit diesem Verdienst, sie steckten mit Wissen des Zentralkomitees auch noch 50 Prozent der Provision für die bloße formale Vorlage der einlangenden Versicherungsanträge ein und und schädigten dadurch auch noch die auswärtigen Akquisiteure; ja, sie verrieten die Geschäftsgeheimnisse des Vereines an fremde Gesellschaften und schlossen ohne Wissen und Genehmigung des Zentralkomitees den Verein schädigende Verträge ab. Es ist erklärlich, daß diese Herren ein Jahreseinkommen von je 15.000 bis 20.000 Kr. zusammenbrachten. Um so weniger ist es aber für die Außenstehenden verständlich, wenn sich Leute à la Koerber, Herzog, Wessely, Marek u. daz. hergeben, sich mit solchen Elementen zu alliieren; verständlich wird es erst, wenn man weiß, daß es den Herren darum zu tun ist, sich der Funktionen zu bemächtigen. So möchte Herr Koerner, welcher ein pensionierter Inspektor der St. E. G. und honorarierter Beamter der Equipierungskasse der St. E. G. Bediensteten ist, Obmann des „Delaglio“-Vereines werden, um die fette Remuneration — welche sich die Herren des Zentralkomitees beschloffen haben — per 1200 Kr. einzustechen. Früher war die Funktion eine unbezahlte Ehrenstelle. Auch Herr Marek sähe es gerne, wenn er Obmannstellvertreter werden könnte, da dieser Posten mit 600 Kr. dotiert ist; Herr Inspektor Wessely, dem bei der Domänenverwaltung der St. E. G. die Kontierung und normale Zinszurechnung für die Prämieneingänge des „Delaglio“-Vereines als dienstliche Agenda zugewiesen ist, möchte auf seine Remuneration von 500 Kr. ebenfalls nicht verzichten und die übrigen Stellen im Zentralkomitee werden doch wohl auch etwas eintragen.

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Verwaltung dieses Humanitätsinstituts nicht gerade die billigste war und daß Morawek nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet war, in dieses Wespenneist hineinzugreifen; freilich, die Wespen waren augenblicklich stärker und haben ihn aus seiner Obmannstelle hinausgebissen.

Diese Vorgänge im „Delaglio“-Verein sind auf der Strecke nicht unbekannt geblieben und riesen unter der Mitgliedschaft eine ungeheure Aufregung hervor. Um den Brand zu löschen, hat das Zentralkomitee — selbst redend auf Kosten des Vereines — kostspielige Agitationsreisen veranstaltet, Tausende von Flugchriften verbreitet, doch alles vergeblich; die Waise ist geplagt und nun müssen die Herren des Zentralkomitees zusehen, wie sie sich aus dieser für sie so unangenehmen und vielleicht auch folgenschweren Affäre mit heiler Haut ziehen.

Welche Meinung unter der Mitgliedschaft herrscht, hiebei gibt die bei der Versammlung am 25. April d. J. von den Prager und Brüner Mitgliedern beantragte, von den Wiener Mitgliedern modifizierte Resolution ein Zeugnis. Die Resolution wurde gegen die Stimmen der Zentralkomiteemitglieder und der beiden Vereinsbeamten, die merkwürdigerweise auch mitgestimmt haben, einstimmig angenommen. Die Resolution fordert das Zentralkomitee auf, sofort abzudanken und die Wahl eines provisorischen Zentralkomitees vorzunehmen, welches sich mittels Rebers verpflichten mußte, innerhalb sechs Monaten, vom Tage der Wahl gerechnet, unter Zuziehung von je zwei Experten aus dem Beamten-, Unterbeamten-, Diener- und Arbeiterstande eine Statutenänderung auszuarbeiten, und zwar daß:

- a) das Zentralkomitee in Wien künftighin aus je drei Beamten, Unterbeamten, Dienern und Arbeitern zu bestehen hat und daß aus diesen vier Kategorien je ein Erfahmann zu wählen ist;
- b) daß alljährlich in Wien eine Generalversammlung stattfindet, an welcher mit beratender und beschließender Stimme teilzunehmen ein jedes Vereinsmitglied berechtigt ist.

Ferner fordert die Resolution, daß eine staatliche Kontrolle des Vereinsvermögens durchgeführt wird.

Das sind die Ergebnisse der desolaten Geschäftsführung des Zentralkomitees und es ist zu wünschen, daß dieser Verein, der wirklich humane Zwecke verfolgt, in geordnete Bahnen geführt und nicht einigen Personen als Ausbeutungsbjekt überlassen bleibt.

Wir ersuchen daher die Mitglieder des „Delaglio“-Vereines, soweit sie auch Angehörige unserer Organisation sind, den Vorgängen in diesem Verein ihre Aufmerksamkeit zu widmen und durch ihre Betätigung beizutragen, daß eine frische und energische, dem Wohle der Mitglieder gewidmete Vereinstätigkeit entfaltet wird. Vor allem aber warnen wir unsere Genossen, den Herren des jetzigen Zentralkomitees auf den Leim zu gehen, wenn sie kommen, um ihre Stimmen zu betteln. Im Sinne der gefassten Resolution haben die Mitglieder überall schriftlich die Abdankung des Zentralkomitees und die Einleitung von Wahlen für ein provisorisches Komitee zu verlangen. Wir stehen unseren Mitgliedern mit Rat und Tat in dieser Angelegenheit stets zur Verfügung. —d—

**Das Schauspielhaus der Freien Volksbühne.**

Wer in diesen Tagen durch den VIII. Bezirk kommt, und zwar gerade durch das Herz des VIII. Bezirkes, dort, wo sich die elektrischen Querlinien treffen, Ude Daus, Raub- und Stobagasse, der sieht dort auf einem großen SaGrundstück Hunderte geschäftiger Hände am Werk. In einigen Tagen ist dort eine der größten Altwiennerfabriken demoliert worden, und an ihrer Stelle wird in einem halben Jahre das neue Schauspielhaus der Freien Volksbühne entstehen. Die Pläne sind von den Baubehörden im großen ganzen genehmigt, die Architekten Kaufmann und Felsel brüten nur noch über Details, die Kommissionierungen haben stattgefunden, und da der Bau in Beton und Zement aufgeführt wird, so ist ein erstaunlich schnelles Tempo der Bauentwicklung sicher. Im November werden Fahnen von diesem Volkstunsthause fröhlich wehen....

Vor sechs Jahren ist die Freie Volksbühne gegründet worden. Als Bernerstorfer, Höger, Queber, Emmerling, Winarsky, Kulhanek und Großmann ihren Ruf zur Gründung einer Freien Volksbühne hinausfanden, da meldeten sich aus der organisierten Arbeiterschaft 1200 Mann auf den ersten Ruf. Heute zählt die Freie Volksbühne über 20.000 Mitglieder, und schon türmen sich die Neuanmeldungen im Sekretariat. Wir werden in das neue Theater sicherlich mit 35.000 Mitgliedern einziehen.

Bisher veranstaltete die Freie Volksbühne bloß Nachmittagsvorstellungen in fast allen Wiener Theatern. Das hatte seine Vorteile und Nachteile. Der schlimmste Nachteil war, daß fast keine Klassiker gespielt werden konnten, weil die Nachmittagsspielzeit zu kurz ist und die Darsteller der bisherigen Privattheater sich dafür nicht eignen. Die „Faulst“-Vorstellung mußte um 1 Uhr beginnen; gewiß eine harte Unbequemlichkeit! Im neuen Schauspielhaus werden die Abendvorstellungen um acht Uhr abends beginnen, und so werden viele Arbeiter und Angestellte, die sich bisher den freien Sonntag, den einzigen Tag, wo man mit den Seinen beisammen sein kann, nicht stören lassen wollten, Gelegenheit haben, ins Theater der Volksbühne zu kommen. Selbstverständlich werden auch die Nachmittagsvorstellungen im neuen Schauspielhaus für die Mitglieder der Freien Volksbühne reserviert bleiben.

Das Mitglied der Freien Volksbühne zahlt bekanntlich Kr. 1-10 monatlich oder Kr. 1-60, wofür es einmal im Monat einen guten numerierten Sitzplatz (inklusive der Garberobegeld und des Programmheftes) sowie die 44 Seiten starke Monatschrift der „Strom“ erhält. Das ist knapp so viel, damit der Verein seine Kosten deckt. Damit zahlt er die Theatermiete und sonstige Spefen. Reichtümer hat die Freie Volksbühne damit nicht erwerben können. Und so hatte sie auch nicht



die Mittel, für nahezu 2 Millionen Kronen ein neues Theater zu errichten. Aber es bildete sich eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung, die „Wiener Schauspielhausgesellschaft“, die die Errichtung des Schauspielhauses auf sich nahm und mit der freien Volksbühne einen Untervertrag schloß. Wenn die Wiener Arbeiterschaft der freien Volksbühne treu bleibt, so kann innerhalb der nächsten Jahre das Schauspielhaus allmählich in den Besitz der freien Volksbühne übergehen. Das ist vertraglich gesichert.

In dem neuen Schauspielhaus werden alle Gattungen der dramatischen Dichtung gepflegt werden, Schiller und Metron, Goethe und Ibsen, Angenberger und Tolstoi, also: Das Wiener Stück und das klassische Drama, die moderne Komödie und die lustige Altwiener Posse. Ein vielseitiges Ensemble, das auf Reisen durch ganz Deutschland sorgsam zusammengestellt wurde und das zweifellos auf sehr hohem künstlerischem Niveau steht, wird die Möglichkeit geben, das Ideal der freien Volksbühne zu verwirklichen: Die edelsten Kunstwerke dem arbeitenden Volke zugänglich zu machen. Es stehen an Aufführungen bevor: „König Lear“ von Shakespeare, „Die Räuber“ und „Wilhelm Tell“ von Schiller, „Götter und Verrückten“ und „Clavigo“ von Goethe, „Kampf“ und „Lumpazivagabundus“ von Metron, „Die Kronpräsidenten“ und „Der Volksfreund“ von Ibsen, das letzte Werk von Leo Tolstoi „Das Licht scheint in die Finsternis“, Dramen von Gerhart Hauptmann und Frank Wedekind. Wir dürfen getroßt behaupten: Kein Wiener Theater wird einen so reichen Spielplan wie das neue Schauspielhaus enthalten. Die freie Volksbühne wird auch auf die künstlerische Leitung entscheidenden Einfluß haben, indem sie ihren künstlerischen Leiter Stefan Großmann in die Direktion entsendet.

Es ist also anzunehmen, daß der Andrang zum Verein freie Volksbühne ein besonders starker sein wird. Nun: Bevor die freie Volksbühne an die große allgemeine Öffentlichkeit mit dem Aufruf zur Mitgliedschaft herantritt, wendet sie sich an die organisierte Arbeiterschaft!

Für euch ist dieses neue Haus in erster Linie bestimmt! Dem bildungsfreudigen, kunstbegeisterten Arbeiter soll das neue Schauspielhaus eine Stätte der Freude sein!

Die Bourgeoisie hat viele Möglichkeiten, ihr Kunstbedürfnis zu befriedigen. Dem modernen Arbeiter bietet sie sich hier.

In der Hand der Wiener Arbeiter liegt es jetzt, die Zusammensetzung der Wiener freien Volksbühne zu bestimmen.

Der Vorstand der freien Volksbühne öffnet euch vor allem das Tor!

Wer die heutigen Geschäftstheater ersetzen will durch das kunstfrohe Genossenschaftstheater des Volkes, der werde schleunigst Mitglied der freien Volksbühne!

Sichert euch rechtzeitig vor dem allergroßten Ansturm, noch im Sommer, die Mitgliedschaft!

Werbefchrift und Beitrittsklärungen liegen in allen Gewerkschaftsgruppen und Vereinszentralen auf.

Wer eine Auskunft wünscht, wende sich an das Sekretariat der freien Volksbühne, Wien V, Schönbrunnerstraße Nr. 124 (Telephonnummer 7532).

**Inland.**

**Achtung, Arbeiter der k. k. österreichischen Staatsbahnen.**

Die Arbeitsordnungen für die Arbeiter der Bau- und Bahnerhaltung, der Materialmagazine und des Stations- und Fahrdienstes sind vom k. k. Eisenbahnministerium an die k. k. Direktionen hinausgegeben und von einzelnen derselben bereits in den Ausblättern veröffentlicht worden.

In den Arbeitsordnungen sind auch die Erholungsurlaube enthalten.

Nach dem Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 8. Mai 1912, Z. 13.088/4, treten die Erholungsurlaube und die Verrechnung der Ueberstundenentlohnung (mit 1/4 des normalen Stundenlohnes) schon 15. Mai 1912 in Kraft. Die anderen Bestimmungen der Arbeitsordnungen treten erst nach Ausfolgung derselben an die Arbeiter in Kraft, und zwar bei den ständigen Arbeitern nach 14 Tagen, bei nichtständigen Arbeitern, welche Mitglieder des Provisionsfonds sind, nach 7 Tagen und bei allen übrigen Arbeitern nach 24 Stunden vom Zeitpunkt der Ausfolgung.

Ab 15. Mai 1912 haben Anspruch auf Erholungsurlaub „bei zufriedenstellender Dienstleistung und nach Zulässigkeit des Dienstes“ alle ständigen Arbeiter mit drei- bis zehnjähriger Gesamtdienstzeit 3 Tage, alle ständigen Arbeiter mit mehr als zehnjähriger Gesamtdienstzeit 6 Tage. Die Urlaube können darum schon angesprochen werden.

Zu empfehlen ist, daß die Arbeiter überall, unter genauer Beachtung der Dienstzulässigkeit, in untereinander gepflogenen Einbernehmen die Urlaubseinteilung erstellen, durch zwei oder drei Vertrauensmänner dem Dienstvorstand übergeben lassen, die Vertrauensmänner sollen dann den Dienstvorstand ersuchen, mit ihrem Einbernehmen diese Urlaubseinteilung, soweit es nach menschlicher Voraussicht möglich ist, endgültig festzustellen.

Mit Rücksicht auf den Umfang der Arbeitsordnungen und in Anbetracht, daß jeder Arbeiter ohnehin die Arbeitsordnung selbst ausgefolgt erhalten wird, nehmen wir vor der wörtlichen Wiedergabe derselben im „Eisenbahner“ Abstand, werden sie aber in den nächsten Nummern unseres Blattes eingehend besprechen, worauf wir alle Arbeiter schon jetzt aufmerksam machen.

**Die Geldgeber der deutschnationalen „Arbeiterpartei“.**

Wenn man den nationalen Arbeiterparteilern nachsagt, daß sie von den Unternehmern und deren Körperschaften ausgehalten werden, so schreiben sie regelmäßig über sozialdemokratische Verleumdung. Unserem Karlsbader Parteiblatt ist es gelungen, in den Besitz

eines Berichtes des deutschen Arbeitersekretariats in Karlsbad für das Jahr 1911 zu gelangen, aus welchem klar und deutlich hervorgeht, wie es eigentlich um die vielgerühmte Selbständigkeit der völkischen „Arbeiterpartei“ bestellt ist. Sehen wir uns einmal die Einnahmen dieses Sekretariats im Berichtsjahre an:

Datum	Art der Einnahme	Kronen
1. Jänner	Per Kassastand vom Vorjahre	599
28. März	Ortsgruppe der deutschen Eisenbahner	15
1. April	Genossenschaft für die Metallgewerbe	10
30. Juni	Öbliche Bezirksvertretung	200
18. Juni	Ernst Hofmann	10
10. Juli	Heinrich Ebler v. Mattoni	50
12. "	Öbliche Stadtgemeinde Karlsbad	1000
14. "	Zinsen von der Spartasse	451
17. "	Matilde Miedl v. Riedenstein	50
30. "	Wendelin J. Franek	20
22. August	Genossenschaft der Kapeure, Friseure und Perückenmacher	5
15. September	Professor Rudolf Löbl	20
27. "	Öbliche Stadtgemeinde Fischern	25
27. "	Brauerei Weber, Fischern	50
27. "	Altöhlauer Porzellanfabriken Moritz Zdelauer, Altöhlau	50
27. "	Kaolinshlammerei Gotti, Fischern	50
27. "	Karlsbader Kaolinindustrie-Gesellschaft, Schlammerei, Sobau	200
27. "	Ingenieur Gröger, Fischern	30
24. Oktober	Deutscher Ortsrat	150
28. "	Dr. Körbel, Karlsbad	5
28. Dezember	Beitrag zur Deckung des Kartoffel-fundungsdefizits von der öblichen Stadtgemeinde	750
28. "	Beitrag zur Deckung des Kartoffel-fundungsdefizits vom händigen Ausschuß, Altöhlau	5360
	Saldo	69634
	Zusammen	345044

Demnach rühren sämtliche Einnahmen, wenn man von den 15 Kr. abzieht, die von wirklichen Arbeitern stammen, von Subventionen her. Angesichts dieser Tatsache wage es noch jemand, an der Selbständigkeit der völkischen auch nur im geringsten zu zweifeln. Bemerkenswert ist, daß die Subventionen zum größten Teil von Fabrikanten gewährt worden sind, die ihre Arbeiter auf das schamloseste ausbeuten. Von wirklichen Arbeitern fand sich überhaupt, außer den Eisenbahnern, niemand, der für das deutschnationale Sekretariat Beiträge zahlte. Außer den Eisenbahnern gibt es demnach schon keinen Arbeiter mehr, der nicht wüßte, daß die deutschnationale Arbeiterpartei die Schanddirne der Unternehmer ist. Für die Eisenbahner, die den Deutschnationalen nachlaufen, ist diese Feststellung nicht gerade ehrend.

**Streikbruch ist christlichsoziale Gewerkschaftspflicht.**

Die „Oberösterreichische Arbeiter-Zeitung“, Organ der christlichsozialen Arbeiterschaft Oberösterreichs bringt in ihrer letzten Nummer einen Leitartikel, unter dem Titel: „Christliche Gewerkschaften und sozialdemokratische Streiks“, in dem es unter anderem heißt:

Aber auch noch ein anderer Grund muß für uns maßgebend sein, den eigenen Weg zu gehen. Das Partieren mit der Sozialdemokratie ist für uns Gift. Dadurch werden die Grundzüge verwässert und ein großer Teil der für uns zu gewinnenden Arbeiter mag leicht auf den Gedanken kommen: „Es ist gar nicht viel Unterschied zwischen Schwarzen und Roten.“ Da es bequemer ist, dem großen Haufen nachzulaufen, wird ein solcher Arbeiter dann den — roten Organisation nachlaufen oder der großen Partei der Parteiloosen verbleiben. Deswegen aber wurden die christlichen Gewerkschaften nicht gegründet. Die christlichen Gewerkschaften werden auch in Zukunft bereit sein, trotz den prinzipiellen Gegensätzen, Hand in Hand mit ihren Arbeitskollegen im anderen Lager für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft einzustehen und zu kämpfen, sofern es im Rahmen von Gesetz und Recht geschieht, die Forderung gerecht und die Zeit zum Kampf richtig gewählt ist. Als autonome Organisationen können und dürfen wir uns aber nie von den Sozialdemokraten einen Streik aufbieten lassen. Es können Verhältnisse eintreten, wo es für uns zur Pflicht wird, frivole inszenierte Streiks der Genossen zu brechen.

Das ist wenigstens einmal ein ehrliches Bekenntnis.

**Ein Ausnahmsgesetz gegen die sozialdemokratische Presse**

soll, nach den Ausführungen des deutschnationalen Justizministers vor dem Prehausschuß, das neue Pressegesetz werden. Der Minister erklärte nämlich: Auch die Regierung sei für eine Einschränkung des objektiven Verfahrens; wenn jedoch nach dem Vorschlage des Entwurfes das objektive Verfahren künftig nur mehr ganz ausnahmsweise Anwendung finden soll, so müsse eine Erweiterung der Zuständigkeit der geplanten Schöffengerichte Platz greifen. Die vorläufige Beschlagnahme sollte außer den im Entwurf angeführten Fällen auch bei Aufreizung zum Klassenkampfe, bei Aufforderung zu Handlungen, die durch die Gesetze verboten sind, sowie bei strafbarer Bekämpfung von Einrichtungen, die als die Grundlage der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu betrachten sind, gestattet sein. Der Minister betonte weiters die Notwendigkeit einer noch weitergehenden Einschränkung der Zensurierung beschlagnehmter Druckschriften, als im Entwurf geplant sei, und erklärte, die Regierung will das Zustandekommen der Pressereform mit aller Kraft fördern, sie will sie auch vor dem anderen Hause vertreten. Sie glaubt, ihr Ziel um so sicherer erreichen zu können, wenn die Fragen, die hier aufgeworfen wurden, neuerlich erwogen werden und eine volle Uebereinstimmung zwischen den Abgeordneten und der Regierung erzielt werden könnte. — Das heißt also: die Regierung, oder besser, der deutschnationale Justizminister, ist für eine Pressereform, wenn das neue Pressegesetz den sozialdemokratischen Zeitungen eine Ausnahmestellung anweist, sie nach wie vor der Konfiskations- und Verfolgungswut der Staatsanwaltschaft ausliefert und gleichzeitig das Recht, konfiszierte Artikel durch Interpellationen zu immunisieren, geschmälert werde. Herr v. Söthenburger hat also keinen schlechteren Appetit. — Die Nationalverbändler haben dem

Minister lebhaften Beifall spendet. Jedes Ausnahmsgesetz gegen die Sozialdemokratie macht die deutschen Selben eben verzückt.

**Deutschradikale gegen die Beamten.**

Das Wort „deutschradikal“ ist gleichbedeutend mit „arbeiterfeindlich“. Nun kommt aber aus dem Parlament die Nachricht, daß die Deutschradikalen nicht nur professionsmäßige Arbeiterfeinde, sondern auch Feinde der um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Beamten sind. Am 22. Mai wurde bekanntlich, wie aus dem parlamentarischen Bericht ersichtlich ist, eine Debatte über das Koalitionsrecht der Beamten abgeführt. Der Sozialdemokrat Glöckel konnte auf die gewundenen Ausführungen des Ministers, der sich nicht getraute, offen zu erklären: Die Regierung will das Koalitionsrecht der Beamten illusorisch machen! um so wirksamer replizieren, als es zur selben Zeit, wo er seine Rede hielt, bekannt wurde, daß der Postpräsident Hobeisl für Niederösterreich einen Erlaß herausgegeben hatte, der folgenden Wortlaut aufweist:

„K. k. Post- und Telegraphendirektion für Oesterreich unter der Enns.  
Z. 97/V—1912.

An die Herren Vorstände der k. k. Post- und Telegraphenämter in Wien.

Paul Mitteilung der k. k. Polizeidirektion wird morgen Dienstag den 21. d. M. um 8 Uhr abends in Wimbergers Saallokation vom Reichsverein der Post- und Telegraphenbediensteten Oesterreichs eine Demonstrationsversammlung veranstaltet. Die Herren Vorstände werden hievon unter Berufung auf die hieramtlichen Erlasse vom 20. September 1911, Zahl 201/V, und vom 30. April 1912, Zahl 87/V, mit dem Auftrage verständigt, das dortige Personal unter Vorhalt der ersten Folgen vor der Teilnahme an Demonstrationen zu warnen.

Auch wird es daher Sache der Vorstände sein, in geeigneter Weise feststellen zu lassen, wer von den dortigen Bediensteten an der angekündigten Versammlung teilgenommen oder sich sonst etwa durch lebhaftes Agitation hervorgetan hat.

Die Meldungen hierüber sind bis 24. d. M. an die hierortige Abteilung I b vorzulegen.

Der k. k. Postpräsident:  
Hobeisl.

Sofort nach dem Bekanntwerden dieses Erlasses bemächtigte sich naturgemäß der Beamten, die unter sich nach dem Wunsche des sauberen Herrn Postpräsidenten einen Spitzdienst inszenieren sollen, eine große Erregung. So wurde kürzlich in Prag eine Versammlung abgehalten, in der von dem Referenten betont wurde, daß die Sache auch für Böhmen von Interesse sei, weil man nicht wissen könne, ob nicht auch hier an der Beamtenchaft ein so schamloses Attentat gegen das Recht des Zusammenschlusses für später geplant sei. Desgleichen rüsten die Wiener Beamten zu einer gepfefferten Antwort. Den Autor des Erlasses läßt aber die Entrüstung und die parlamentarische Aktion ganz kühl. Im Gegenteil, mit zynischer Offenheit gesteht er in einer Zuschrift an die Presse, daß sein Erlaß „keineswegs“ ein geheimer sei. Die Annahme unserer Parlamentarier, daß es sich hier um ein von der Regierung geduldetes, wenn nicht gar inspiriertes Vorgehen handelt, hat sich demnach als vollauf berechtigt herausgestellt. So unerhört das Vorgehen des Herrn Hobeisl und seiner Inspiratoren auch sein mag — unerhörter ist das Benehmen der Deutschradikalen, die ja in diesen Tagen zu allen aktuellen politischen Fragen eine recht unabweisende Haltung als pflichtbewusste Regierungsnächte eingenommen haben. Die verächtlichen Burschen begnügten sich nicht etwa mit einem passiven Verhalten in der Erlaßfrage, nein, sie fanden es für notwendig, ihre Beamtenfeindlichkeit extra zu manifestieren, indem ihr Herr und Meister, Wolf, die Rede des Sozialdemokraten gerade bei jenen Stellen mit ausgeprochenen beamtenfeindlichen Worten unterbrach, wo von dem Erlaß die Rede war. Wolf brüllte, als sich die Erregung unserer Genossen in heftigen Zwischenrufen über die Insamie des Postpräsidenten entlud: „Die Herren Roten brauchen nur zu befehlen und der Minister kommt schon!“ Ob sich wohl die Beamten bei den Wahlen dieser Haltung der Deutschradikalen, die ja auch im Ausschuß das menschenmögliche an offener Beamtenfeindlichkeit geleistet haben, erinnern werden? Urache hätten sie wahrlich genug dazu, denn es soll ja ihrem wichtigsten Rechte aus Leben gehen.

**Ausland.**

**Die Eisenbahnerorganisation in Spanien.**

Von Vincente Barrio (Madrid).  
(Eigenbericht.)

Die Angestellten und Arbeiter der spanischen Eisenbahn fangen an, den guten Zweck der Vereinigung einzusehen. Kürzlich hatten diese ziemlich bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen.

Die Vereinigung besitzt Ortsgruppen in den verschiedenen spanischen Städten. In einer derselben, in Almeria, wo die südspanischen Eisenbahnkompanien ihren Sitz haben, wurde die Wiedereinstellung von vier Arbeitern durchgesetzt, die entlassen worden waren, weil sie Bezahlung von Ueberstunden verlangt hatten. Der Direktor weigerte sich, diese Bediensteten wieder einzustellen und die Organisation als Vertreterin der Bediensteten anzuerkennen. Die entschiedene Haltung des Personals, das mit dem allgemeinen Ausstand drohte, zwang den Direktor zur Anerkennung der Organisation und Wiedereinstellung dieser Arbeiter.

Einen weiteren Sieg hat die Ortsgruppe von Almeria zu verzeichnen. Der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe, welcher sich durch seine Arbeiten für die Eisenbahnerorganisation auszeichnet, lenkte die Aufmerksamkeit seiner Chefs auf sich. Man verlangte von ihm, daß er es unterlasse, Propaganda für die Organisation zu machen und daß er das Amt niederlege, welches er in der Ortsgruppe einnahm. Unser Genosse weigerte sich dies zu tun



und fuhr fort, für die Organisation zu arbeiten. Um diesem Genossen dienstlich beikommen zu können, beschuldigte man ihn fälschlich, er habe einen Zug — dieser Genosse ist Lokomotivführer — zwischen zwei Stationen, wo der Weg gefährlich ist, mit zu großer Geschwindigkeit gefahren. Aus diesem Grunde erklärte man ihn in der Kompagnie für untauglich. Als die Organisation sich überzeugte, daß die Entlassung erfolgte, um das Personal einzuschüchtern, damit es nicht länger in der Eisenbahnervereinigung bliebe, teilte sie dem Direktor mit, daß man auf der Linie den Generalstreik erklären würde, wenn der Lokomotivführer nicht innerhalb acht Tagen wieder auf seinen alten Posten eingestellt und der Vorsteher entlassen würde, welcher der Urheber der Verleumdung betreffs zu großer Geschwindigkeit war. Anfänglich weigerte sich der Direktor, mit der Ortsgruppe zu verhandeln. Durch die Vermittlung des Statthalters wurde der Friede wieder hergestellt. Der Lokomotivführer wurde wieder eingestellt, es wurde ihm der Lohnentgang vergütet und der Vorsteher, der ihn wegen des Schnellfahrens verleumdet hatte, mußte Abbitte leisten.

Die Werksstätten der Nordbahn, der bedeutendsten in Spanien, befinden sich in Valladolid und in denselben arbeiten mehr als 4000 Arbeiter. Schon vor langer Zeit hatten diese eine kleine Lohnerhöhung gefordert, ohne daß sie dieselbe erlangen konnten, da es an einer guten Organisation fehlte. Heute sind mehr als 3000 Arbeiter organisiert und kraft dieser Organisation beschloß man aufs neue, eine Erhöhung in den Tarifen um 25 Prozent zu fordern. Die Vorsteher, bei denen man vorstellig wurde, glaubten, daß die Arbeiter keine Macht besäßen und eine Organisation nicht existiere; sie antworteten daher einfach brüskt, daß die Arbeiter, welche mit den Löhnen nicht einverstanden wären, gehen könnten. Diese Erwiderung erregte die Arbeiter im höchsten Grade und noch im selben Augenblick setzte man sich mit allen Ortsgruppen in Verbindung und beschloß, in keiner Werkstatt zu arbeiten, bis der gerechten Forderung nicht Folge gegeben wäre. In weniger als einer Stunde war der Streik auf allen Haupt- und Nebenlinien erklärt. Die Arbeiter gingen aber nicht fort, sondern im Gegenteil, alle verblieben auf ihren Posten mit gekreuzten Armen und ohne zu arbeiten. Sie erklärten sich nur damit einverstanden, daß sechs oder acht Arbeiter Steinöhlen in die Defen würfen. Das Personal der Passagierzüge, die Telegraphisten, die Weichensteller und alle übrigen feierten. Die Schreiber saßen in ihren Bureaus, ohne zu schreiben, die Expedienten waren auf den Kais, ohne das Gepäck zu besorgen und die Waren zu befördern. Und in diesem passiven Widerstand verharren die Arbeiter drei Tage, nach deren Ablauf sich die mächtige Nordbahnkompagnie veranlaßt sah, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen.

Bei den andalusischen Eisenbahnen herrscht große Unzufriedenheit infolge des Zwanges, welchen die Kompagnie auf diejenigen ausübt, welche die Zurückstattung des Geldes reklamieren, das man ihnen für fromme Stiftungen abgezogen hat. Ein Mittel, durch welches man die Eisenbahner unbarmherzig ausbeutet. Wenn die Regierung nicht vermittelt oder die Auflösung der beflagten frommen Stiftung dekretiert, ist ein Streik in aller nächster Zeit auf allen andalusischen Linien so gut wie sicher.

**Ein amerikanischer Eisenbahner-Lohnarif.**

In den Vereinigten Staaten sind die Eisenbahnen Privatunternehmungen und die Arbeitsbedingungen werden zwischen den Betriebsleitungen und dem Personal vereinbart. Auf allen bedeutenden Bahnen sind Kollektivverträge die Regel, die von Konferenzen der Unternehmungs- und Gewerkschaftsvertreter aufgestellt werden. Dieses System hat sich sehr gut bewährt. Es hat bewirkt, daß seit langer Zeit kein nennenswerter Streik mehr vorkam, obwohl die amerikanischen Eisenbahner das uneingeschränkte Recht der Arbeitseinstellung haben.

Die Zahl der in Geltung stehenden Lohnarif ist sehr groß, da jede Bahngesellschaft mit jeder Gewerkschaft besondere Kollektivverträge eingetht. Im allgemeinen sind jedoch die Arbeitsbedingungen in gleichen Dienstzweigen nicht viel verschieden. Es soll hier einer der Tarife auszugsweise wiedergegeben werden, damit die Leser dieser Zeitung sehen, wie sich die Arbeitsverhältnisse in Amerika gestalten; zu dem Zweck wählen wir den jetzt gültigen Lohnarif für das Zugpersonal der Illinois-Zentralbahngesellschaft, der im vorigen Jahre abgeschlossen wurde.

Im Personenverkehr richtet sich der Lohn nach der Zugart und die Zahl der zurückgelegten Meilen \*). Im Durchgangsverkehr beträgt der Monatslohn:

	Bei 4000 oder weniger Zugmeilen	Bei 4000 bis 6000 Zugmeilen
der Personenschaffner . . . . .	140 Dollar **)	159 Dollar
„ Gepäckschaffner . . . . .	76 „	82 „
„ Bremser . . . . .	69 „	78 „
„ Gepäckträger . . . . .	37 „	43 „

Im Lokalverkehr sind die Löhne niedriger; sie betragen:

	bis zu 4000 Meilen	4000 bis 5000 Meilen	5000 bis 6000 Meilen
für Personenschaffner . . . . .	128 Dollar	147 Dollar	153 Dollar
„ Gepäckschaffner . . . . .	70 „	76 „	79 „
„ Bremser . . . . .	66 „	69 „	72 „
„ Gepäckträger . . . . .	37 „	43 „	43 „

Zur Feststellung der Zugmeilen kommen nur die regelmäßigen Fahrten in Anrechnung; für Dienst außer der Regel ist Ueberzeitenschädigung zu gewähren, und zwar den Personenschaffnern 39 Cents und den anderen Kategorien 25 Cents für die Stunde.

Wenn die Zahl der Zugmeilen bei regelmäßigen Fahrten 6000 per Monat überschreitet, so ist eine Extratschädigung zu zahlen, und zwar:

	Im Durchgangsverkehr	Im Lokalverkehr
den Personenschaffnern . . . . .	2-65 Cents	2-54 Cents per Meile
„ Gepäckschaffnern . . . . .	1-76 „	1-35 „
„ Bremsern . . . . .	1-35 „	1-22 „
„ Gepäckträgern . . . . .	—73 „	—73 „

\*) 1 Meile entspricht 1-6 Kilometer.

\*\*) 1 Dollar kommt 5 Kr. gleich.

Im § 10 des Tarifs ist es verboten, die Dienstzeit ungebührlich zu verlängern, um Extrameilengeld herauszuschlagen.

Bei Fracht- und gemischten Zügen erhalten Zugführer 125 Dollar und Bremser 83 Dollar im Monat, bei Arbeitszügen stellen sich die Monatslöhne auf 114 und 76 Dollar. Im unregelmäßigen Frachtdienst wird den Zugführern ein Lohn von 4-18 Cents per Meile und den Bremsern ein Lohn von 2-78 Cents per Meile gezahlt.

Die Ueberzeitenschädigung beträgt für Zugführer bei Fracht- und gemischten Zügen 48 Cents per Stunde, bei Arbeitszügen 44 Cents; Bremser erhalten 32 und 30 Cents per Stunde.

In den ersten sechs Dienstmonaten im Frachtverkehr ist der Lohn um 10 Prozent geringer. Farbige Bremser (nämlich Neger) erhalten einen um 15 Prozent niedrigeren Lohn als Weiße.

Der Arbeitstag währt im Frachtenverkehr zehn Stunden; für längere Dienstdauer wird Ueberzeitenschädigung gezahlt, für kürzere Dienstdauer (wenn sie nicht der Arbeiter verschuldet hat) wird jedoch kein Abzug gemacht. Jeder Werktag gilt als Arbeitstag. Die Zahl der Zugmeilen soll 100 im Tag nicht überschreiten. Auf Bergstrecken, bei Dienst in den Schlachthöfen zu Chicago u. s. w., wird Extrameilengeld gezahlt.

Zugsbedienstete, die zeitweise im Bahnhofsdienst verwendet werden, erhalten ihre üblichen Löhne, außer wenn die Löhne für den Bahnhofsdienst höher sind; in dem Fall haben sie auf diese höheren Löhne Anspruch.

Bei Ausfall von Frachtzügen ist dem zum Dienst angetretenen Personal eine Entschädigung für mindestens zwei Stunden zu gewähren.

Die Verwendung bei regelmäßigen Zügen und das Vorrücken in eine höhere Dienstklasse hängt von der persönlichen Befähigung und der Zeitdauer ab, welche der Arbeiter im Dienst der Gesellschaft verbracht hat. Die Entscheidung steht ausschließlich dem Betriebsleiter zu.

Wenn Entlassungen notwendig werden, so sind in der Regel die zuletzt eingestellten Arbeiter zuerst zu entlassen; doch darf der Betriebsleiter von dieser Regel abgehen, wenn er jüngere Bedienstete für verlässlicher und leistungsfähiger hält. Der Grund eines solchen Abweichens von der Regel ist dem Personal auf Verlangen bekannt zu geben. Ohne guten Grund darf kein Zugsbediensteter entlassen werden. Gegen die Entlassung kann innerhalb von zehn Tagen beim Betriebsleiter schriftlich Einspruch erhoben werden. Im Verlauf der folgenden zehn Tage ist eine Untersuchung über den Entlassungsgrund vorzunehmen, bei der der Entlassene anwesend zu sein hat. Wird die Entlassung aufrecht erhalten, so ist noch die Berufung an die Generaldirektion zulässig.

Beschwerden sind innerhalb von 30 Tagen an den Betriebsleiter zu richten.

Der Vertrag ist vom Generaldirektionsassistenten L. J. Foley, sowie von je zwei Vertretern der Brotherhood of Railroad Trainmen (Zugsbegleiter) und des Order of Railway Conductors (Schaffner) unterzeichnet.

H. F.

**Ein schweres Eisenbahnunglück bei Paris.**

Am Samstag den 18. Mai stieß in der Nähe des Gare du Nord bei Pont Marcadet der Passagierzug, der aus Pontoise kam, mit einem anderen Personenzug, der vom Gare du Nord nach Mousoulit abfahren sollte, zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß sechs Wagen sofort entgleisten, während drei andere aufeinandergeschoben wurden. Aus den Trümmern des entgleisten Zuges erschollen schrillende Hilferufe und Schreie der Verunglückten. Es war sofort Hilfe zur Stelle. Augenzeugen des Unfalls eilten von allen Seiten herbei und bemühten sich, die unter den Trümmern begrabenen Passagiere zu befreien. Die Zahl der Schwerverletzten und Toten ist groß. Unter den Verwundeten befindet sich eine große Anzahl Soldaten.

**Ein sozialdemokratischer Eisenbahneragitator, der den Hofzug führt.**

Der Berliner „Vorwärts“ schreibt: Ein besonderes Charakteristikum erhalten die Eisenbahndebatten in der preußischen Duma und im Reichsparlament durch das Auftreten des Sozialistenführers Breitenbach, seines Zeichens wohlbestallter preußischer Eisenbahnminister. Wehe dem Eisenbahnarbeiter, der es wagt, außerdienstlich seiner sozialdemokratischen Gesinnung Ausdruck zu geben, wenn gerade ein liebedienlicher „Kollege“ in seiner Nähe ist. Und nun gar die sozialdemokratischen Eisenbahnbeamten! Sie sind nach preußisch-bureaucratischer Auffassung Eidbrecher, die nicht würdig sind, auch nur eine Stunde länger unter der Fuchtel ihrer Vorgesetzten zu stehen.

So entwürdigend herartige Gesinnungsschnüffelei für die davon betroffenen Beamten ist, so wenig hat natürlich die politische Ueberzeugung eines Eisenbahnbeamten mit der Betriebsicherheit zu tun. Ein klassischer Beweis dafür ist die Tatsache, daß während der letzten Reise des Kaisers von Genua nach Karlsruhe auf schweizerischem Gebiet der Sonderzug von dem Oberzugführer Giovanni Lamo geleitet wurde, einem Beamten, der zu den eifrigsten sozialistischen Agitatoren in der Schweiz gehört.

Aber das wird Herrn Breitenbach natürlich nicht hindern, auch in Zukunft in jedem sozialdemokratischen Eisenbahnbeamten einen Eidbrecher und Schurken zu sehen, der nicht würdig ist, dem von Preußens Ministern so genial geleiteten Beamtenstab anzugehören!

**Ein neuer Generalstreik in England.**

Die Londoner Transportarbeiter sind in einem das ganze Transportgewerbe umfassenden Generalstreik eingetreten. Der Streik umfaßt die Kolltischer, Dockarbeiter, Gasangestellten, Eisenbahnarbeiter, Seiger, Lokomotivführer u. s. w. Der Verkehr in der Stadt ist auf demselben Niveau angelangt, wie er bei dem großen Transportarbeiterstreik im Jahre 1911 war. Der Riesenanstand dürfte dem englischen Wirtschaftsleben ungeheure Verluste zuführen, so daß eine Krise nicht ausbleiben dürfte. Die Forderungen sind: 1. Von den organisierten Arbeitern soll nicht verlangt werden, daß sie mit

nichtorganisierten zusammenarbeiten. 2. Im Hafen von London sollen innerhalb der verschiedenen Arbeiterkategorien durchweg gleiche Löhne gezahlt werden. Zur Basis dieser Löhne sollen die höchsten Sätze genommen werden, die gegenwärtig gezahlt werden.

Die Mitglieder des Verbandes in ganz England zählen 472.000 Mann. Es ist noch ungewiß, ob sich die Bewegung auf London beschränken wird oder ob sie auch auf die anderen Häfen übergreift. Die Ausständigen versichern, daß, wenn die Keeser versuchen sollten, die für London bestimmten Schiffe nach anderen Häfen zu entsenden, der Ausstand sich sofort verallgemeinern werde. Bisher hat sich der Streik auf die großen Häfen, Liverpool, Dover und Hull, nicht ausgedehnt.

Ueber den Umfang des Streiks wird aus London gemeldet: Die Zahl der ausständigen Verloader und Transportarbeiter, die mit der Aushungerung Londons und einem mehrwöchigen Generalstreik drohen, beträgt nunmehr bereits 175.000. Sehr wenig Wagen, mit Lebensmitteln beladen, verkehren in den Straßen der Stadt und werden von berittenen Polizeianten geschützt.

Tausende Tonnen Lebensmittel werden im Hafen verderben. 150 Schiffe liegen zurzeit im Hafen und harren vergebens der Entladung. Die Vorräte an Petroleum langen nur für 14 Tage. Der Verkehr von Automobilen und Omnibussen nimmt bereits ab.

Der Ausstand der Eisenbahner gilt als nahe bevorstehend.

**Eisenbahnerstreik in Spanien.**

Wie aus Madrid gemeldet wird, ist auf den andalusischen Eisenbahnen vor einigen Tagen ein Streik ausgebrochen. In verschiedenen Orten stehen die Züge auf den Bahnhöfen mit Gütern beladen, ohne daß sie abgefendet werden können. Obwohl die Faltung der Streikenden friedlich ist, haben die Behörden die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Es ist möglich, daß die Angestellten der Südeisenbahnen Spaniens sowie der Ostbahnen und der Bahn von Algeciras einen Sympathiestreik mit den streikenden andalusischen Eisenbahnarbeitern eingehen werden. Die Regierung hat Schritte getan, um eine Lösung des Konflikts herbeizuführen. Die Unterhandlungen sind jedoch gescheitert.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Zusammenstoß am Nordwestbahnhof.** Wie wir seinerzeit berichtet haben, fand am 18. Dezember v. J. um 7 Uhr früh auf dem Nordwestbahnhof in Wien bei Einfahrt des von Stoderau kommenden Personenzuges Nr. 114 ein Zusammenstoß der Lokomotive mit dem Brellbock statt, wobei 32 im Aussteigen begriffene Reisende infolge der starken Erschütterung teils schwere, teils leichtere Verletzungen erlitten.

Wegen dieses Vorfalles hatte sich vor dem Erkenntnisssenat des Landesgerichtes der Lokomotivführer Benzl R o b e l wegen Vergehens gegen die körperliche Sicherheit zu verantworten. Die Anklage legte dem von Dr. Leopold Ra h verteidigten Angeklagten zur Last, daß er laut Gutachten der Bahnsachverständigen die Vakuumbremse zu spät und zu rasch betätigt habe. Die Sachverständigen Oberinspektor M u r r und K r a u s der Südbahn bezeichnen nämlich die Distanz von der Mitte bis zum Brellbock (60 Meter) als einen bei der eingehaltenen Geschwindigkeit von 8 Kilometer per Stunde zu kurzen Bremsweg. Der Angeklagte R o b e l beantwortete sich dahin, daß er seit mehr als 30jähriger Dienstzeit bei der Einfahrt in den Bahnhof niemals anders manipuliert habe, und daß er auch damals mit Sicherheit annehmen mußte, daß er den Zug rechtzeitig zum Stehen bringen werde. Die hierauf vernommenen Zeugen Adjunkt Adolf B a l z e r, Zugführer W ä b e r und Geizer B e l o h l a w e t galten an, daß die Einfahrtsgeschwindigkeit die gewöhnliche war, daß der Lokomotivführer wie gewöhnlich in der Mitte der Halle die Vakuumbremse betätigt habe. Nach Vernehmung mehrerer schwer verletzter Zeugen sowie des Nordwestbahninspektors L a n g e r gab der Vorsitzende Oberlandesgerichtsrat S c h u l z bekannt, daß zufolge Antrag des Verteidigers Dr. Ra h zwei Tage vor der Verhandlung ein Sozialaugenschein auf dem Nordwestbahnhof im Beisein der Sachverständigen vorgenommen wurde, welcher ein wesentlich anderes Resultat ergab, als das im schriftlichen Gutachten der Sachverständigen niedergelegt.

Die Sachverständigen Oberinspektoren M u r r und K r a u s erklärten nunmehr, daß sie angesichts der beim Sozialaugenschein vorgenommenen Bremsproben ihr Gutachten insofern rektifizieren müssen, daß der Angeklagte wohl annehmen mußte, daß er den Zug sogar auf eine Distanz von 30 bis 40 Meter werde zum Stehen bringen können. Wenn dies damals nicht möglich war, so müsse eine zufällige Undichtigkeit einer Ventilkappe die Schuld tragen.

Infolge dieses nunmehrigen Gutachtens erklärte der Staatsanwalt die Anklage nicht mehr aufrecht erhalten zu können, wonach der Vorsitzende den Freispruch des Angeklagten verkündigte.

**Ein eingekerkelter Finger.** Für die Kondukteure der Eisenbahn bildet das Zumachen der Türen der Waggons eine ständige Gefahr, weil immer und immer wieder sich Reisende finden, welche so unvorsichtig sind, sich entweder an den Angeln der Tür anzuhaken oder sich vor die zumachende Tür zu stellen.

Unter der Anklage, durch Zuwerfen der Tür einem Passagier den Finger eingeklemmt zu haben, stand vor dem k. l. Bezirksgericht Leitmeritz der Kondukteur der D. N. W. Stanislaus W a u e r. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er unvorsichtigerweise und ohne sich vorher zu überzeugen, die Tür des Waggons zugeschleudert und einer gerade im Einsteigen befindlichen Person den Mittelfinger der rechten Hand am ersten Gliede eingeklemmt habe, wodurch der Nagel abfiel und womit eine längere Berufsunfähigkeit des Verletzten verbunden war. Die Verteidigung W a u e r s führte Herr J. U. Dr. Friedrich E l s t e i n, Advokat aus Aussig. Der Verletzte, ein Schneidergeselle namens S c h a n d a, gab an, er sei mit dem Frühzug von Leitmeritz nach Aussig gefahren. Als er in der Station Leitmeritz einsteigen sei, wollte gerade ein Mann, angeblich in Eisenbahneruniform, aus dem Wagen aussteigen, worauf er zurücktrat, den Mann vorlieb und dann in den Wagen sich begab. Bevor er jedoch eingetreten war, wurde die Tür zugemworfen und er, der sich, um Halt zu gewinnen, an der einen Türseite anhielt, habe hierbei einen Finger eingeklemmt erhalten. Als Zeugen dieses Vorfalles führte er eine zweite Person an. Ueber eindringliches Befragen des Verteidigers mußte der Verletzte zugeben, daß er nicht bestimmt wisse, wer die Tür zugeschlagen habe, er vermute jedoch, daß es der diensthabende Kondukteur war. Auf die Frage, ob derjenige, der die Tür zugemacht habe, eine Laterne in der Hand oder vor der Brust hatte, erklärte der Verletzte, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Auch gab der Verletzte endlich an, daß es sehr dunkel



gelesen sei und, da er hinter der Tür stand, die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß ihn der die Tür zuschlagende Kondukteur überhaupt nicht gesehen habe. Der Angeklagte Bauer verantwortete sich dahin, daß er von der ganzen Sache nichts wisse und bei dem Zuge, welcher nur Durchgangscoupees hatte, eine Tür überhaupt nicht zugemacht gewesen sei. In einer Schlussrede wies der Verteidiger darauf hin, daß nach den eigenen Angaben des Verletzten es ausgeschlossen sei, daß der diensthabende Kondukteur die Tür zugemacht haben könnte, welcher Ansicht sich der Richter anschlöß und ohne weitere Zeugen zu verhören mit Freispruch voring.

Gegen den Freispruch hat die Staatsanwaltschaft Berufung ergriffen. Das 1. I. Kreis- als Berufungsgericht in Leitmeritz hat im Vorerhebungswege den Zeugen, den der Verletzte namhaft gemacht hatte, als auch den Verletzten selbst nochmals einbezogen und den Verletzten zu der auf den 4. Mai 1912 angeordneten Berufungsverhandlung vorgezogen. In dieser Berufungsverhandlung gelang es dem Verteidiger Dr. E. Stein abermals, das Gericht von der Unglaubwürdigkeit der Aussage des Verletzten zu überzeugen, welcher nämlich im Vorerhebungswege seine erste Aussage bedeutend abänderte und wahrscheinlich, in der Absicht, eine Schadenersatzklage gegen die Bahn zu erheben, mit genauen Angaben kam, indem er nun sogar behauptete, daß der Angeklagte derjenige sei, welcher die Tür zugemacht habe, da Größe, Stärke und Farbe der Haare übereinstimmen. Ueber Befragen des Verteidigers, wieso denn der Verletzte die Haarfarbe erkannt habe, wollte dieser keine Aussage, daß es dunkel war, widerrufen, konnte jedoch für seine Behauptung, daß es hell war, keinen auch nur halbwegs triftigen Grund finden. Auch in anderen Punkten gelang es dem Verteidiger, die Angaben des Verletzten auf das richtige Maß zurückzuführen und den Gerichtshof davon zu überzeugen, daß die Aussage des Verletzten mit äußerster Vorsicht aufzunehmen sei. Obwohl nun die Staatsanwaltschaft auf Verurteilung des Bauer gemäß § 432 St.-G. plädierte und darauf hinwies, daß der Kondukteur unberichtig die Tür zumachte, schloß sich der Gerichtshof demnach der Ueberzeugung des Verteidigers, daß der Nachweis, der Angeklagte sei derjenige, der die Tür zugeschlagen hat, nicht erbracht sei, an, bestätigte das erstinstanzliche Urteil, wodurch Bauer von der gegen ihn erhobenen Anklage rechtsgültig freigesprochen wurde.

**Irrtümliche Weichenstellung.** Aus Teplich wird uns berichtet: Am 17. März 1912 hatte der Kondukteur Heinrich Kaufcher auf den zu den Schächeln V und VI der Britannia-Gesellschaft von Mariafchein aus fahrenden Schlepplahn den Dienst zu versehen. Er fuhr mit einem Lastzug vom Geleise des Britanniaschächtes V. Der Lastzug stellte dortselbst leere Wagen an und sollte dann auf das Schlepplahngeleise des Britanniaschächtes VI fahren. Kaufcher hatte den Auftrag, die für die Fahrt notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen. Infolge eines Irrtums stellte er jedoch statt des Wechsels II den Wechsel III um und begab sich, ohne es zu merken, auf das Geleise freuzende Strasse, um eventuell Vorbeigehende — es sind hier keine Schranken — auf die Fahrt des Zuges aufmerksam zu machen. Durch die falsche Weichenstellung fuhr nun der Zug statt auf ein Reservegeleise auf das mit Wagen besetzte Schlepplahngeleise des Britanniaschächtes V, wodurch ein ziemlich beträchtlicher Materialschaden entstand. Vor dem 1. I. Bezirksgericht Teplich hatte sich nun Kaufcher wegen Uebertretung des § 432 St.-G. zu verantworten. Kaufcher gestand zu, daß er irrtümlicherweise und weil es trüb und regnerisch war, den Wechsel verfehlt und den falschen Wechsel gestellt hatte. Die Verteidigung des Kaufcher führte Herr Dr. Friedrich E. Stein, Advokat aus Aussig. Bei der mündlichen Verhandlung vertrat nun der Verteidiger die Anschauung, daß eine Uebertretung des § 432 St.-G. nicht vorliege, weil eine Gefahr für Menschen nicht entstanden ist. Der Verteidiger wies insbesondere darauf hin, daß auf den beschädigten Wagen sich kein Mensch befand und auch im Umkreise der Wagen keine Person anwesend war, und daß mit Rücksicht darauf, als der Lokomotivführer, wie dieser angab, die falsche Stellung des Wechsels, zwar bemerkte und bremste, jedoch den Zug mit Rücksicht auf das Gefälle nicht mehr aufhalten konnte, auch für das Zugpersonal eine Gefahr für ihre körperliche Sicherheit nicht vorhanden gewesen sein konnte. Die als Zeugen einbezogenen Personen bestätigten über Befragen ausdrücklich, daß eine Gefahr für die körperliche Sicherheit nicht vorhanden gewesen sein konnte und daß auch sonst kein Mensch gefährdet gewesen sei.

Der Richter schloß sich den Ausführungen der Verteidigung an und sprach Kaufcher von der Uebertretung, beangangen nach § 432 St.-G., mit Rücksicht darauf, als lediglich Gefahr für Material, jedoch nicht für Personen entstanden ist, frei.

**Die verurteilte 1. I. Staatsbahn.** Aus Willach wird uns geschrieben: Am 21. d. M. fand beim hiesigen Bezirksgericht die Strafverhandlung gegen den Wächter der Südbahn Josef Kert und den Lokomotivführer der Staatsbahn Karl Krahinig wegen Uebertretung des § 431 stat. Am 10. April 1912 um 1/11 Uhr nachts fuhr der Lokomotivführer Karl Krahinig beim Verschieben des Zuges 917 auf den Dienstwagen desselben Zuges, wodurch der Radmeißler leicht verletzt und drei Fenster des Dienstwagens zertrümmert wurden. Das Verschulden des Wächters soll darin bestanden haben, daß er die Maschine nicht begleitet und angehalten habe. Als Sachverständiger fungierte Herr Adjunkt Horishek. Der Richter sprach die Angeklagten, welche von Dr. Fuhrmann und Dr. Schuch verteidigt wurden, frei. In der Begründung hob er hervor, daß die Hauptschuld des erfolgten Anpralls in der Ueberhastung, die durch die Verspätung des Zuges 851 einerseits und dem Personalmangel andererseits ihre Erklärung findet, zu suchen sei. Aus dem Gutachten des Herrn Sachverständigen gehe unzweideutig hervor, daß ein Tatbestand nach § 431 St.-G. nicht gegeben sei.

**Ueberfahren des Brellbocks.** Am 4. November 1911 wurde der in Rurlersdorf gegen 3 Uhr morgens von St. Pölten einlangende Güterzug 198 ausnahmsweise auf Geleise 20 eingeleitet, weil auf Geleise 18 der gleichfalls aus der Richtung St. Pölten erwartete Zug 268 dem Zug 198 vorfahren sollte. Der diensthabende Assistent Moldauer befahl zuerst, nicht zu verschließen, ehe nicht die Kreuzung mit dem aus der Richtung Wien fälligen Lastzug 197 erfolgt war. Später vereinbarte er jedoch mit Weidlingau, daß die Kreuzung mit dem Zug 197 in Weidlingau stattzufinden habe, und befahl dem Zugführer Reichl, rasch zu verschließen. Von diesem Auftrage verständigte er telefonisch den östlichen Stellwerkwächter Moser, der ihn seinerseits dem Personal der vor dem Stellwerk stehenden Zugpartie zurief. Der Lokomotivführer Hofmann glaubte, vom Weichenwächter Reichl ein Vorwärtssignal zu erhalten, und zog mit dem Verschubteil des Zuges vor, als er plötzlich bemerkte, daß der Wechsel 7, der vom Geleise 20 auf Geleise 18 führen sollte, in den Stufen auf die 20 stand. Dem Lokomotivführer war es nicht mehr möglich, den Verschubzug zum Stillstand zu bringen, er fuhr die 20 gerade aus. Die Maschine warf den Brellbock um und vergrub sich im Erdbreich.

Wegen diesem Vorfall waren beim Bezirksgericht Rurlersdorf Lokomotivführer Hofmann, Zugführer Reichl, Weichenwächter Reichl, Stellwerkwächter Moser und der erste Zugkondukteur Haibauer angeklagt.

er ein solches erteilt hätte, von der Stellung der Weiche 7 noch immer überzeugen können.

Lehteres erklärte auch Haibauer. Weichenwächter Reichl bestritt auf das entschiedenste, den Wechsel 7 für den Verschubzug aus dem Grunde nicht gestellt zu haben, weil er etwa auf dessen ausnahmsweise Fahrt auf Geleise 20 statt auf Geleise 18 verweisen habe. Allerdings bestreite, wenn Zug 198, wie gewöhnlich, auf Geleise 18 kommt, kein Anlaß, die Weiche 7 zu stellen. Er habe jedoch die Weiche 7 gerade stellen wollen, als er in der Eile über die Geleise stürzte und sich verlehete. Da er das Gleichgewicht verlor, mag ihm die Hand mit der Signallaterne ausgefahren sein, ein Vorwärtssignal habe er nicht gegeben.

Vergänglich des Stellwerkwächters Moser erbrachte der Verteidiger den Nachweis, daß er nur die Stellung der Semaphore und die Verriegelungen zu besorgen sowie den telephonischen Verkehr mit der Station zu pflegen habe, ihm aber eine Kontrolle der handstellbaren Wechsel nicht auferlegt sei. Der Richter Dr. Gerstl sprach schließlich die durch Dr. Gustav Garpner verteidigten Angeklagten entsprechend den Ausführungen des Verteidigers, daß keinem eine Vorstrafwidrigkeit nachzuweisen sei, frei.

**Ein eingekannter Christlichsozialer.** In fortgesetzter Verhandlung hatte sich Dienstag den 14. Mai vor dem Bezirksrichter von Wiener-Neustadt, Dr. Hill, Maschinenführer Genosse Josef Püchler wegen Ehrenbeleidigung zu verantworten. Kläger war der Maschinenführer Friedrich Fuchs, der behauptete, Püchler habe ihn bei einer Turnusversammlung der Maschinenführer durch eine Handbewegung bedroht, auch soll er beim Heimweg gesagt haben: „An so einen Kerl stoße ich nicht an“ und ihm einen Stoß versetzt haben. Außerdem war wegen des Wortes Denunziant Anklage erhoben worden.

Der Richter bemühte sich um einen Ausgleich. Angeklagter Püchler lehnte einen Ausgleich entschieden ab, da er sich absolut nicht schuldig fühle. Zeuge Emil Dorisch, Maschinenoberkommissär, gab an, in jener Versammlung sei ein Tumult gewesen, man schrie: „Ginaus mit ihm!“ Das Wort Querulant ist gefallen, ob es aber von Püchler gebraucht wurde, mußte er nicht. Zeuge Maschinenführer Franz Dabrovnik ist nach der Versammlung unmittelbar hinter Püchler und Fuchs gegangen, er hätte hören müssen, wenn Püchler gegen Fuchs eine beleidigende Aeußerung gemacht hätte sowie er einen tätlichen Angriff hätte sehen müssen. Zeuge hatte nur gehört, daß Püchler dem Fuchs gesagt hat: „Sie traun' sich in Gegenwart von Vorgesetzten so zu sprechen?“

Zeuge Maschinenführer Verthold Boidl hatte ebenfalls keine beleidigenden Aeußerungen gehört, obwohl die Situation so war, daß er sie hätte hören müssen.

Richter: „Wo sind Sie gewesen?“ — Zeuge: „Ich bin neben dem Püchler gegangen.“ — Dr. Popper (Vertreter des Fuchs, zum Zeugen): „Sind Sie auch bei der sozialdemokratischen Organisation?“

Gegen diese Frage protestierte der Vertreter Püchlers, Dr. Wersl, sehr energisch. Der Richter erteilte Doktor Popper eine energische Zurechtweisung, indem er sagte: „Ich bitte, die Politik hat hier nichts zu tun.“

Dr. Popper: „Ich konstatiere, daß in der ersten Verhandlung der Beschuldigte gefragt wurde, welcher politischen Richtung er angehört. — Richter: „Das habe ich bei dem Kläger gemacht, aber es geht nicht an, den Zeugen zu fragen, der kann sein was er will, das geht niemand etwas an.“

Zeuge Gustav Rizvon, Maschinenoberkommissär, gab an: „Ich habe eine Turnusbesprechung abgehalten, da war ein erregter Zwischenfall. Ob Püchler ein Schimpfwort gebraucht hat, weiß ich nicht.“

Der Richter versuchte noch einmal einen Ausgleich. Fuchs war damit einverstanden. Püchler erklärte: „Ich kann nicht, Herr Richter.“

Dr. Popper beantragte sodann die Bestrafung des Püchler wegen Beleidigung des Fuchs. — Dr. Wersl ersuchte um Freispruch.

Der Richter verkündete das Urteil: Josef Püchler wird von der wider ihn erhobenen Anklage freigesprochen, da die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht erwiesen wurden.

Nun begann eine zweite Verhandlung. Diesmal war Püchler der Kläger, Fuchs der Angeklagte. Fuchs sagte nämlich zu zwei Wiener Maschinenführern: „Der Püchler benimmt sich nicht wie ein Sozialdemokrat, er benimmt sich wie ein Plattenbruder.“ Fuchs gab diese Aeußerung zu und sein Vertreter erbot sich zum Wahrheitsbeweis.

Die Zeugen Maschinenführer Franz Baumgartner und Anton Franck bestätigten die infrimierte Aeußerung. Dr. Wersl beantragte die Bestrafung des Fuchs wegen Beleidigung des Püchler durch den Ausdruck „Plattenbruder“. Von einer Wahrheitsbeweiserbringung konnte doch absolut keine Rede sein. Der Richter gab dem Antrag statt und verurteilte Fuchs zu 30 Kr. Geldstrafe und zum Ersatz der Strafprozeßkosten.

**Mißbrauch des Beschränktestes.** Samstag den 2. September 1911 wurde bei dem Personenzug Nr. 24 die Frau Josefine Spielmann, welche in der Station Freienfeld aussteigen wollte, durch eigenes Verschulden, da sie die Zeit des Aufenthaltes verplauderte, nach der Station Sterzing verführt. Der sie am Bahnhof in Freienfeld erwartende Gaite Hermann Spielmann, technischer Geschäftsleiter in Gries bei Wogen, war hierüber sehr aufgebracht und kam nach Abfahrt des Zuges auf den diensthabenden Beamten, Stationsmeister Verisch, zu und beschuldigte ihn fälschlich, daß er den Zug zu früh hätte abfahren lassen und drohte mit einer Beschwerde. Tags darauf schrieb dann auch Spielmann eine umfangreiche Beschwerde an die Verkehrsdirktion der Südbahn in Wien, in welcher er die Bahnverwaltung für diesen Vorfall und die dadurch bei ihm und seiner Tochter hervorgerufene Aufregung und deren Folgen verantwortlich machte und die sofortige Rückvergütung der ihm angeblich hiebei durch aufgelaufenen Speise im Betrage von zirka 29 Kr. verlangte. Wie Spielmann bei Aufstellung dieser Rechnung zu Werke ging, davon zeugt der Umstand, daß er die zweimalige Wagengebühr von Wöders nach Freienfeld und zurück verrechnete, obwohl nur die zweite Fahrt auf das Konto der Verführung seiner Frau zu setzen ist; denn die Eisenbahn ist doch nicht verpflichtet, ihren Fahrgästen Fuhrwerte zur Weiterbeförderung beizustellen! Ferner verrechnete er auch die Uebernachungsgeldgebühr in Sterzing, trotzdem seine Frau dort gar nicht übernachtete, sondern schon mit dem nächsten Zug wieder nach Freienfeld zurückfuhr. Das bezeichnendste dabei ist aber, daß er für das Schreiben des Beschwerdebriefes die Kleinigkeit von 10 Kr. verlangte. (Der Mann weiß seine Arbeitskraft gut zu bewerten!) In dem genannten Schreiben wurden auch sämtliche mit diesem Vorfall in Verbindung gefandenen Bahnbediensteten als sehr grob und der Stationsmeister Genosse Verisch als der „rühmlichst als grob bekannte Stationsbeamte“ bezeichnet. Da zwar kein Name angegeben war, aber aus den angeführten Umständen klar hervorging, daß sich diese Beschimpfung auf Genossen Verisch bezog, so brachte derselbe, nachdem er von der Verkehrsdirktion die Verwilligung zur gerichtlichen Verfolgung erhalten hatte, durch Doktor Gruner die Ehrenbeleidigungsklage gegen Spielmann ein. Bei der erfolgten Einberufung des Angeklagten gab derselbe zu, den Brief geschrieben zu haben, die darin gemachten Angaben hielt er aufrecht und bot auch den Wahrheitsbeweis für

die dem Genossen Verisch zugefügte Beschimpfung an, wozu er mehrere Zeugen namhaft machte. Dieselben sowie Spielmann selbst konnten aber gar nichts Belastendes gegen Genossen Verisch vorbringen, sie stützten sich in ihren Aussagen nur auf unbestimmte Angaben der Sommergäste vom Wabe Wöders, welche teilweise infolge des Umstandes, daß sie den Perron in der Station Freienfeld nicht ohne Bahnsteigkarten betreten durften, auf die Beamten dieser Station nicht gut zu sprechen waren. Darunter waren auch noch einige Zeugen, welche nicht nur nichts Nachteiliges gegen Genossen Verisch vorbringen konnten, sondern sogar noch dessen freundliches Entgegenkommen im Dienste den Parteien gegenüber anerkannten.

Bei der am 5. Jänner d. J. beim 1. I. Bezirksgericht in Sterzing stattgefundenen Hauptverhandlung sprach sich der Vertreter des Angeklagten, Dr. Perathoner jun. aus Wogen, für einen Vergleich aus, worauf ihm der Kläger, Genosse Verisch, erwiderte, daß sich diesbezüglich hätte reden lassen, wenn der Angeklagte sein Unrecht eingesehen hätte. Statt dessen habe Spielmann aber noch den Wahrheitsbeweis für seine Beschimpfung angeboten und habe er (der Kläger) deshalb gar keine Ursache, sich auf einen Vergleich einzulassen, sondern müsse auf Erbringung des Wahrheitsbeweises beziehungsweise Bestrafung des Angeklagten bestehen.

Nach Verlesung der schriftlichen Aussagen des Angeklagten und der von ihm geführten Zeugen trat der Klageanwalt Dr. Gruner in würdevoller Rede für die Bestrafung des Angeklagten ein. Mit Recht konnte er sagen, daß ihm ein so lächerlicher Wahrheitsbeweis noch nie in seiner Praxis vorgekommen sei. Er hob auch den schweren, verantwortungsvollen Dienst der Bahnbeamten hervor, welcher denselben durch die oft ganz überflüssigen Skettaturen der Reisenden noch sauer gemacht wird. Es könne selbstverständlich nicht als Grobheit bezeichnet werden, wenn der Bahnbeamte seinen Dienst vorchriftsmäßig ausübt, wie im vorliegenden Falle, wo den Sommergästen vom Wabe Wöders der Perron in Freienfeld als angenehmer Promenadeweg nicht gratis zur Verfügung gestellt wurde. Weiters betonte der Klageanwalt auch die Schwere der Verleumdung, welche von einem Mann gefallen sei, der sich der Tragweite seiner Handlung doch bewußt sein mußte, und daß, wenn es nach dessen unbekennbarer Absicht gegangen wäre, der Kläger hätte geschädigt werden müssen.

Der Richter schloß sich den Ausführungen des Klageanwaltes an und verurteilte den Angeklagten Spielmann nach § 491 und 493 zu einer Geldstrafe von 30 Kr., im Nichteinbringungsfall zu 48 Stunden Arrest sowie zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens.

Gegen dieses Urteil wurde seitens beider Parteien der Rekurs an das Kreisgericht Wogen angemeldet.

Vor der anderraumten Verhandlung vor dem Berufungsgericht kam es nun zu einem Vergleich, indem der Angeklagte Spielmann das ihn verurteilende Erkenntnis erster Instanz anerkannte, Strafe und Kosten nach der richterlichen Verweisung bezahlt und überdies noch einen Betrag von 20 Kr. zur freien Verfügung stellte, welcher vom Genossen Verisch dem Verein „Arbeiterheim“ in Innsbruck als Spende überwiesen wurde.

Diese Gerichtsverhandlung zeigte wieder einmal recht anschaulich, in welcher freiblen Weise oft das Beschwerderecht bei der Eisenbahn seitens der Fahrgäste mißbraucht wird.

### Streiflichter.

Ein Refonvalezentheim für Eisenbahnbedienstete. Wie die Zeitschrift „Der Bahnarzt“ erfährt, plant das Eisenbahnministerium die Errichtung eines Refonvalezentheims für Eisenbahnbedienstete, und zwar in Nordböhmen. Als Ort ist Dlaschowitz bei Leitmeritz in Aussicht genommen. Vergänglich des dort befindlichen gräflich Schönbornschen Schlosses sind derzeit Kaufverhandlungen zwischen dem Eisenbahnministerium und den Besitzern im Zuge.

Zustände auf der verstaatlichten Nordwestbahn. Wir müssen uns heute neuerlich mit den Arbeitsverhältnissen der Nordwestbahn beschäftigen, weil das im Jahre 1907 gegebene Versprechen, wonach die noch ausstehenden Veränderungen des Arbeitsverhältnisses der Eisenbahnangestellten „ehestens“ vorgenommen werden sollten, bis auf den heutigen Tag nicht eingelöst worden ist. Diese Forderungen gipfeln hauptsächlich in dem Streben nach einer besseren Arbeitsordnung und in einer besseren Bezahlung. Der gewesene Direktor der Nordwestbahn erklärte damals, er könne diesen Forderungen wegen der bevorstehenden Verstaatlichung nicht näher treten. Das Eisenbahnministerium werde schon alles regeln.

Seither wird von den maßgebenden Körperschaften sorgfältig Stillgeschwiegen über die berechtigten Forderungen der Eisenbahner gemahrt. Der Vorsitzende der Personalkommission wollte sich vor allem bemühen, daß die Ernennung der Hilfskondukteure zu Unterbeamten in einem rascheren Tempo erfolgt. Als der Vertreter der Regierung in der Kommission mit den Mitgliedern über diesen Gegenstand diskutierte, frag er das Mitglied Paul, ob das ein verbrieftes Recht auf der Nordwestbahn sei. Dieser antwortete mit „Nein“, aber es sei ein fester Nus gewesen. Daraufhin versprach der Vertreter, daß eine Aenderung nicht beabsichtigt sei. Kenner der Verhältnisse auf dieser Bahnlinie nahmen die anscheinend zufriedenstellende Antwort sofort pessimistisch auf. Trotzdem wurden damals die Einreichungsdekrete ohne Murren unterschrieben. Um dieselbe Zeit wurden Leute ausschließliche zum Fahrdienst aufgenommen, die noch heute auf die definitive Anstellung warten. Trotzdem einige von ihnen beim Reichsberger Bahnbediensteten die Prüfung abgelegt hatten, erhielten sie noch immer nicht das Definitivum. Und warum? Weil die Direktion diese Prüfungen mit der Begründung für ungültig erklärte, daß ihr erst die Ernennung zum Hilfskondukteur vorausgeben müsse. Darauf können sie aber gewöhnlich recht lange warten. Die Bahnverwaltung kann es übrigens auch anders: So wurden zum Beispiel Leute sofort als Hilfskondukteure aufgenommen, die allerdings nach allen Regeln der Kunst ausbeutet werden. Die Glücklichen finden Verwendung beim Verschub- und Wächterdienst, als Wagenpuffer und selbst als Lampisten. Wenn dann Aussicht zur endlichen Beförderung besteht, erklärt der Arzt, daß sie krank seien. Eine solche Diagnose bedeutet für viele ausschließliche Angestellte den Schlußstein ihrer Avancements.

Das weiter. 1910 wurden zum erstenmal vom Personal die Vertrauensmänner gewählt, die mit dem Betriebsvorstand und einem Direktionsorgane den Fahrturnus aufstellen. Demals wurde der vorgelegte Turnus abgelehnt und ein Gesuch um Verbesserung eingebracht. In dem erwähnten Gesuch wurde hauptsächlich der gemeinschaftliche Turnus für das Personal- und Lastzugpersonal verlangt. Und nun zum Personalmangel! Nehmen wir ein Beispiel: Ein Zug geht mit zwei unbenützten Personenwagen ab. Zwei Kondukteure sind dabei beschäftigt, von denen der lehtere nur die III. Klasse revidieren soll, weil er zu gleicher Zeit Signalmann ist. Nun verlangt der Zugführer noch einen Kondukteur. In einem solchen Fall wird ihm vom Beamten gesagt: „Lassen Sie die Wagen sperren und leer durchfahren!“ Das kann sich natürlich nur dann ereignen, wenn die „Leer“ durch



geführten Wagen wegen eines starken Verkehrs doch benötigt werden müssen. Der Mangel an Kondukteuren behindert die rasche Kontrolle der Fahrkarten, und dieser Umstand führt dann oft zu Zugverspätungen. Erreignet sich dann noch obendrein ein Unfall, so ist der Kondukteur, der nach der Vorschrift nicht mehr wie höchstens vier Wagen zugewiesen erhalten darf, der ihrer aber wegen des Personalmanagements mehr bedienen muß, dafür verantwortlich. Dazu kommt noch, daß der als Aushilfsmanipulant angestellte rückwärtige Kondukteur außerdem noch den Auslagebetrieb zu versehen hat. Es sei noch bemerkt, daß die „leer“ geführten und trotzdem bestes Wagen im Stundenpaß als „leer geführt“ bezeichnet werden. Auch sonst ist die Unfallgefahr recht groß. Nehmen wir vor allem den Oberbau. Vor der Verstaatlichung waren 1600 Oberbauarbeiter auf der ganzen Strecke beschäftigt. Jetzt schaut es überall öde und leer aus, nichts rührt sich, die Strecken werden vernachlässigt. Es ist demnach kein Wunder, wenn die Maschinen und die Waggonen aus dem Geleise springen.

Doch wenden wir uns wieder den Arbeitsverhältnissen der Bediensteten zu. Im Herbst verlangten die Zugführer Dinter, Morawek, Güttel und Janke die Teilung des Turnusses. Ueber die Turnusfrage wurde schließlich eine Urabstimmung vorgenommen. Von 125 Zugbegleitern sprachen sich bis auf 20 alle gegen die Teilung des Turnusses aus. Trotzdem wurde die Teilung im Jänner dieses Jahres vorgenommen, und die Absicht der Verwaltung, einen Keil in die Angestellten zu treiben, war erreicht. Die Folge dieser Ereignisse war ein Turnus, der seit dem 1. Mai dieses Jahres gilt und den man mit vollem Recht als eine Schande für die Nordwestbahn bezeichnen kann.

Die Mitglieder der Kommission waren von der Sache so entzündet, daß sie sofort ihre Mandate niederlegten. Es sind jetzt mehr Züge in Verwendung, aber die Anzahl des Personals ist sich gleich geblieben. Um die Schönheiten des neuen Turnusses unseren Lesern zu veranschaulichen, wollen wir nur zwei Beispiele anführen: Der Zug Nr. 521 geht am vierten Turnustag von Reichenberg um 8.18 vormittags nach Seidenberg ab und langt dort um 9.30 ein. Nach einer Stunde Vorbereitungszeit muß sich das Personal auf den um 11.10 von Seidenberg abgehenden und um 9.17 abends in Altpala ankommenden Zug Nr. 568 begeben. Bis das Personal die Schlafstellen auffuchen kann, ist es 10 Uhr nachts. Ueber vierzehn Stunden Dienst sind im Dienste absolviert! Nehmen wir nun den darauffolgenden Turnustag. Da heißt es um 5 Uhr früh aus den Federn. Der Zug Nr. 573 geht um 6 Uhr früh von Altpala ab und trifft in Reichenberg um 7.47 abends ein. Das ist eine Dienstleistung von über fünfzehn Stunden.

Angesichts dieser Zustände wäre es wohl hoch an der Zeit, wenn sich das gesamte Personal einmal ernstlich die Frage vorlegen würde: „Sollten wir nicht Mann für Mann der Organisation, dem Rechtsschutz und Gewerkschaftsvereine, beitreten?“ Hoch an der Zeit wäre es.

Von der Russig-Teplitzer Eisenbahn. „So arg, wie es jetzt in der Öffentlichkeit mit dem Generaldirektor der A. T. E. getrieben wird, war es noch nie!“ Derartige Redensarten kann man jetzt täglich in den Stationen hören, aber nur von Personen, die entweder einseitig urteilen oder die letzte Zeit geschlafen haben. Entrüstet sind am meisten die höheren Beamten, weil angeblich gesagt wurde: „Herr Enderes besitze nicht die Fähigkeit, um seinen Posten voll und ganz auszufüllen.“ Wir wollen an der Hand von Tatsachen nachzuweisen versuchen, der Öffentlichkeit zu zeigen, wer der Schuldtragende ist. Es ist erwiesen, daß es gerade die im Rechtsschutzverein organisierten Eisenbahner schon seit jeher waren, die im Wege des direkten Verkehrs mit den Bahnverwaltungen die Uebelstände, unter welchen das Personal leidet, zu beseitigen trachteten. Nachdem die Personalkommissionen bei den anderen Privatbahnen ihre Tätigkeit entfaltet hatten, war es selbstverständlich, daß die Mitglieder der Personalkommission neben ihrer eigentlichen Tätigkeit (Personalkommissionstätigkeiten und Berichte über deren Ergebnisse) eine reiche Fülle von Material und Arbeit fanden, um im Wege der Interventionen die vielen Mißstände, welche in den Stationen und unter dem Personal herrschen, abzuschießen.

Daß wir uns dabei bei der A. T. E. nicht nur im stillen, sondern auch oft laut und hörbar die Personalkommission genuschelt haben, wollen wir nur nebenbei bemerken. Nun wurde auch bei der A. T. E. die Personalkommission eingeführt. Daß wir auch hier alles das, was bei anderen Bahnen möglich war, einzuführen trachteten, ist selbstverständlich. War früher kein anderer Weg, nachdem der Dienstweg meistens kurzerhand abgeschnitten wurde, als die Öffentlichkeit durch die Presse, so sagten wir uns, wir werden intervenieren, die Uebelstände werden abgeschafft und es wird keine Ursache sein, in der Presse zu schreiben. Daß auch bei der A. T. E. nur immer der Vorgetriebene im Rechte ist, die Verwaltung nur einseitig, den niederen Bediensteten man nie Glauben schenkt, ist bekannt. Wie viele Hunderte Fälle könnten wir anführen, wo Bedienstete und Arbeiter schwer geschädigt wurden.

Nachdem nun auch bei der A. T. E. die Personalkommission ihre Tätigkeit begonnen hatte, versuchten wir ebenfalls, Deputationen vorzuführen, Interventionen vorzunehmen und kamen dabei immer mehr zur Ueberzeugung, daß in den meisten Fällen die Direktion keinerlei Kenntnis davon habe, wie mancher Abteilungsleiter antiere. Tatsache ist, daß auch eine ziemliche Anzahl Uebelstände abgeschafft wurde. Wenn Herr Enderes als moderner Mann die Situation richtig aufgefaßt hätte, so wäre bestimmt manches anders gekommen. Es mußte ihm doch nur angenehm sein, mit offenen wahrheitsgetreuen Bediensteten direkt zu verkehren, als wie sich verlogene Berichte erstatten zu lassen. Da brausen die Abteilungsleiter auf, die Disziplin sei in Gefahr, wenn das so forciert u. s. w. Die alte Tradition in Teplitz, Stradal, Burmann und andere beeinflussten diese kaum begonnene Sache, die Interventionen wurden eingestellt, die Vorführungen verboten, die Personalkommissionsmitglieder wurden von ihrem Generaldirektor nicht mehr empfangen und die Sitzungen der Personalkommission sanften zur leeren Formsache herab. Die Verhältnisse spitzten sich immer mehr zu. Herr Enderes, der in einer Sitzung der Personalkommission durch den Vorsitzenden erklären ließ, „die Wünsche des Personals nur durch die Personalkommission entgegenzunehmen“, hielt nicht sein Wort. Die Vorstände arrangierten eine Witte-Deputation um die andere, und wenn Herr Enderes nicht versprach, nur die Anträge der Personalkommission oder deren Protokolle zu berücksichtigen, so zeigte sich bald das Gegenteil von dem, was die Personalkommission verlangte. Wendete sich ein Bediensteter an seinen Vorstand, so wurde der Betreffende an die Personalkommission gewiesen, und kam die Personalkommission, so wurde derselben oben die Tür gezeigt. Was Wunder, wenn eine Anzahl von Personalkommissionsmitgliedern die Mandate niederlegten und die bleibenden von oben gedrückt, von unten getrieben, ein trauriges, nicht zu beneidendes Dasein haben. An allen diesen Umständen ist Herr Enderes selbst schuld, weil er nicht den nötigen Mut aufbringt, die Bediensteten nach allen Seiten hin, wie es seine Pflicht ist, zu schützen und zu unterstützen. Hätte Herr Enderes den berechtigten Wünschen des Personals nur zum Teil Rechnung getragen, so wäre bestimmt manches vermieden worden. Nachdem die Direktion den alten Weg der brutalen Unterdrückung und Anbelung, Wahregelung u. s. w. einschlug, konnte und durfte die Öffentlichkeit nicht ruhig sein. Wenn Herr Enderes über diesen Weg entrüstet ist und meint, mit Entlassungen, Pensionierungen und finan-

ziellen Schädigungen die Sache aus der Welt zu schaffen, so wird ihn die Zukunft eines anderen belehren.

Mit solch kleinkindlichen Mitteln ließ sich die Arbeiterbewegung vor 40 Jahren nicht unterdrücken, geschweige heute. Wenn Herr Enderes dieses nicht verstehen will, dann ist er eben unfähig. Unsere Organisation ist vom Staat und von den übrigen Privatbahnen anerkannt und behandelt deren Direktoren, mit Ausnahme der A. T. E., mit unseren Organisationsvertretern. Man sieht nirgends, daß die Disziplin darunter leidet und kein Direktor wird wegen diesen gewiß vernünftigen Standpunkt von seiner Ehre und Autorität etwas einbüßen.

Die Delgasanstalten der k. k. Staatsbahnen im Privatbetrieb. Ein Reisender schreibt uns: „Im Betrieb der Delgasanstalt in Hullein, welche seit 1. Jänner 1910 von der k. k. Nordbahndirektion der Firma J. Pintsch, Wien, kontraktmäßig übergeben wurde und gegenwärtig mit der Leitung derselben, seitens der Firma Gasmeister Herr W. Urian, betraut wurde, sind mancherlei Unregelmäßigkeiten in der Gaserzeugung vorgekommen, was die eigenen Leute, welche in dieser Gasanstalt bedienstet gewesen und noch sind, bestätigten.“

Demzufolge wurde von Seiten der k. k. Nordbahndirektion Obervermann Rohatsch aus Perera auf unbestimmte Zeit mit der Ueberwachung der Delgasanstalt in Hullein behufs Verhinderung etwaiger Unzulänglichkeiten betraut. Dies scheint dem Herr Gasmeister Urian und seinem Ankel, dem Obergasmeister aus Hütteldorf Herrn W. L. (auch Kontrolle) nicht zu passen, weil während der Kontrolle durch den Obervermann Rohatsch die Gaserzeugung um 2000 bis 3000 Kubikmeter bei dem nahezu gleichen Gastransportturnus gegenüber den gleichen Monaten im Vorjahr sich verminderte und daher die Herren Gasmeister Urian und Walit bei ihrer Firma vorprechen wollen, dieselbe möge an die k. k. Nordbahndirektion appellieren, damit der Obervermann Rohatsch von Hullein abberufen werden soll. Ja, warum? Ist denn der Obervermann Rohatsch als gewesener Leiter der vorerwähnten Delgasanstalt ein „zu Gestranger“? Oder soll derselbe aus dem Grunde abgezogen werden, weil er im Interesse seiner vorgelegten Direktion arbeitet? Es ist wohl bedenklich, weshalb sich niemand auch vor dem Eintreffen des Obervermanns Rohatsch auf diese Anstalt kümmerte. Die Zahlen der Gaserzeugung, welche sich seit 2 1/2 Jahren allmonatlich ergeben, sind nicht dieselben oder keine derartigen, die man mit den früheren Jahren, wo der Betrieb noch in eigener Regie der k. k. Nordbahn geführt wurde, bei nahezu desselben Turnus vergleichen könnte. Die Delgasanstalten ein wenig mehr im Auge zu behalten als bisher, wäre sehr angezeigt.

Der Reisestandal und die Kontrolle auf den k. k. Staatsbahnen. Der schon mit Recht und wiederholt in der breiten Öffentlichkeit besprochene Reisestandal auf den k. k. Staatsbahnen, insbesondere bei der Direktion Innsbruck, gibt den maßgebenden Faktoren Veranlassung, ein System zu schaffen, das näher zu beleuchten eine Notwendigkeit ist. Die sachlichen Unkenntnisse, die in den öffentlichen Beschwerden und in den aufliegenden Beschwerdebüchern leider zum Teile konstatiert werden können, sind für die verantwortlichen Organe geeignet, die absichtlich geschaffenen Stände auf das Personal abzuwälzen. Diese Organe glauben den berechtigten Beschwerden durch Vermehrung von Schulbeamten und Revisoren Rechnung zu tragen, wodurch sie der beschwerdeführenden Öffentlichkeit glauben machen wollen, daß die vorerwähnten Beschwerden nur die Folgen von ungeschultem und unaufgeklärtem Personal sind. Wer aber geizig ist, auf der Linie der Direktion Innsbruck öfter zu reisen, der macht wohl die Wahrnehmung, daß außer den Dienstorganen, die ja alle im Dienste reisen, um ja nur viel Plätze reisen zu können, ein Kontrollorgan das andere jagt. Verkehrsinspektoren, Schulbeamte, Revisoren, Instruktoren, Reinigungsaufsicher und Reinigungsüberwacher (letzterer ist vom Eisenbahnministerium für die westlichen Direktionsbezirke aufgestellt) befinden sich oft bei einem und demselben Zug. Wer das Kontrollfieber der hier genannten Kontrollorgane näher kennt, der ist überzeugt, daß die zu kontrollierenden Bediensteten an den bestehenden Ständen keinen Anteil haben. Den Reisenden wird das Reisen auf den Linien der Direktion Innsbruck geradezu bereut, weil es peinlich berühren muß, wenn außer dem pflichtgemäßen Revidieren der Kondukteure verschiedene Kontrollorgane nutzlos im Zuge herumstürmen, um sich wichtig und pagig zeigen zu können. Auffallend ist aber den Reisenden, daß trotz der Menge Kontrollorgane und der Schnüffelwut der Revisoren, die schon in den Wipplättern verspottet wurde, den Vermietungs- und Reservierungssandal der Coupés, den wir als Reisestandal bezeichnen, nicht entgegengetreten wird. Die Revisoren, welche die Kondukteure als Diebe und Schwindler betrachten und die in die Coupés III. Klasse hineinstürzen, als wären sie Raubmördern auf der Spur, kneten mit falschen Beschuldigungen aus, wenn sie zur Weisung einer Kontroverie, die zwischen den verhältnismäßig unkundigen Reisenden und den Kondukteuren infolge Platzmangels entstehen, gerufen werden. Sie wollen bei solchen Anlässen nicht zugeben, daß der Standal von oben herab geschaffen und geduldet werde, obwohl sich schon der größte Teil der Reisenden im Klaren ist. Es braucht nur auf den Herrn Inspektor Mahirt, kommerzieller Vertreter in Innsbruck, hingewiesen werden, dann ist Beweis genug vorhanden. Derselbe stürzt sich mit seinen unterstellten Beamten in die Wagen der ankommenden Züge, besonders der Nachtzüge, und ordnet die Absperrung der leeren Coupés an, wie sie der Inspektor zu ihnen pflegt, an. Diefelben werden zugleich, und zwar soviel als er benötigt, als vermietet beklebt, so daß die einsteigenden Reisenden den größten Teil der Coupés als vermietet antreffen. Tritt dann infolge dessen Platzmangel ein, dann haben sich die Reisenden mit gezahlten Karten oder diejenigen, die mit dem Herrn Inspektor nicht gut befreundet sind, in das Unvermeidliche zu flüchten und müssen mit der nächst niedrigen Klasse vorliebnehmen. Nur ein einziges Beispiel. Am 18. April d. J., Zug Nr. 14, Abfahrt in Innsbruck um 10 Uhr 25 Minuten abends, wurden in den Wagen Richtung Innsbruck-Salgburg-Zing zwei Halbcoups I. Klasse vermietet; eines für den ehemaligen Unterrichtsminister Dr. Marchet, das 2<sup>te</sup> für die mit einer Freikarte ausgerüstete Frau des Herrn Oberrevidenten Knoll der Direktion Innsbruck. Nachdem dieser Wagen nur mit zwei Halbcoups I. Klasse versehen war, obwohl derselbe auf seiner Route zwei Hauptstädte berührte, so mußten drei Reisende mit gezahlten I. Klasse-Karten mit der II. Klasse vorliebnehmen. Durch derartige Uebergriffe ist es selbstverständlich, daß die Bahnverwaltung Ansehen und Achtung verliert und für das Personal den Dienst ungemein erschwert. Damit aber das an dem reisenden Publikum und an der staatlichen Einrichtung begangene Verbrechen auf die einfachste und beliebteste Weise geführt werde, so wird das Personal systematisch provoziert und schikaniert, ausgebeutet und unterdrückt, um den Beweis zu erbringen, daß doch ein einträglicher Verwaltungsgeld vorhanden ist und daß die goldenen und die silbernen Wäffelschlappen nicht umsonst getragen werden. Nachdem nun diese Methode Formen annimmt, daß sie den Gedulbigsten in Aufregung versetzt, so wird das Personal ebenfalls gezwungen, sich auf den unerlaubten Standpunkt zu stellen und den § 26 der Dienstordnung, der von Verschwiegenheit handelt, über Bord zu werfen. Vorgesetzte, die eine staatliche Einrichtung für ihre persönlichen Vorteile und zur Erwerbung eines großen Freundeskreises mißbrauchen, dafür aber das ihnen unterstellte und zu kontrollierende Personal mit den allererdblichsten Mitteln drangsalieren, sind reif, daß sie der

Öffentlichkeit zur Kontrolle und Beurteilung übergeben werden. Es wird kontrolliert werden, ob der ungeheuer große Beamtenstand mit den tatsächlichen Bedürfnissen in Einklang gebracht werden kann, ob die Arbeitsleistung dem Rang und Gehalt entspricht. Weiters wird die Öffentlichkeit befragt werden, ob sie einverstanden ist, daß der auf den Staatsbahnen bestehende Nationalismus auf Staatskosten betrieben werde. Kurz, an eine Verschwiegenheit ist nicht mehr zu denken. Es wird alles von jenen Organen unter die öffentliche Kontrolle gestellt, die sich anmaßen, das Personal und die Einrichtungen eines staatlichen, öffentlichen und zum allgemeinen Wohle dienenden Instituts, wie die Eisenbahn es ist, nach ihrem Eigendünkel behandeln zu können.

Reduzierung des Zugbegleitersonnals auf den k. k. Staatsbahnen. Auf den k. k. Staatsbahnen wurden in einer größeren Anzahl von Domizipationen die am 1. Mai aufgestellten Zugspartien reduziert, wodurch die ohnehin schon großen Dienstleistungen des betreffenden Personals eine weitere Erhöhung erfahren. Diese Maßnahme bedeutet aber nicht nur eine ungeheure Schädigung des Personals, sondern sie muß infolge der Ueberbürdung des letzteren auch große Gefahren für das reisende Publikum zu Folge haben. So betrug die bisherige Dienstleistung des Zugbegleitersonnals zum Beispiel in der Station Schredenslein, wo gleichfalls zwei Partien und ein Manipulant reduziert wurden, durchschnittlich per Tag 9 Stunden 22 Minuten. Das entspricht einer Wochenleistung von 65 1/2 Stunden. Dann kommen oft noch stundenlange Verspätungen, ferner Prüfungen, Schule, Einvernahmen und andere Verrichtungen dazu, die in diese Zeit nicht eingerechnet werden. Im vergangenen Herbst ereigneten sich Fälle, wo einzelne Partien über 20 Stunden ununterbrochen im Dienste standen, obwohl die gesetzlichen Bestimmungen nur eine Höchstleistung in der Dauer von 14 Stunden zulassen. In welcher Weise unter der Staatsbahnverwaltung die Dienstleistung des Zugbegleitersonnals verschärft wurde, kann daraus ersehen werden, daß unter der früheren Verwaltung die durchschnittliche Dienstleistung der Zugbegleiter in Schredenslein gewöhnlich 8 Stunden 20 Minuten bis 8 Stunden 40 Minuten betrug. Infolge der jetzt durchgeführten Reduzierung herrscht unter dem Personal eine große Erbitterung und daselbe erklärt schon heute, daß es die Verantwortung für die aus den Reduzierungen erwachsenen Folgen ablehnen müsse.

### Korrespondenzen.

Znaim (Nordwestbahn). Wenn der 1. Mai eines jeden Jahres herannah, sieht das Zugpersonal diesem Tag mit bangem Herzen in der Erwartung entgegen, was wohl wieder alles Neues kommen wird. Mit dem 1. Mai kommt bei der Bahn ein neues Jahr. Es kommen neue Fahrordnungen, neue Vorschriften und auch neue Fahrturnusse für das Zugpersonal werden erstellt. Wie man zu sagen pflegt, kommt selten etwas Besseres nach. So war es auch diesmal der Fall. Zwei bis drei Monate vor dem 1. Mai wurde das Zugpersonal der Station Znaim von Seiten des Inspektors Nürnberg aufgefordert, durch die Vertrauensmänner für den 1. Mai Fahrturnusse vorzulegen. Das Zugpersonal kam dieser Aufforderung auch pünktlich nach, hat sofort Versammlungen einberufen und sich für jede Kategorie ihre Vertrauensmänner gewählt. Diese vom Personal gewählten Vertrauensmänner waren sich ihrer übernommenen Pflicht voll bewußt und haben sich ihrer Aufgabe ganz hingeeben und ihr Bestes Können und Wissen angewendet, um sowohl dem Personal als auch der Verwaltung nach Möglichkeit recht zu tun. Das Inspektorat scheint aber die guten Absichten der Vertrauensmänner nicht anzuerkennen. Sie sieht dieselben nur als Prellböcke an, die dazu hingestellt sind, um den Rücken herzuhalten, wenn dem Personal etwas nicht paßt. Dann heißt es, der Turnus wurde mit den Vertrauensmännern erstellt. In Wirklichkeit sieht aber die Sache ganz anders aus. Die Wünsche der Vertrauensmänner werden nicht berücksichtigt, sondern ganz ignoriert. Die Vertrauensmänner werden dazu mißbraucht, das Personal zum besten zu halten, daß sie mit denselben Versammlungen abhalten, dessen Wünsche entgegennehmen und Turnusvorlagen ausarbeiten. Dies geschieht aber nicht vielleicht einmal, sondern drei bis viermal und das Ende vom Lied ist, daß nach zwei bis dreimonatiger mißvoller Arbeit der Vertrauensmänner einige Tage vor dem 1. Mai, damit das Personal keine Zeit mehr hat, dagegen Stellung zu nehmen, ein ganz anderes Elaborat das Licht der Welt erblickt. Damit werden die Vertrauensmänner direkt vor den Kopf gestoßen und vor dem Personal in ein schlechtes Licht gebracht. Das Personal murret zwar eine Zeitlang über einen derartigen Vorgang, sügt sich aber doch nach einer Zeit in sein Schicksal und denkt, es wird ja doch zum aushalten sein, wenn nur nicht mehr verschlechtert wird. Das Personal hat seine gewiß nicht gewünschten Turnusse und richtet sich danach ein. Aber das Personal in Znaim denkt und der Herr Stationsvorstandsbetreiber und deutschdrabikale Gemeinderat Saluska samt den Beamten leist. Herr Saluska ist zwar Mitglied des Reichsbundes deutscher Eisenbahner und weiß seine getreuen Diener bei Wahlen und teutonischen Veranstaltungen als liebe Kameraden und deutsche Volksgenossen zu schätzen. Im Dienst spekuliert er stets darauf, wo er dem Personal eine Verschlechterung zufügen kann, wenn es sich hierbei auch um seine deutschen Kameraden handelt. Wenn sich ein Bediensteter nach einem 20- bis 30tägigen Dienst über zübel Dienst beschwert, ist stets sein erste Einwendung, den Verdienst des Stundengeldes vorzuzahlen, so daß es den Anschein hat, als beneide er das Zugpersonal um das Stundengeld. Herr Saluska wird wissen, was er in der Zeit, durch welche er in Znaim ist, schon dem Zugpersonal angetan hat. Trotzdem gibt es in Znaim unter dem Zugpersonal viele Elemente, welche diesem Herrn nachlaufen und sich glücklich fühlen, wenn sie wieder einmal bei einer Versammlung oder bei einer anderen Veranstaltung angelächelt und als Kameraden und deutsche Volksgenossen angesprochen werden. Um nachzuweisen, daß auch der Dienst der Personenzugspartien, der neun Tage ohne einen freien Tag dauert, nicht so rosig ist, wie es sich dies Offizial Saluska vorstellt, sei derselbe hier angeführt.

1. Tag: Zug 102 ab Znaim 5 Uhr 30 Minuten früh, Ankunft in Wien 8 Uhr 58 Minuten vormittags; Ruhezeit bis 6 Uhr abends, dann Zug 161 ab Wien 7 Uhr 8 Minuten abends, Ankunft am
2. Tag in Zglau 1 Uhr 10 Minuten früh; Ruhezeit bis 7 Uhr früh, dann Zug 20 ab Zglau 8 Uhr 34 Minuten vormittags, Ankunft in Znaim 11 Uhr 10 Minuten vormittags.
3. Tag: Zug 16 ab Znaim 5 Uhr 22 Minuten früh, Ankunft in Wien 7 Uhr 52 Minuten vormittags; Ruhezeit bis 1 Uhr mittags, dann Zug 21 um 1 Uhr 50 Minuten nachmittags ab Wien; Ankunft in Znaim 4 Uhr 35 Minuten nachmittags.
4. Tag: Zug 22 ab Znaim 7 Uhr 34 Minuten abends, Ankunft in Wien 10 Uhr 37 Minuten abends (ein Mann der Partie muß am
5. Tag um 5 Uhr früh nach Stoderau fahren und kommt mit Zug 16 um 8 Uhr 52 Minuten zurück, dann mit der Partie mit Zug 19 um 11 Uhr vormittags ab Wien, Ankunft in Zglau 4 Uhr 41 Minuten nachmittags, dann mit Zug 34 ab Zglau 6 Uhr 52 Minuten abends nach Znaim, zurück. An



Znaim 9 Uhr 12 Minuten abends. (Diese Dienstleistung beträgt für einen Mann 16 Stunden 12 Minuten.  
 6. Tag: Zug 17 ab Znaim 7 Uhr 57 Minuten abends, Ankunft in Jglau 10 Uhr 27 Minuten abends, am  
 7. Tag um 4 Uhr früh gemeldet und mit Zug 18 ab Jglau 5 Uhr 15 Minuten früh nach Wien, Ankunft 10 Uhr 30 Minuten vormittags. (Ein Mann der Partie fährt sofort um 11 1/2 Uhr mittags nach Stoderau und kommt mit Zug 128 um 1 Uhr 42 Minuten nachmittags nach Wien zurück.) In Wien Ruhezeit bis 10 Uhr abends, dann mit Zug 15 ab Wien 11 Uhr nachts nach Znaim zurück, Ankunft daselbst am  
 8. Tag um 1 Uhr 30 Minuten früh. Mit Zug 20 ab Znaim 11 Uhr 10 Minuten mittags nach Wien, Ankunft 2 Uhr 15 Minuten nachmittags und mit Zug 17 ab Wien 4 Uhr 45 Minuten nachmittags nach Znaim zurück; Ankunft hier 7 Uhr 20 Minuten abends.  
 9. Tag: Zug 35 ab Znaim 6 Uhr 23 Minuten früh, Ankunft in Jglau 8 Uhr 33 Minuten vormittags. Dann mit Zug 6 um 11 Uhr 35 Minuten in Regie nach Znaim zurück, Ankunft daselbst 1 Uhr 22 Minuten nachmittags.  
 Den nächsten Tag wieder Anfang mit Zug 162.

Hierzu muß bemerkt werden, daß die Ruhezeit von Zug 17 zu Zug 18 (sechster und siebenter Turnusstag) in Jglau kaum vier Stunden beträgt, da die Partei in dasselbe Zimmer kommt, wo die Partie des Zuges 61/76 liegt, die das Zimmer erst um 12 Uhr nachts verläßt, so daß früher nicht die zum Schlafen nötige Ruhe eintreten kann. Somit ist diese Partie wieder mit einer nur vierstündigen Ruhezeit, von 7 Uhr abends bis nächsten Tag 1/11 Uhr, das sind 16 1/2 Stunden, für einen Mann gar 20 Stunden, im Dienst.  
 Man sollte glauben, daß man da wirklich genug Dienst hätte. Dem Herrn Galuska ist dies aber noch immer zu wenig und die Ruhezeiten des Personals zu viel. Er nimmt daher Ruhezeitkürzungen auf eigene Faust vor. Werden irgendwo Substitutionen nötig, ob in Wien oder auf der Strecke, überläßt man das Znaimer Personal erhalten. Die Herrscher der Station wollen sich bei der l. l. Direktion Weiblich machen und mit sehr wenig Personal den starken Verkehr aufrecht erhalten.

Sonntag den 12. Mai mußte die Partie des fünften Turnusstages, welche Samstag den 11. Mai um 1/10 Uhr abends mit Zug 34 nach Znaim kam, mit Zug 18 um 1/8 Uhr früh nach Zellendorf fahren, um dort Walfahrtszüge zu führen und kam mit Zug 17 in Regiefahrt um 7 Uhr 20 Minuten abends nach Znaim zurück. Sie sollte sofort ihren um 7 Uhr 34 Minuten abends abgehenden Turnuszug 22 nach Wien führen. Weil Kollege Wohl zur Antwort gab, er wolle erst zu Hause essen, sagte ihm der weise Herr Galuska: „Gehen Sie in die Restauration.“ Wohl sagte: „O ja, bitte nur anschauen und gehen.“ Darauf sagte Herr Galuska: „Für was verdient ihr denn Stundengeld? Oder kommt zu Hause die Gnädige nicht aus? Oder müssen Sie alle Monat 20 Kr. in die Sparkasse tragen?“ Er wird wahrscheinlich aus eigener Erfahrung wissen, ob er etwas in die Sparkasse tragen kann.

Wie vielen deutschen Eisenbahnern mag dieser seine Herr seine Wohl zum Gemeinderat zu verdrängen haben, und jezt gebädert sich derselbe derart gegen das Personal. Das Stundengeld des Zugpersonals, das bei so manchem einen häßlichen Neid erregt, scheint auch dem Herr Galuska in die Nase zu stinken, sonst möchte er es nicht immer dem Personal bei jeder Gelegenheit vorhalten. Die l. l. Generalinspektion fordern wir auf, dem Fahrpersonal die Ruhezeiten zu wahren, da bei diesen Verhältnissen dasselbe jede Verantwortung für die Sicherheit des Verkehrs und der Reisenden von vornherein ablehnen muß.

Amstetten. Der Werkmeister Isidor Köstl der Betriebswerkstätte Amstetten wird auf diesem Wege dringendst ersucht, seine Schikane gegen die Arbeiter einzustellen. Er stellt die Arbeiter bei jeder Gelegenheit als faul hin, beachtet aber nicht, um wie viel mehr Arbeit jeder einzelne Arbeiter leistet als er selbst je geleistet hat und daß er bei seinen Klauderstündchen nur Leute vom Arbeiten abhält. Er soll also den Herrn etwas weniger herausfahren, da wir ihm sonst ungemütlich werden könnten.

Maunern. (Ein rabiater Vorstand.) Wie manche Vorgesetzte mit Arbeitern und Dienern verfahren, davon wissen unsere Stationsbedienstete ein recht trauriges Lied zu singen. Unser Vorstand, Ludwig Trübzwasser, der seine Untergebenen stets mit einer Serie von fastigen — urgermanischen Rosenamen wie: „Glende Faulenzersbande, Schmierfinken“ u. s. w. belegt und mit den Leuten wegen jeder Kleinigkeit schreit, ist einer jener Vorgesetzten, ja noch mehr, sogar handgreiflich wird dieser tapferere Leutche. Kürzlich hat dieser Herr den Kantschleiener in der Verkehrsabteilung herumgeworfen und schließlich zur Gläubigkeitskammer geschickt, so daß sich sogar die Reisenden darüber aufhielten. In seiner Arbeiterfreundlichkeit ging dieser Herr so weit, daß er den armen Leuten das Prozentgeld länger vorenthielt, obwohl die armen Teufel das Geld für die Feiertage schon sehnsüchtig erwarteten. Die aber, welche um ihr Geld bittlich vorbrachen, wurden noch mit dem Anzeigen bedroht. Ist dies die vielgepriesene Germanenkultur? Ob man wohl höheren Ortes dies endlich einmal abstellt?

Eger. (Vom Heizhaus der Buschthraider Eisenbahn.) Wenn man dienstlich in der Station Eger zu tun hat, wundert man sich, was der Heizhausvorstand Sturm in Eger alles von seinen Kohlenladern verlangt, und noch dazu in welchem Ton. Man hört von ihm nicht ein gefächtes Wort. Seine Lieblingsausdrücke sind: Faulenzger, Saugefellschaft, Bande, so daß auf der vorüberführenden Straße die Leute stehen bleiben. Nicht nur, daß die Kohlenarbeiter der Buschthraider Eisenbahn schlechter bezahlt sind als die Arbeiter der übrigen in Eger einlaufenden Bahnen, ist deren Behandlung auch eine miserable. Dafür kann aber auch ein Arbeiter, wenn er etwas braucht, es nicht bekommen, ja, der Heizhausvorstand findet es sogar als überflüssig, wenn ein Bediensteter mit der Leiche seiner verstorbenen Frau gehen will. Wir werden uns aber einmal die Zeit nehmen, den Herrn Zentralinspektor Tauber über seinen strammen Vorstand genau zu unterrichten und die Bände anzuführen, die dieser schließt. Wenn etwas verkracht ist, sollen immer andere Leute schuld gewesen sein, und diese müssen sich dann die Grobheiten gefallen lassen, denn etwas anderes kennt Herr Sturm nicht. Es wäre die höchste Zeit, daß er sich einmal dafür interessieren möchte, daß die abgeackerten Kohlenlader einen freien Tag bekommen und daß sie nicht wie jezt das ganze Jahr ununterbrochen schuften müssen. Bei dem starken Maschinenverkehr müssen in Eger fünf bis sechs Mann außer Kohlen laden noch Sand trocknen, Holz hacken, die Maschinen und Rauchkammern reinigen, Asche ausladen, die Kohlen aus den Waggons ins Depot ausladen und sich dazu noch eine Behandlung wie für Hunde gefallen lassen. Herr Sturm könnte von den anderen Herren Heizhausvorständen noch viel lernen, denn er braucht noch sehr viel, um zu wissen, daß Arbeiter auch Menschen sind oder er glaubt, unfehlbar zu sein und führt dabei Hirschausrüste auf, so daß es ihm sehr unlieb wäre, wenn wir diese dem Herrn Zentralinspektor zur Kenntnis brächten. Seitdem er in Eger das Kommando übernommen hat, ist es da wie in einem Lauenburg. Es kann sich auch kein alter Arbeiter mehr halten. So kann es nicht mehr fortgehen, und es muß hier bald Abhilfe geschaffen werden. Sehr schön ist es auch, daß die Leute zwölf Stunden arbeiten müssen und nur zehn Stunden ausbezahlt bekommen. Dabei bleibt ihnen aber auch nicht ein-

mal die Zeit zum essen, so daß sie die paar Broden nur so gelegentlich hinunterschlucken müssen. Besonders gut geht es den Reserveheizern, welchen den Kohlenladern zugeteilt sind; wenn sie den ganzen Tag gesund haben, können sie noch bei der Nacht fahren. Es sind ja nur Arbeiter, und die brauchen nicht zu ruhen, wenn sie nur genug Arbeit haben. Das Schönste von dem Heizhausvorstand ist die Herausforderung des Personals. Wenn die Leute nicht mehr Vernunft hätten als er, so wäre es schon manchemal sehr schlimm ausgefallen. Man muß es geradezu kindisch nennen, was er alles treibt. Also, Herr Sturm, wir geben Ihnen den guten Rat, bessern Sie sich, und denken Sie, daß Arbeiter auch Menschen sind! Wenn es Ihnen aber lieber ist, können wir Ihre ganze Kunst der Dessenlichkeit aufdecken! Wir können Ihnen die Versicherung geben, daß es die Arbeiter jezt satt haben, sich alles von Ihnen gefallen zu lassen. Uebrigens müssen wir den Heizhausvorstand ersuchen, auch gegenüber dem anderen Personal sich anderer Umgangsformen zu bedienen, sonst müßten wir dieser Sache ein Ende bereiten.

Reichenberg. (Werkstätte.) Die Verhältnisse in der hiesigen Werkstätte sind derartige, daß sie tatsächlich jeder Beschreibung spotten. Nicht allein, daß den Arbeitern durch das verberbliche Affordsystem und nervenzerrüttende Arbeit die Freude am Leben oft genug vergrößert wird, glaubt hier jeder uniformierte Handlanger mit den Arbeitern Schindluder treiben zu können. In hiesiger Werkstätte findet man Vorgesetzte, welche wert wären, daß ihre Gebeine einmal in Spiritus aufbewahrt würden. In der Montierung treibt ein Werkführer sein Unwesen, welcher sich viel besser zu einem Ochsenknecht eignen würde. Leider muß gelacht werden, daß die Arbeiter die Schuld selbst daran tragen. Insolange jeder bestrebt sein wird, durch Schmarozken und Bauchrutschen vorwärts zu kommen, wird es auch nicht anders werden. Die Partieführer, also jene Leute, welche doch berufen wären, den pöbelhaften Manieren eines Vorgekehrten energisch entgegenzutreten, versagen hier gänzlich. So lange die Partieführer alle Unannehmlichkeiten ruhig eintreden oder vor lauter Angstschweiß kaum ein Wort lassen können, kann man doch unmöglich von den Arbeitern mehr verlangen. Eine weitere Zerbre der Werkstätte, aus dessen Beschäftigung man leider nicht flug wird, ob er als Werkführer oder als Fisch- und Deckenagent bei der l. l. Staatsbahn tätig ist, ist der Werkführer W. Diefem Mann muß man für sein Tun und Treiben mildernde Umstände zubilligen, allem Anschein nach dürfte es bei ihm im oberen Triebwerk etwas happern. Ein Mensch, der einerseits durch Herbeischaffung von Wellen, geräucherten Springen u. s. w. die Lebenslage seiner Untergebenen angeblich verbessern will, andererseits aber stets danach trachtet, die Affordpreise herunterzubringen, und der, nebenbei bemerkt, manchemal Redensarten vom Stapel läßt, die einem Rindshäuten alle Ehre machen würden, einen solchen Menschen kann man doch unmöglich ernst nehmen. Eine anderer Vorgesetzter ist der Werkführer B. Es wäre ihm gewiß auch nicht angenehm gewesen, als er noch als gewöhnlicher Schlossergehilfe sich so manchemal von der Arbeit gedrückt hat, wenn ihm damals ein Vorgesetzter so entgegenkommen wäre, wie er sich jezt gegenüber den Arbeitern benimmt. Es wäre besser für ihn, er würde sich etwas mehr Kenntnisse aneignen und die Arbeiter hübsch in Ruhe lassen, damit er nicht ein zweitesmal als durchgefallener Prüfungskandidat nach Reichenberg zurückkehrt.

Wenn an den Verhältnissen der Werkstätte schon scharfe Kritik geübt werden muß, ist es unbedingt auch nötig, den Schleier eines Mannes etwas zu lüften, der äußerlich den Anschein zu erwecken sucht, daß nur durch seine Persönlichkeit seinen Mitarbeitern geholfen werden kann. Leider gibt es noch immer Leute, die seine Worte für bare Münze nehmen. Aus welchem Grunde ist denn dieser Herr früher Mitglied des Reichstages gewesen? Und weshalb tritt er so fanatisch für die Stabilisierung ein? Gewiß doch bloß deshalb, weil er die Stabilisierung als Mittel zum Zweck benutzen will. Wenn es ihm möglich wäre, auf andere Art und Weise sein Ziel zu erreichen, dann würde ihn die Stabilisierung ganz kalt lassen. Der Mann ist einesteils zu bedauern, daß er immer noch als gewöhnlicher Locharbeiter sein Dasein fristen muß. Als Stadtverordneter sieht er durch, die Arbeiter möchten ihn als Vertrauensmann nicht mehr, sogar eine Verbindung mit den Erbskindern seiner Nation zur Erreichung eines Arbeiterauschuhmandats machten ihm die bösen Sozi zumide! Aber trösten Sie sich, noch ist nicht aller Tage Abend, fahren sie ruhig so fort wie bisher, und der Erfolg wird sicher nicht ausbleiben. Für diesmal genug. Allen diesen Herren möchten wir anraten, in Zukunft den Arbeitern ein anderes Entgegenkommen zu zeigen, sonst wären wir gezwungen, in Zukunft deutlicher zu werden. Den Arbeitern möchten wir zurufen: Organisiert euch! Dann können solche Zustände nicht Platz greifen.

Gill. Schon öfter sind wir bemüht gewesen, die Verhältnisse der Station Gill zu kennzeichnen. Heute jedoch müssen wir die Protektionswirtschaft des hiesigen Stationsvorstandes Kugler ein wenig näher beleuchten. Genannter Herr Stationsvorstand will in seiner Station ein echtes Bauernrutsch- und Denunziantenregiment einführen, zu welchem als Oberst selbstverständlich sein Magazinsmeister Schwarzhaf ernannt werden muß, da letzterer ja als eigentlicher Chef sich ausnimmt und seinem Herrn jedes Wortlein, welches er über seine Magazinsbediensteten wie auch über das gesamte Stationspersonal hört, rapportiert. Selbstverständlich hat auch er eifrige Kreaturen, welche ihm jedes Wort zutragen, damit er es höheren Orts anbringen kann. Hoffentlich bekommt er bald für seine eifrige Mühe ein ledernes Diplom. Der Herr Stationschef spielt sich auf einen vollkommen Gerechten auf, was wir jedoch stark bezweifeln. Ober ist der Herr Stationschef manchmal kurzichtig, daß er solche Sachen nicht sieht? Er sieht nämlich sofort, wenn sich ein Magazinsarbeiter ein Stämperl Schnaps kauft; selber wird als besoffen erkannt und an die Direktion angezeigt. Seinen unmittelbaren Kantschleiener Toming, welcher sich schon öfters so besoffen hatte, daß er nach Hause gehen mußte, sieht der Herr Stationschef nicht, weil er einen solchen Menschen ja in seiner unmittelbaren Umgebung braucht, damit dieser jedes Wort seinem Papa berichtet. Auch ist das sehr merkwürdig, daß hier ältere Arbeiter nur zu schmerzlicher Magazinsarbeit verwendet werden, die beiden Protektionskinder des Stationschefs aber bald den einen, bald den anderen leichteren Dienst bekommen. Herr Kriebec äußerte sich, daß die Magazinsarbeit zu schwer für ihn sei. Wir glauben aber, daß das nicht zu schwer war, als er anderthalb Jahre Afford bezogen hatte und nicht einmal mit dem kleinen Finger etwas dazu beigetragen hat. Auch existiert in der Station ein Affordsystem; nach welchem Muster weiß niemand. Doch darüber wird noch an anderer Stelle gesprochen werden. Die Arbeiterschaft wird hiermit aufmerksam gemacht, sich zu organisieren, da nur die Organisation die Nacht hat, derartige Zustände zu beseitigen.

Wolfsberg. (Das Vorrecht der Nationalverbändler.) Voriges Jahr wurde Genosse Ellenofsky aus Dienstbescheiden nach Knittelfeld versetzt. Es half ihm kein Witten und auch nicht der Wohnungsmangel, um seine Versetzung rückgängig zu machen. Heuer wurde nun der „ehrenfest“ Obmann des Reichsbundes deutscher Eisenbahner ebenfalls aus Dienstbescheiden versetzt. Da Herr Stöpar, dies der Name des genannten Obmannes, die Versetzung nicht gerade erwünscht war, weil er wegen Befähigungsmangels für den neuen Posten, so fuhr er ganz einfach zur Direktion,

wo er höchstwahrscheinlich nach unserer Meinung durchblicken ließ, daß er Wolfsberg als Obmann des Reichsbundes nicht verlassen könne, ohne den Ruin des Vereines dadurch herbeizuführen, und ein Ersatz wäre unter den paar Mitgliedern auch nicht leicht zu finden. Es tapar beteiligt sich doch nur deshalb an dem genannten Verein, um seine Infähigkeiten und Diensteschläffigkeiten damit zu verdecken. Es würde für ihn die rot-blau-weiße Trikolore besser passen, schon seinem Namen nach.

Den Lesern überlassen wir es, die Objektivität zu beurteilen, mit welcher die l. l. Staatsbahndirektion Willach die Bediensteten behandelt.

Triest-Freihafen. Wie schön war es doch, als unser früherer Oberinspektor Herr Hofman noch die Station Triest-Freihafen leitete. Der Dienst hat sich nämlich unter der Leitung des Herrn Hofman in vollster und strengster Ordnung abgewickelt und das Personal ging mit Lust und Freude an die Arbeit. Heute sind die Verhältnisse bedeutend schlechter. Da haben wir den Beamten Rozant, der in seiner übermütigen Laune das Personal direkt provoziert. So verlangt Rozant, daß die Parteien bei Ablösung des Dienstes sich in seiner Voranzlei aufstellen und dann der Plagemeister die Meldung überbringt, daß die Partie zum Abgang in den Dienst stillig sei. Diese militärischen Handschreiben sind selbstverständlich überflüssig und auch keine der bestehenden Instruktionen fordert eine derartige Handlung. Wir wollen den gegenwärtigen Leiter der Station Herrn Oberinspektor Lagina auf diesen Umstand aufmerksam machen und erwarten, daß Herr Lagina den Rozant auf das Unzulässige seiner böswilligen Sandlungen verweist.

Neurohau bei Karlsbad. (Wie man mit der Ehre der Mitmenschen spielt.) Am 10. April stellte ein von Chodau kommender Lastzug einen von der Postgehauer Porzellanfabrik mit Porzellan beladenen Waggon in der Station Neurohau nachts um 1/11 Uhr ab, welcher wieder versperrt noch plombiert wurde. Auf bis jezt unaufgeklärte Weise lag früh etwas Stroh vor dem Waggon verstreut, was sofort den Verdacht erregte, daß hier ein Diebstahl verübt worden sei. Ohne weitere Heberlegung, in der fast, endlich einmal einen Dieb zu erwischen, verlangte der Herr Stationsvorstand den Polizeihund von Altrhau sowie Gendarmarie von Chodau. In aller Eile wurde noch das Gemeindefeld verständigt und die Jagd ging los. Der Polizeihund fand auch richtig alle Spuren von den in der Nähe des Bahnhofs wohnenden Eisenbahnern und mußten sich die Frauen, die meistens allein zu Hause sind, das Perumuschneiffeln des Polizeihundes, der in Begleitung von Polizisten und Gendarmen „seines Amtes waltete“, ruhig gefallen lassen. Das bei den durchfahrenden Zügen bedienstete Personal konnte die Neugier, daß der Polizeihund bei diesem oder jenem Einkehr hielt, den nächsten Stationen übermitteln. Die hündische Prozedur dauerte den ganzen Vormittag, bis der Vertreter der Postgehauer Porzellanfabrik mit den Arbeitern, welche den Waggon verladen hatten, ankam und zum Entsetzen des Herrn Vorstandes feststellen konnte, daß aus dem Waggon überhaupt nichts fehlte. Die Spurfunder verließen mit einem Lächeln über ihre Schlaueit die Verbrocherstelle mit dem Bewußtsein, daß sich der Herr Vorstand eine tüchtige Blamage geholt hat. Die Nichtigstellung diene denjenigen zur Kenntnisnahme, die mit Bedauern die Kunde ausnahmen, aber auch jenen edlen Mitmenschen, welche schon vor Vergnügen über die erwischte Diebsbande grinsten. Die Eisenbahner werden gut tun, vor so gefährlichen Verdächtigungen auf der Put zu sein. Dem Herrn Vorstand aber sagen wir, daß eine solche Spielerei nur einer hysterischen, nervösen Frau verzeihlich wäre.

Schwarzenau. Am 19. Mai hielten die Verkehrsverbündler eine Versammlung ab. Trotz der zahlreich ausgegebenen Einladungen erschienen ganze zehn Mann und zwei Bayern. Von den umliegenden christlichen Schaffsäckervereinen waren vier Delegierte als Aufpuß erschienen. Als Referent war ein Herr Eichler aus Wien gekommen, der so recht und schlecht den braven Schafflein einen Vortrag über die neue „Arbeitsordnung“ halten wollte. Auch von unserer Seite hatten sich 14 Genossen eingefunden, um den guten Mann seine Rede anzuhören. Eichler schwätzte und lamentierte wie alle Redner des Verkehrsbandes, doch war er so einsichtig, daß er die Anwesenden nicht allzulange langweilte. Nach Eichler meldete sich unser Genosse Gag zum Wort, der in geschickter und temperamentvoller Sprache den Unterschied zwischen der Tätigkeit des „Christlichen Verkehrsbandes“ und des sozialdemokratischen „Reichstages“ und „Gewerkschaftsvereines“ zergliederte. An der Hand verschiedener Beispiele wurde da den christlichen Verkehrsverbündlern die Schandthaten der Christlichsozialen vorgehalten. Nach eine solche Versammlung des Verkehrsbandes, und die Zahlstelle Schwarzenau des christlichen Verkehrsbandes ist endgültig begraben.

Dalaas. (Qualifikation.) Beim Steinbruch der l. l. Staatsbahnen am Weg nach der Formarinalse treibt ein ganz gewöhnlicher Partieführer namens Larcher sein Unwesen. Nicht nur, daß er an sich ein abstoßender Mensch ist, dem alles eher als das Amt eines Aufsichtspräsidenten passen würde, sondern er ist noch einer von jener Sorte, die sich durch die hart verdienten Kreuzer der Arbeiter zu bereichern trachten. Deshalb möge er sich das alte Sprichwort: „3 Krugle geht so lang zum Brunnen, bis es bricht“ wohl merken, da das Krugle an sich schon ein paar verflügelt gefährliche Sprünge hat, die selbst die l. l. Staatsbahn mit dem besten Willen kaum fliden kann. Also, Larcher, nehmen Sie sich wohl in acht, denn Recht und Wahrheit kommen schließlich doch an den Tag.

Wolfsberg. (Genossen von Leoben-Staatsbahn, Achtung!) Wir sind in der angenehmen Lage, den vor Jahren von Leoben nach Wolfsberg versetzten Kondukteur Josef Zorman, welcher uns damals auch an dieser Stelle besonders empfohlen wurde, wieder mit derselben Empfehlung zu retournieren. Derselbe ist im Denunzianten- und Beiträgerwesen sehr gut ausgebildet und wollen wir die Genossen daher aufmerksam machen, sich vor ihm zu hüten. Es ist am besten, denselben ganz einfach zu ignorieren. Da sich Genannter infolge seiner guten Eigenschaften bei den „Roten“ nicht mehr halten konnte, ging er zu den „Schwarzen“ über, wohin er schon längst gehört hätte.

Wien-Westbahnhof. Die dort stationierten Zugbegleiter führen auch die Lokalgüge nach Heiligenstadt über Klein-Schwachat, welche bis zum 1. April 1911 wie die Lokalgüge der Hauptstrecke durch den Zugführer und einen Kondukteur (Stodmann) begleitet wurden. Seit 1. April 1911 werden diese Züge in der Strecke Wien-Westbahnhof-Wien-Kraibitz angeblich probeweise nur vom Zugführer allein begleitet, welcher sich auf dem letzten Wagen zu postieren hat.

Wenn wir diese probeweise Begleitung näher untersuchen, so finden wir folgende: Die Sicherheit des Verkehrs sehr beeinträchtigende Tatsachen: Die Strecke ist 20 Kilometer lang, hiehin sind nur 7 Kilometer mit abhänger Blockeinrichtung ausgestattet und nur 5 Kilometer zweigleisig. Diese Züge werden, trotzdem sämtliche Wagen für die automatische Bremsung eingerichtet sind, nur mit einfacher Vakuumbremse gebremst und steht daher dem Reisenden sowie dem Zugführer als Notsignal nur die überall wegen Unbrauchbarkeit bereits wegge-morfene Signalleuchte zur Verfügung. Die Beleuchtung in den Lokaleisten ist durchgehend ungenügend, weil die dort angebrachten Laternen oft nicht für die Hälfte des Herrons Licht spenden und deshalb die Heberblickung des ganzen Zuges von einem Mann unmöglich ist.



Die Aufenthalt in den Gaststellen sind ebenfalls zu kurz, weil es in 30 Sekunden nicht möglich ist, die Übergabe, beziehungsweise Übernahme von Gütern, Gepäc, Korrespondenz oder Post sowie das Überwachen des Aus- und Einsteigens der Reisenden, welches alles Obliegenheiten des Zugführers sind, von ihm allein durchzuführen. Ebenso ist die Beachtung der Signale während der Fahrt durch den Zugführer vom letzten Wagen des Zuges aus, ein Kunststück zu nennen, und ist es nicht einzusehen, daß derjenige, welcher fast bei jeder Gelegenheit der Sündenböck sein muß, dort postiert ist, wo er am wenigsten sieht. Schließlich wird auf den Artikel 81 der Instruktion XX verwiesen, welcher die Weigabe von nur einem Zugbegleiter davon abhängig macht, daß zwischen dem ersten und dem letzten Wagen die Kommunikation möglich ist. Da sich aber bei jeder Garnitur dieser Züge, welche in der Regel aus sechs, manchmal auch aus sieben Wagen bestehen, ein mit Postraum kombinierter Gepäckwagen befindet, welcher eine Kommunikation vom ersten bis zum letzten Wagen ausschließt, so ist auch in dieser Beziehung die Begleitung durch den Zugführer allein nicht zu rechtfertigen.

Wenn wir oben Geschildertes noch einmal überblicken, so scheint es unglaublich, daß berartige Zustände beim Verkehr von Zügen, welche als Ausgangs- und Endpunkt Bahnhöfe der Haupt- und Residenzstadt Wien haben, überhaupt existieren. Würden solche Zustände auf einer Vizinalbahn in Galizien oder in der Bukowina vorkommen, so würde man sich auf das Kulturniveau der dortigen Bevölkerung berufen; daß aber die k. k. Staatsbahn der Wiener Bevölkerung solche rückständige, der Sicherheit bohnspredende Verkehrsmittel bietet, grenzt schon an das Ständaloöse.

Daß das ein Spiel mit anvertrauten Menschenleben, beziehungsweise Bediensteten bedeutet, ist entweder noch keinem dieser durch Spartout blind gewordenen Herrn eingefallen, oder es ist grobe Rücksichtslosigkeit gegenüber des reisenden Publikums sowie der betreffenden Bediensteten. Sache der k. k. Generalinspektion wäre es, die Weigabe der reduzierten Konduktoren zu diesen Zügen wieder zu veranlassen, bevor noch irgend ein Unfall entsteht. Sollte jedoch unsere Warnung auf unfruchtbaren Boden fallen, so wird die Schuld bei einem Unfall nicht auf das Personal, sondern nur der Verwaltung, und zwar wegen ungenügender Bemessung, Fehlen einer verlässlichen Notbremse, beziehungsweise Notsignals u. s. w., zur Last fallen.

Golling, k. k. Staatsbahn. (Billiges Menschenfleisch.) In der Nacht vom 14. zum 15. d. M. wurden auf der Bahnstrecke zwischen Golling und Salzburg zwei Arbeiter getötet. Man behauptet zwar, der Bahnerhaltungsbeamte von Salzburg, dem diese Strecke untersteht, habe eine durch das Hochwasser gefährdete Bahnstelle zu besichtigen gehabt, und sollte nun mit der Drahtseilbahn abgeholt und nach Hause gebracht werden.

Diese Drahtseilbahn ist von dem sie überholenden Schnellzug Nr. 705, der in Salzburg um 12 Uhr 32 Minuten nachts abfährt, überannt und hierbei der Oberbauarbeiter Johann Roderer getötet, der Oberbauarbeiter Johann Hagen so schwer verletzt worden, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag.

Wir zweifeln nicht daran, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet werden wird, möchten aber doch die Frage nicht unterdrücken, was denn der Herr Inspektor Löw um 1/4 1 Uhr nachts bei einer „angeblich“ gefährdeten Bahnstelle zu suchen gehabt hat? Wir vermuten, daß es sich vielleicht gar nicht um eine dienstliche Anwesenheit dieses Herrn auf der Strecke gehandelt hat. Was sieht man denn in stockfinsterner Nacht von einer Unterwagung — um die es sich gehandelt haben soll — die sich naturgemäß nur unter dem Wasser befinden kann? Oder wollte er etwa selbst mit Hand anlegen? Wir zweifeln. Aber angenommen, der Grund seiner Anwesenheit auf der Strecke wäre jedem Zweifel entrückt und völlig einwandfrei — konnte er dann diese paar Kilometer bis zur nächsten Station nicht zu Fuß zurücklegen, mußten seiner Bequemlichkeit zwei Menschen geopfert werden? Und welche Gefahr für den Eisenbahnbetrieb wäre denn entstanden, wenn der Herr Inspektor 4 Kilometer zu Fuß hätte zurücklegen müssen? Wir fordern im Interesse der Öffentlichkeit und im Interesse der Eisenbahnarbeiterschaft, eine baldige und völlige Klarstellung dieses Falles.

Selzthal. Anfang dieses Monats machte der Schnellzug Nr. 608 in der Station Selzthal einige Minuten Verspätung, weil die Zugpartie erst kurz vor der fahplanmäßigen Abfahrtszeit aufgeweckt wurde. Der Herr Vorstand von Selzthal erledigte eine Anfrage der Verkehrsabteilung, warum die Partie nicht geweckt wurde, dahin, daß ein Aufwecken bei Tageszeit nicht notwendig sei und daher in Selzthal auch nicht geschieht. Die Linger Zugbegleiter laufen immer in den Wirtschaftern herum, werden daher nicht wach und kommen unausgeruht in den Dienst. Zu dieser Kaufhaldverdächtigung wollen wir bemerken: Zug Nr. 608 geht in Selzthal um 6 Uhr 25 Minuten ab. Die Partie muß also nach 5 Uhr früh aufstehen. Es wird wohl, vielleicht mit Ausnahme ganz kleiner Lokalbahnstationen, die einen Wecker beistellen, keine Übernachtsstation des Fahrpersonals geben, wo um diese Zeit die Leute nicht geweckt werden. Größere Stationen haben bis 6 Uhr früh den Nachtwächter. Die Partie konnte sich ja auf auch das Aufwecken verlassen, da die ersten Tage — der Zug geht erst seit 1. Mai — die Parteien immer geweckt wurden. Es ist selbstverständlich, daß dieses auch geschehen muß, wenn die Station auf den Zugverkehr etwas hält. Was die Behauptung von dem „Herumsaufen“ der Linger anbelangt, so entbehrt diese jeder Begründung. Daß man in Selzthal, solange die Gasthäuser offen sind, auch dort Zugbegleiter finden kann, ist ja nicht unmöglich. In der Nacht kommen doch Züge an und gehen ab, und so mancher abgelöste Zugbegleiter will noch etwas zum Essen oder zum Trinken haben. Betrachtet man die elenden Kasernenverhältnisse in Selzthal, so wird man finden, daß der Herr Inspektor sein gerüttelt Maß von Schuld an denselben hat. Wir wollen die ganze jahrelange Misere hier nicht aufrollen und nur auf eines hinweisen. Drei Personen — und eine Güterzugpartie nächsten im Gasthaus „zur Stadt Leoben“ oder dem Gastzimmer. Der Herr Inspektor möge dort einmal das Kunststück versuchen und einschlafen, wenn drunten im Gastzimmer abwechselnd ein Maurekklavier und ein Grammophon die ganze Nacht heult und dazu getanzt, gesungen und gesprochen wird. Das ist in der Regel vor und an Sonntag und Feiertagen der Fall, wenn's schlecht geht (für die Schläfer) auch unter der Woche. Er würde auf und davon laufen. Wäre ihm wirklich um die Ruhe der Zugbegleiter und nicht um deren Beschimpfung ernstlich zu tun, und läge ihm wirklich daran, daß sie „ausgeruht in den Dienst kommen“, so wäre es nur seine verdammt Pflicht und Schuldigkeit gewesen, für eine andere Kasernierung zu sorgen.

Spittal an der Drau. Am 4. Mai d. J. hatten mehrere Mitglieder des Lebensmittelmagazins ihre Abgabebüchel samt dazugehörigen Emballagen an das Lebensmittelmagazin der Südbahn in Marburg eingeschickt. Endlich am 10. Mai kamen die bestellten Konsumartikel, jedoch nur teilweise, in Spittal an. Für die fehlenden Artikel war im Abgabebuch ein Vermerk: „Zurückmehl folgt“ enthalten. Als bis 17. Mai das Steingut noch nicht kam, reklamierten die Besteller mittels Nachschreibens. Heute, am 20. Mai, wo wir diese Zeilen zum Druck befördern, warten die Leute immer noch auf das bestellte Mehl.

Es wäre höchst notwendig, wenn sich die Kontrolle des Lebensmittelmagazins in Marburg endlich einmal damit befassen möchte, den Konsumenten betreffende rechtzeitiger Lieferung entgegenzukommen.

Auch wäre zu empfehlen, die verschiedenen Wehrtorten öfter zu kontrollieren, da sich sowohl im Weizen- als auch im Kürzenmehl massenhaft Käfer und Wehrtwürmer vorfinden.

Brünn. (k. k. Staatseisenbahngesellschaft.) Belanlich ist am südlichen Ende des Brünnner Bahnhofes kein Trinkwasser zu finden. Das zahlreiche Versäuberpersonal, Blocksignalbediener, Oberbauarbeiter, Heizhausarbeiter u. s. w. ist deshalb oft gezwungen, das schlechte und verunreinigte Wasser aus dem Tender der Lokomotiven zu trinken. Diesem Uebel könnte leicht abgeholfen werden, wenn der vor Jahren verschüttete Trinkwasserbrunnen beim fassierten Wächterhaus (Eingangs der Nordbahnstrecke auf den unteren Bahnhof in Brünn St. G. S.) wiederum in stand gesetzt würde. Dieser Brunnen liefert jederzeit ein gutes und frisches Trinkwasser. Hoffentlich wird diese Notwendigkeit auch höheren Orts Berücksichtigung finden.

Brünn. (Heizhaus der Staatseisenbahngesellschaft.) Unsere Notiz in Nummer 15 über die Mißstände im hiesigen Heizhaus hat gewirkt. Besonders Herr Fuchs war aufgebracht. Montag den 20. Mai früh erschien er im Heizhaus und spähte forschend herum. Seine Miene war brochend, so daß die in der Nähe arbeitenden Bediensteten dachten, weiß Gott was diesem guten Mann geschehen sei. Indes war keine Gefahr vorhanden, denn Herr Fuchs hatte es nur auf den vermeintlichen Rätever seiner Vorgesetzten abgesehen gehabt. Der arme Genosse Ontll! Denn diesen hatte Herr Fuchs in seinen Käfen gepackt und unserer Notiz wegen zur Rede gestellt. Aber es war zum ergötzen! Unser guter Ontll meinte gutmütig, der Herr Kommissar brauche sich nicht an ihn zu wenden, sondern möge gefälligst den verantwortlichen Redakteur fassen. Na ja, es geht eben nicht anders, wenn sich ein so strammer und gestrenger Vorgesetzter so lächerlich macht. Angeblich will er die löbliche Direktion um Schutz gegen die Kritik seines Gehabens bitten. Wir geben dem Herrn einen guten Rat: Er soll einen Monat lang auf der Maschine fahren, dann auf den Kanal gehen und Kessel waschen, dabei schön ruhig sein, wenn ihm der Hunger den Magen schürt und ein aufgeblasener Vorgesetzter ihn wie einen Pudel herunterreißt. Nach einigen Monaten solcher Kur wird es nicht notwendig sein, daß wir uns mit ihm beschäftigen. Denn er wird sich ganz bestimmt gebessert haben.

Wittmannsdorf. Wie erinnerlich, haben am 26. März l. J. die gewählten Vertrauensmänner des Zugspersonals mit den Vertretern über die Erstellung des Sommerturnus unterhandelt. Die gewählten Mitglieder verlangten damals für die Güterzüge elf Parteien zu je fünf Mann. Die Direktion hielt an dem Standpunkt fest, daß für den Verkehr der Güterzüge zehn Parteien genügend wären. Dieser übermenschliche Turnus mit nur zehn Parteien wurde von der Turnuskommission nicht angenommen. Mittels Zuschrift der k. k. Staatsbahndirektion Linz an das Bahnbetriebsamt wurde nachträglich doch die elfte Partie bewilligt. Doch wurde gleichzeitig bestimmt, daß die Güterzugspartien nur aus dem Zugführer und drei Konduktoren bestehen. Da nun auf dieser 108 Kilometer langen Gebirgsstrecke die Parteien immer fünf Mann stark waren, so wurde gegen die Reduzierung der Parteien Protest erhoben und die Bestimmung des fünften Mannes verlangt. Die Turnuskommission hat die Wünsche des Personals in der sachlichsten und energischsten Form vertreten und kann ihr deshalb in keiner Weise irgend ein Vorwurf gemacht werden. Die gewählten Kollegen der Turnuskommission verwahren sich deshalb ganz energisch gegen die von gewissenlosen Heßern verbreiteten Gerüchte, daß sie an der Reduzierung der Parteien irgendwelche Schuld hätten.

Wittmannsdorf. (k. k. Staatsbahn.) Wir haben in unserer Station ein Unterbeamten namens Stříberny, der sich berartige Lebensarten zu gebrauchen erlaubt, die seinem Stande keine Ehre machen. Er sagt beispielsweise häufig: „Wenn nur unsere alten Kracher (Oberkonduktoren) einmal gehen würden, daß man (Stříberny) zu den Personenzügen kommen könnte. Zu bemerken ist hiezu, daß in unserer Station kein einziger Unterbeamter ist, welcher über seine normale Dienstzeit hinaus würde. Dem ältesten fehlen noch drei Jahre auf diese Dienstzeit. Stříberny weiß vom schweren Dienst soviel wie gar nichts, denn er brachte seine meiste Zeit in St. Regyb a. R. zu, nur um den Güterzügen auszuweichen. (Rastzug zirka zwei Monate.) Heute möchte dieses Herdchen den einzelnen Oberkonduktor lebendig begraben sehen, was folgendes beweist: Vor zirka acht Tagen kam der Oberkonduktor S. ins Neustädter Krankenhaus, da er sich einer Blinddarmentzündung unterziehen mußte. Kaum war dieser im Spital, sagte Stříberny zynisch: „Der kommt er nimma aussa, sie sollten mich gleich für ihn einziehen.“ Vor zirka zwei Monaten erkrankte hier der Oberkonduktor L., der sich in einem Wiener Krankenhaus öfteren Operationen unterziehen mußte. Stříberny weißte sofort: „Der wird er nimma g'und!“ — Durch berartige Arbeiten wird das Eisenbahnpersonal nur in schlechten Auf gebracht. Herrn Stříberny muß ferner empfohlen werden, die Dienstordnung, und zwar den § 20, Absatz 5 zu studieren, wo es heißt: Vorgesetzte dürfen sich mit Untergebenen nicht in Geldverbindungen einlassen u. s. w., was ihm bei seinen Klänen, Zugsreferat zu werden, schaden könnte. Wir glauben aber, daß die k. k. Staatsbahndirektion Wien verdienstvoller, dienstältere und erfahrener Männer besitzt, so daß sich seine Hoffnungen nicht realisieren dürften. Wir könnten uns noch weiter mit seinen Eigenschaften befassen, aber uns ist der Raum unseres Blattes zu kostbar. Bessern Sie sich also, Herr Stříberny, lassen Sie das verschiedenartige Frotzeln, zum Beispiel der Turnusvertrauensmänner, wünschen Sie nicht einem kranken Menschen den Tod und stellen Sie Ihre Kläubiger zufrieden, damit nicht andere Menschen für Sie angerempelt werden, und damit nicht das Wittmannsdorfer Personal zu arg in Mißkredit gerät!

Pragerhof. (Einer, der Butter am Kopf hat.) In Folge 12 des „Deutschen Eisenbahner“ vom 20. Ostermond 1912 finden wir unter „Eingekendet“ einen Artikel, welcher faulbilde Lügen enthält. Es heißt in diesem Artikel, daß sich Genosse Widowitz gewweigert haben soll, eine dienstliche Angelegenheit auszuführen, da diese dem Reichsbüchler G. Leininger zufiel, der zur selben Zeit anderwärts dienstlich beschäftigt war. Es muß aber hier wahrheitsgetreu festgestellt werden, daß sich der Genosse Widowitz nicht gewweigert hat, den betreffenden Dienst zu machen. Widowitz hat den Schaden begeben und rabortiert. Dem diensthabenden Beamten G. Schulz sagte er, daß er die Züge laut Turnus an diesem Tage nicht zu untersuchen habe, sondern der Wagenmeister G. Leininger, der, ohne dies jemand gemeldet zu haben, auf die Umladerampe gegangen war und seine Züge zu sein gelassen hat. Auf der Umladerampe hatte Leininger laut Turnus überhaupt nichts zu suchen gehabt, da die Untersuchung der Umladerampe dem Wagenmeister Widowitz oblag. Da der Zug, welchen Leininger zu untersuchen gehabt hat, wegen seiner Abwesenheit eine Verspätung erlitt, wurde Widowitz stat G. Leininger gestraft. Selbstverständlich mußte Widowitz sein Recht beim Betriebsinspektorat wahrnehmen, weil er es beim Heizhauschef Leis nicht finden konnte. Leininger verläßt sich auf seine Dienstkollegen, welche für ihn oft bei den Zügen Gebrechen behoben haben, ohne ihn bei seinen Vorgesetzten zu verlagen. Er gilt auch viel beim Herrn Heizhauschef und muß ein sehr intimer Freund von diesem sein, da er machen kann, was er will. Er

wird nicht so bald angezeigt und wird überall verteidigt. Wäre er ein Sozialdemokrat, dann wäre er gerade so auf Schritt und Tritt verfolgt, wie seine Dienstkollegen, was auch viel besser für ihn wäre, weil da so manches Kaufmännchen unterbleiben würde. Die Kollegen G. Leininger sind in ihrer Kollegialität gegenüber demselben schon weit genug gegangen, man wird aber von diesen nicht verlangen können, daß sie alle Folgen seiner Nachlässigkeit auf sich nehmen.

Greifendorf. (Der Tod im Geleise.) Ein alter Kämpfer ist wieder aus unseren Reihen getreten und eines Todes gestorben, den Eisenbahner zu sterben pflegen. Mit eingedrückt Brustkorb, gebrochenem Fuß, verletzter Hand, verletztem Kopf und gebrochenem Genick fand der Sohn die Leiche seines Vaters auf. Am 23. Mai 1912 überfuhr der Personenzug 213 den Zugelbewächter Alois B a l o u k a l in Greifendorf, St. G. S. Einer der besten Genossen ist so seiner Familie und seinen kämpfenden Arbeitskollegen entrissen worden, einer, der viel litt für seine Treue zur Organisation, viel kämpfte und der nicht vergessen werden wird, Ehre seinem Angebinde!

## Versamlungsberichte.

Olmütz. Donnerstag den 9. Mai l. J. fand eine stark besuchte Versammlung unserer Magazinbediener im Vereinslokal statt. Es wäre hier nie möglich gewesen eine ähnliche Versammlung aufzuweisen, aber das gegenwärtige System, genannt „Spartout“ auf den k. k. Staatsbahnen, ist der beste Agitator. Die sachlichen Ausführungen, die Genosse K o r a n d a aus Brünn (tschechisch) und Genosse L e i z (deutsch) vorbrachte, wurden mit großem Interesse verfolgt und sehr häufig durch Beifall wie auch durch Entrüstungen gegen das Vorgehen so mancher Organe dieser Unternehmung unterbrochen. Dieses Beispiel verdient nachgeahmt zu werden von allen Kategorien aller Bahnen und man würde sofort bemerken, daß mit dem gegenwärtigen System gebrochen werden müßte. Unter dem Personal muß es aufreizen wirken, wenn diese Unternehmung jeden Dienst, jeden Turnus verschlechtert, das Einkommen des gesamten Personals bei der gegenwärtigen nicht auf ertragenden Teuerung stark erhöht, kürzt und schmälert, alle bisherigen Begünstigungen einschränkt, kurz und gut, das gesamte Personal bei jeder Gelegenheit schädigt, um Ersparnisse zu erzielen. Bei den geringfügigsten Vorgehen wird das Personal mit den härtesten Strafen bedacht und rücksichtslos reduziert, degradiert und entlassen. Alles dieses und noch mehr soll unter dem Personal nicht aufreizen wirken? Am Montag den 6. Mai eine dreistündige Arbeitseinstellung der Magazinbediener stattfand, wollte der Herr Stationsvorstand Inspektor M a k e r den starken Mann spielen und sagte unter anderem zu den Magazinbedienern: „Wenn ihr nicht arbeiten wollt, brauche ich euch nicht, ich bekomme Straflinge und Militär so viel ich will!“ Dann wollte er sich auf den guten Vorstand herausspielen und sagte: „Ich habe ja so gerachtet, daß die Arbeiter der Station Olmütz den höchsten Grundlohn auf der ganzen k. k. Nordbahn erhalten.“ Darauf erwiderte ein Arbeiter: „Prerara hat schon um 10 G. mehr“. Auf dieses war der Herr Vorstand ganz aus dem Häuschen und fing an die Vertrauensmänner zu verdächtigen, indem er jagte: „Da kann ich nichts dafür, man wollte ja mehr geben, aber eure Vertrauensmänner, die dabei waren, wollten es nicht annehmen. Zu was schickt ihr eure Vertrauensmänner hin, nur zum Fressen und Saufen?!“. Auch als Sozialpolitiker wollte sich der Herr Vorstand wichtig machen, indem er den Leuten folgendes einreden wollte: „Ihr habt nichts davon, wenn ihr heute fünf Kreuzer bekommt, denn morgen ist dann alles um zehn Kreuzer teurer“ und so ging es weiter. Was sollen die Bediensteten und Arbeiter von einem solchen Vorgesetzten für eine Meinung haben? Wir wissen, daß der Herr Stationsvorstand Inspektor M a k e r nicht allein der Schuldige des gegenwärtigen Systems ist. Er ist der pflichttreueste Diener nach oben, den man sich nur denken kann. Und da er auch immer mehr haben und rascher hinaufkommen will, traut er sich keine Einwendungen zu machen, wenn die über ihm stehenden Organe die Arbeiter und Hilfsbediensteten reduzieren. Diese unhaltbaren Zustände herrschen nicht nur hier in Olmütz, sondern auf den ganzen Linien der k. k. österreichischen Staatsbahnen, denn das ist System. Daß unter diesem System auch unsere Bahnbediensteten und Arbeiter gezwungen sind, sich zur Wehr zu setzen, ist selbstverständlich. Auf dieses System ist auch die Bewegung der Olmüher Magazinbediener zurückzuführen. Am Schluß der Versammlung kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 9. Mai 1912 versammelten Magazinbediener der Station Olmütz beschließen: Durch unseren Allgemeinen Reichstags- und Gewerkschaftsverein ist dringend zu fordern: Die Schöpfung des Grundlohn, dem Gesetz entsprechende Aufheben bei 24stündigem Dienst, baldige Auszahlung unserer Lohnaufbesserung von den zu diesem Zweck bestimmten 21 Millionen und sofortige Beteiligung der Arbeiter mit der Arbeitsordnung. Weiters geloben sich die Anwesenden, zur Wahrung ihrer Interessen sich ihre Organisation auf das Beste auszubauen.“

Aussch. Am 19. Mai sprach in Mitterndorf in einer gut besuchten Versammlung Genosse F r e i n s c h l a g über die Zustände der Eisenbahnerverwaltung.

Prerara l. Am 17. Mai fand im Brauhausaal eine sehr gut besuchte Versammlung des Zugbegleitungspersonals statt, wo Genosse L e i z über die Turnusfrage und über die Forderungen des Lastzugpersonals referierte.

## Aus den Organisationen.

Neulengbach. Sonntag den 6. Mai fand die ganzjährige Generalversammlung statt. Als Referent war Genosse Spiess anwesend. Gewählt wurden folgende Genossen: Karl Beranek, Obmann, Alois Dünkl, Stellvertreter; Franz Sallmüller, Kassier, Johann Süßlinger und A. Wirtz, Stellvertreter; Karl Mais, Schriftführer, Konrad Köhler, Stellvertreter; Anton Lufft und Rudolf Herzog, Kontrolloren; Anton Wagner, Alois Wagner, Ferdinand Selberherr, Engelbert Schärner, Karl Fiederhofer, Josef Süßlinger und M. Blanziger, Beisitzer. Die Mitglieder werden ersucht, die Eingalungen und hiebei stattfindenden Diskussionsabende besser zu besuchen. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Karl Beranek, Schloffer in Straß Nr. 13 bei Neulengbach, in Geldangelegenheiten an Genossen Franz Sallmüller in Ebersberg Nr. 52, bei Neulengbach zu richten.

Sadersdorf am Kamp. Die Ortsgruppe Krems an der Donau veranlaßt in Sadersdorf am Kamp am 2. Juni 1912 um halb 2 Uhr nachmittags im Gasthaus Pollenstein eine Vereinsversammlung. Referent aus Wien. Die Genossen und Berufs Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Drösing. Bei der Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Karl Uhl, Zahlstellenleiter; Josef Bendorfer, Kassier; Rudolf Löffler, Ludwig Ullrich, Michael Kobatschek und Ludwig Konečný, Ausschußmitglieder. Sämtliche Zuschriften sind an den Obmann Genossen Karl Uhl, Stationsmeister in Drösing, zu senden.



**Ungarn. An Stelle des Genossen Guel** wurde Genosse **Stübel** als Substanz für Thalheim gewählt. Die Mitglieder in Thalheim werden ersucht, ihre Monatsbeiträge an Genossen **Stübel**, Bahnwärter Nr. 213, abzugeben.

**Nieder-Österreich.** Die am 10. d. M. abgehaltene Generalversammlung ergab folgendes Resultat: **Josef Frankl, Obmann, Karl Oth, Stellvertreter; Albert Wittig, Kassier, Johann Ludwig, Stellvertreter; Johann Neugebauer, Substanz; Eduard Schön, Schriftführer, Wilhelm Ondráček, Stellvertreter; Johann Götlicher, Bibliothekar; Josef Vanger und Johann Franke, Kontrolloren; Josef Linke, Stephan Stähr und Franz Seiniß, Ausschüsse.** Als Referent fungierte Genosse **Burkert** aus Jägerndorf, welcher ein sehr beifällig aufgenommenes Referat brachte. Thema: „Ziele der Organisation“.

**Württemberg.** In der am 12. Mai stattgehabten Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt, beziehungsweise wiedergewählt: **Jakob Calliari, Obmann, Alfons Teschauer und Johann Fuchs, Stellvertreter; Michael Haslauer, Schriftführer, Philipp Kiehl und Peter Heg, Stellvertreter; Josef Schmid, Kassier, Johann Rudig und Franz Auer, Substanz; August Wucherer, Heinrich Neßler und Josef Gruber, Bibliothekare; Florian Schweiger und Ernst Heinz, Revisoren.** Alle Zuschriften sind an **Jakob Calliari**, Bahnhofstraße, in Gelbangelegenheiten an **Josef Schmid**, Spitalgasse, zu richten. Die Monatsversammlungen finden wie bisher am 8. jeden Monats im Gasthaus Rumfaher, Bahnhofstraße, um 8 Uhr abends statt. Weiters diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bibliothek um 13 neue Bände verstärkt wurde. Die Ausgabe der Bücher findet jeden Tag von 7 bis 8 Uhr abends im Hause Nr. 7, Spitalgasse, durch den Bibliothekar **Wucherer** gegen Vorweis der Mitgliedsbücher statt. Ferner wird den Mitgliedern der § 9 der Vereinsstatuten zur Beachtung auf das dringendste empfohlen.

**Mährisch-Schlesien.** Am 18. Mai fand die zahlreich besuchte Jahresversammlung statt, bei der Genosse **Steiner** als Leiter der Jahresthelle über das Wirken des Vereines ein ausführliches Referat erstattete. Das rasche Emporkommen des Vereines machte es nötig, zur Wahl von Funktionären zu schreiben, und wurden unter allgemeiner Zustimmung folgende Genossen gewählt: **H. Steiner, Obmann; Fr. Ned, Schriftführer; K. Wozluffa, Kassier; Jos. Matela, Bibliothekar; Fr. Woszl, Fr. Mittan, E. Schwarz und J. Hanslik, Ausschussmitglieder.** Zusammenkünfte ab 1. Juni jeden ersten Samstag im Monat um 8 Uhr abends in den Lokalitäten der Restauration Bartek, wo auch die Bibliothek untergebracht ist. Zuschriften sind zu richten an **H. Steiner**, Verkehrsbeamter, Mährisch-Schlesien. Geldsendungen an die Adresse des Kassiers **Genossen Karl Wozluffa, Wächter, Drahotusch.**

**Parsonis.** Bei der am 14. April 1912 stattgefundenen Generalversammlung der Zahlstelle Parsonis wurden folgende Genossen gewählt: **Ferdinand Schramel, Obmann, Adolf Souzbiela, Stellvertreter; Alois Wolf, Kassier, Johann Aohl, Stellvertreter; Franz Flögel und Josef Grimm, Revisoren; Karl Böhmisch, Schriftführer; Franz Franz, Substanz für die Strecke Bernsdorf, Stollas, Substanz für die Strecke Königshausen.**

### Verschiedenes.

Die Schafsfamilie. Die Mai-Nummer des Bonifazius-Blattes enthält im Artikel „Warum müssen alle Menschen katholisch werden?“ ein Bekenntnis einer heiligen Seele, welches verdient, ans Licht gerückt zu werden, denn nicht jeder bekommt die Stillschlämmer des Humors und fröhenlender Rücksichtigkeit zu Gesicht. Im erwähnten Artikel heißt es zum Schluß:

„... Vielmehr widerstreben wir aus wahrhaft pflichtschuldigster Gegenseitigkeit zu unserem göttlichen Heilande... nicht mehr länger, seinem so sehnliehen und allerinnigsten Wünsche »Auf daß da sei« — wenigstens unter uns und soweit es in unserer Macht liegt — »ein Schafstall, eine Herde und ein Hirte.«

Zur Vorfrage, daß diese so sehnlichst herbeigewünschte Schafsfamilie stets die notwendige Zahl von geeigneten Hirten besitzt, wird im Anhang gleich wieder der Klingelbeutel geschwungen:

„Katholisches Volk, Sorge für gute Priester! Immer fühlbarer wird der Priesterangel. Die Hecke, welche in den letzten Jahren gegen den Priesterstand allseitig ins Werk gesetzt wurde, hat den Nachwuchs unterbunden. Immer kleiner wird die Schar derer, die sich dem Herrn weihen. Von jeder hat das arme Volk den größten Prozentsatz für den Priesterstand geliefert. Die allgemeine Teuerung macht nun auch den ärmeren Massen Opfer unmöglich. Man kann den Sohn nicht studieren lassen. Gerade die deutschen Gegenden werden vom Priesterangel am fühlbarsten betroffen. Es ist somit auch eine eminent patriotische Tat, für priesterlichen Nachwuchs zu sorgen.“

Hier wird von ultra-klerikaler Seite die sonst stets abgelehnte „allgemeine Teuerung“ zugelassen. Aus diesem Grunde hat auch die Forderung beim „armen Volk“ hoffentlich keinen Erfolg. Wie wäre es, wenn bei den reichen Bischöfen und Klöstern für den angeführten Zweck eine Subskription veranstaltet würde? Dort wäre wenigstens noch etwas zu holen!

**Leser und Redakteur.** Aus der Feder von Dr. S. Cardauns, des Chefredakteurs der „Kölnischen Volkszeitung“, werden demnächst im Verlag von J. P. Bachm (Köln) Erinnerungen unter dem Titel: „Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs“ erscheinen. Cardauns schreibt über das Verhältnis des Lesers zu „seiner“ Zeitung:

„Und hier möchte ich eine Lunge für meine journalistischen Kollegen brechen. Die Zeitungsläser, auch der freundlich geminte Teil derselben, haben nur zu oft keinen Begriff, wie die Zeitung zustande kommt und unter welchen erschwerten Umständen ein vielbeschäftigter Redakteur arbeiten muß. Sie lesen beim Frühstück, bei der Siebe oder abends in der freien Zeit „das Blatt“, finden in der politischen stillen Zeit den Inhalt mager, viel fremdes Eigentum, und stellen vielleicht Betrachtungen an, es müsse der Redaktion Mühe gekostet haben, „das Blatt voll zu bekommen“. Sie sehen aber nur das fertige Produkt, von der toten Arbeit, von der Masse des Materials, das gelesen und gesichtet werden muß, größtenteils aber nicht benützt werden kann, von dem umfangreichen Briefwechsel mit den regelmäßigen und gelegentlichen Mitarbeitern, von den mündlichen Verhandlungen, nicht selten mit Leuten, die nichts Vernünftigeres zu melden haben, von den Mühen des Unarbeitens, Vorbesterns, Streichens, Zusehens, des Nachschlagens bei unklaren oder bedenkliehen Stellen, nicht zu vergessen des leidigen Korrigierens, wissen sie gewöhnlich nichts, und sind dann geneigt, für jeden Irrtum, jede Entgleisung im Ausdruck, ja für jeden Druckfehler den „bequemen, unaufmerksamen Redakteur“ verantwortlich zu machen.“

Nun gibt es gewiß bequeme und unaufmerksame Redakteure — Mangel an Fleiß und Aufpassen soll auch in anderen Berufen vorkommen — aber bis zum Beweis des Gegenteils sollte man doch annehmen, daß „der Mann, der

die Zeitung schreibt“, ein gewisses vernünftigerweise zu verlangendes Mindestmaß von Intelligenz, Umsicht, Pflichtbewußtsein und Fleiß besitzt und für die Mängel seiner Leistungen Entschuldigungen geltend machen kann, die in manchem anderen Beruf nicht Platz greifen: den leidigen Zwang, auf die Minute zu arbeiten, die Unmöglichkeit langen Ueberlegens, die ewigen Störungen durch neues Material, Boten, Telephonaufrufe, Besuche u. s. w., und ganz besonders die bare Unmöglichkeit, all die Gebiete zu beherrschen, über die er nun einmal schreiben muß und deren Vernachlässigung das Publikum ihm mit Recht bitter verübeln würde. Jeder Leser, der „sein Blatt“ mit Zuschriften beehrt, sollte sich als gelegentlicher Mitarbeiter betrachten und schon aus diesem Grunde die Regeln der Höflichkeit wahren; wer das nicht tut, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn der Adressat seinen groben Brief dem Papierkorb übergibt, und sich die weitere Korrespondenz verbittet.“

**Tolstoi gegen die Ehe.** Den kürzlich in russischer Sprache erschienenen Tolstoi-Erinnerungen Lazurskys, des Hauslehrers der Tolstoj'schen Kinder in Jasnaja Poljana, erinnert das „Coenobium“ einen eigenartigen Dialog zwischen Tolstoi und seiner Gattin, in dem sich der Philosoph und Dichter recht unzweideutig als Gegner der Ehe gibt. Tolstoi definiert zunächst die Ehe recht düster als ein Begräbnis und fuhr dann fort:

„Der Mann schreitet allein vorwärts; jede ihm eine Last von zwei Zentnern auf den Rücken und er ist glücklich, weil er allein ist; aber hänge ihm eine Frau ans Bein: diese Frau wird ihn rückwärts ziehen und jede freie Bewegung seines Willens lähmen.“

Die Gräfin fragte lächelnd: „Warum hast du dich denn verheiratet?“

„Damals verstand ich dies alles noch nicht.“

„Willst du damit sagen, daß man seine Anschauungen fortwährend ändern soll?“

Tolstoi schüttelte melancholisch das Haupt. „Jeder Mensch soll der Vollkommenheit zustreben. Ich persönlich kann mich über meine Ehe nicht beklagen; und ich kenne auch glückliche Ehebündnisse. Aber trotzdem ist die Ehe alles andere als ein Fest: Zwei Wesen vereinen sich, um sich gegenseitig zu bepacken.“

„Ich glaube vielmehr,“ entgegnete die Gräfin, „sie vereinen sich, um sich gegenseitig zu helfen.“

Tolstoi lächelte traurig. „Gewiß, das wollen sie; aber wie sollen sie es können? Wie sollen sie sich helfen? Als Fremde verbinden sie sich und fremd müssen sie einander das ganze Leben hindurch bleiben... Die Heiraten wollen, sollen es auch tun, vielleieht finden sie den Weg, ihr Leben glücklich einzurichten. Aber sie sollten sich von Anfang damit abfinden, diesen Schritt als einen Abstieg, einen Sturz zu betrachten. Dann aber, dann sollen sie ihre ganze Kraft dafür einsetzen, ihr Lebensbündnis glücklich zu gestalten — wenn das möglich ist.“

**Ein Verehrer des Todes.** Der englische Arzt William Osler, Professor in Oxford, ist in seinen Vorträgen für die Ueberzeugung eingetreten, daß die Krankheiten dem Menschen ein Segen seien, schon allein aus dem Gesichtspunkt, daß sie ihn auf eine Lebensgefahre aufmerksam machen und ihm die Möglichkeit geben sie abzuwenden. In folgerichtiger Fortspinnung dieses Gedankens ist Osler auch, man möchte fast sagen: ein Verehrer des Todes, und hat sich jetzt mit lebhaftem Unwillen gegen die Schrift von Maeterlind über den Tod gewandt. Er wirft dem Dichter vor, daß in seinen Worten ein leidenschaftlicher Mobergeruch liegt, der auch durch die Schönheit der Sprache nicht verdeckt werden könne. Besonderen Anstoß nimmt Osler an der reichlichen Verwendung solcher Phrasen, wie „die Torturen der letzten Krankheit“ oder „die Qualen des Todes“, seine „Schreden“ und dergleichen. Er findet solche Ausdrücke durchaus ungerichtet und erinnert an den Ausspruch eines großen Philosophen aus früherer Zeit, daß der Tod ebenso natürlich sei wie die Geburt, aber nicht halb so schmerzhaft. Auf Grund seiner großen Erfahrung behauptet Osler, daß nur sehr wenige Menschen im Sterben körperlich schwer leiden, noch weniger geistig. Er geht sogar so weit, den Schreden des Todes lediglich als eine Erfindung der Religion zu bezeichnen. Daß dem Sterben oft eine peinvolle Krankheit vorausgeht, kann Osler selbstverständlich nicht leugnen. Er bezeichnet sie aber erstens als in vielen Fällen durch die eigene Schuld des Menschen hervorgerufen und zweitens als meist durch die Güte der Natur selbst gemildert. Osler tritt dann noch unverhüllt dafür ein, den Menschen, die unter dem Sterben leiden, diese Leiden zu erleichtern. Das Gesetz und auch die Vertreter der Medizin sollten sich dazu entschließen, dem Menschen dieselbe Gnade zu erweisen, die man einem geliebten Tier gewährt.

### Technisches.

**Eine Schnellbahn, die 500 Kilometer in der Stunde fährt.** Seit 18 Jahren arbeitet der französische Erfinder Emile Bachelet in Neuport an dem Bau einer elektrischen Schnellbahn, die die außerordentlich große Geschwindigkeit von 500 Kilometer stündlich erreichen soll. Er glaubt jetzt am Ziele seiner Bemühungen angelangt zu sein. Vor kurzem hat er einer Reihe von Fachleuten seine Versuchsstrecke in Mount Vernon bei Neuport vorgeführt. Die Versuchsstrecke ist allerdings nur 10 Meter lang. Der „Eisenbahnzug“, wenn man sein Modell so nennen will, ist ein zigarrenförmig gebauter Aluminiumwagen von etwa 15 Kilogramm Gewicht. Im gleichen Augenblick, wo Bachelet den elektrischen Betriebsstrom einschaltet, fliegt dieser Versuchswagen wie aus der Pistole geschossen von einem Ende zum andern der Versuchsstrecke. Das Geheimnis der großen Geschwindigkeit beruht darin, daß der Wagen außer dem Widerstand der Luft nicht mit Reibung zu kämpfen hat. Er läuft nicht mit Rädern auf Schienen, sondern wird auf elektrischem Wege freischwebend in der Luft gehalten. In den Schienen ist ein Wechselstrom vorhanden. Dieser Wechselstrom übt auf das Aluminium eine abstoßende Kraft aus und wirkt deshalb entgegengesetzt der Schwerkraft. Sobald bei den Vorführungen der Strom von 110 Volt in die Führungsschienen eingeschaltet wird, erhebt sich der „Versuchswagen“ ungefähr einen Zentimeter hoch und bei Verdoppelung der Stromstärke verdoppelt sich die Erhebung.

Das Problem, die Reibung an den Schienen zu umgehen, das sonst der Steigerung der Geschwindigkeit fahrender Züge außerordentlich hinderlich ist, glaubt Bachelet gelöst zu haben. Die zweite Schwierigkeit bei seiner Schnellbahn liegt in der fortbewegenden Kraft. Bei seiner Versuchsstrecke, die nur 10 Meter lang ist, arbeitet er mit Elektromagneten, die den Versuchswagen anziehen und ihm tatsächlich eine Geschwindigkeit erteilen, die einer Stundengeschwindigkeit von 500 Kilometer gleich ist. Bei einer großen Bahn ist die magnetische Fortbewegung nicht möglich. Bachelet nimmt aber an, daß er mit Luftschrauben ebenso große Geschwindigkeiten erreichen kann.

Bachelet hat zwar bereits Patente aufgenommen, denkt jedoch noch nicht daran, Geldleute zur Ausführung einer Schnellbahn zu suchen. Vorläufig will er versuchen, eine etwas größere Schnellbahn zu bauen, die vielleicht zur Beförderung von Briefen oder leichteren Paketen dienen kann.

Die höchsten Eisenbahnen der Erde. In Europa war bis vor kurzem die von Bernatt auf den Vornerrgrat führende Zahnradbahn diejenige, die die größte Höhe über dem Meeres-

piegel erreicht. Ihr höchster Punkt liegt in einer Meereshöhe von 3018 Meter, und sie war lange Jahre hindurch die einzige Bahn in Europa, die über 3000 Meter Höhe anstieg. Sie wird gegenwärtig jedoch schon übertroffen von der vielgenannten Jungfrauabahn, deren bereits dem Verkehr übergebene Station „Gismeer“ 3162 Meter hoch liegt, während die nächste Station „Jungfrauoch“ 3396 Meter und der in Aussicht genommene dereinstige Endpunkt im Jungfrautunnel gar 4075 Meter hoch zu liegen kommen wird. — Die höchste Vollbahn Europas war bis vor kurzem die Brennerbahn, die in ihrem höchsten Punkt 1367 Meter über dem Meere dahinführt, während die Mont-Cenis-Bahn es bis auf 1388 Meter, die Arlberg-Bahn bis auf 1311, die Gotthard-Bahn nur bis auf 1154 Meter Höhe bringt. Seit wenigen Jahren aber ist die Brennerbahn von der Simplonbahn übertroffen, deren Scheitel in 1430 Meter Meereshöhe liegt. — Ungleich größere Höhen als in Europa kommen in Amerika, vor allem in Südamerika, mannigfach vor. Eisenbahnen von 3000 Meter und mehr, ja von mehr als 4000 Meter Höhe sind dort heute keine Seltenheit mehr. So erreichen die höchsten Bahnen in Mexiko am Cuzubra de la Cruces bei Salazar 3041 Meter, in den Vereinigten Staaten an der Tremont-Spize 3453 Meter und an der Tenn-Spize 3119 Meter Höhe. In Südamerika bringt es eine von Antofagasta nordostwärts ins bolivianische Gebiet laufende Eisenbahn bei Ascatan auf 3958 Meter Höhe. Bei Palacayo in Bolivien erreicht eine Bahn etwa die Höhe unserer Jungfrau (4166 Meter), nämlich 4152 Meter. In Südperu steigt eine Gebirgsbahn in der Nähe des riesigen Hochgebirgszuges des Titicaca bei Porlez bei Crugeza auf 4270 Meter, und die schon seit 1878 von Puno am Titicacasee zum Hafenort Arequipa laufende Bahn erreicht bei Vincocaya 4470 Meter Höhe. Noch weiter hinauf, bis auf 4618 Meter Meereshöhe, klettert auf der Ostseite der Anden eine von Chilecito in Argentinien nach Mexicana führende Drahtseilbahn, und auch sie wird noch um 6 Meter geschlagen von dem bei Laguna Blanca liegenden Scheitel der gegenwärtig erst im Entwerfen begriffenen Bahn Arequipa-La Paz. Auch damit aber sind die größten Bahnhöhen noch nicht erreicht. Die noch nicht ganz fertiggestellte bolivianische Bahn Juliaco-Cuzco wird sich in naher Zukunft bis auf 4751 Meter Meereshöhe erheben, und noch etwas höher, bei 4775 Meter, also nur noch 35 Meter unter dem Montblanc-Gipfel, liegt im sogenannten Pasjo di Galera der Scheitelpunkt der berühmten Orona-Bahn in Peru (Lima-Orona), die bereits 1878 dem Verkehr übergeben wurde und seit 37 Jahren den Welt-Höhenrekord hält. Sie dürfte sobald auch, schreiben die „Technischen Monatshefte“ (Stuttgart, Pfingststraße 5), denen wir die vorstehende interessante Notiz entnehmen, nicht den Reim verlieren, die höchste Bahn der Welt zu sein, denn selbst wenn einmal die seit langem geplante, aber einstweilen noch ganz „in der Luft schwebende“ Bahn auf den Montblanc zur Raifache werden sollte, wird sie sicherlich bis auf den obersten Gipfel geführt werden, sondern in ihrem höchsten Punkte den der Orona-Bahn jedenfalls nicht übertreffen.

### Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 34. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Echerben. — Ökonomie und Wehrhaftigkeit. Von K. Kautsky. — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die bevorstehende Präsidentenwahl. Von L. W. Moutin (Newyork). II. — Die „Titanic“-Katastrophe, ihre Ursachen, Folgen und Lehren. Von Paul Müller (Berlin). (Schluß). — Literarische Rundschau: Robert Grimm, Partei und Gewerkschaft. S. Eugster-Züst, Muß ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter Sozialdemokrat sein? Theodor Leipart, Die gesellschaftliche Regelung der Tarifverträge. — Zeitschriftenchau. — Feuilleton: August Strindberg. Von Alfons Fedor Cohn. Wille und Denken. Von Ernst Meyer (Ernst Link). — Bücherchau: Eugen Ziegler, Das Drama der Revolution. Hermann Oden, Laffalle. — Rose Blätter: Eine ästhetisch-literarische Enquete.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3.25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Im Verlag der Druck- und Verlagsanstalt „Zukunft“, Ronge u. Co., Neichenberg, ist soeben erschienen: Der Arbeiter und die Nation. Von Josef Straffer. Die Broschüre ist 84 Seiten stark, in schöner Schrift auf gutem Papier gedruckt, in Umschlag gehftet und kostet 40 Pf. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Die Broschüre ist zu beziehen durch die Parteikolporteurs, durch die Wiener Volksbuchhandlung und durch den Verlag selbst.

Populär-wissenschaftliche Literatur zu tief herabgesetzten Preisen bietet neuerlich die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Comp., Wien VI, Gumpendorferstraße 18, an.

Die Bände, die uns in tabellosem Zustande vorliegen, können wir besonders empfehlen. Nachstehend Titel und Preis derselben. Bestellungen sind ausschließlich an die Wiener Volksbuchhandlung zu richten.

1. Des Lebens Werdegang und Ende. Naturwissenschaftliche Offenbarungen der Neuzeit. Von Dr. A. Daiber. Mit 7 Tafeln. 6.—10. Tausend. Oktav. 152 Seiten. Gehftet statt Kr. 1.68 nur 70 Pf., gebunden statt Kr. 2.68 nur Kr. 1.20.

Das Werkchen behandelt viel, es spricht in einfacher, klarer Form, auf wissenschaftlicher Basis ruhend, unter anderem über den Ursprung alles Seins, die Herkunft des Lebens, die Elemente im Kreislauf des Lebens, über äußere und innere Lebensbedingungen, über den Tod und die Unsterblichkeit.

2. Die großen Religionsstifter Buddha, Jesus, Moхам-med. Leben und Lehre, Wahrheit und Irrtum. Von Heinrich Weghofer. 7. Tausend. Oktav. 265 Seiten. Gehftet statt Kr. 1.68 nur 70 Pf., gebunden statt Kr. 2.68 nur Kr. 1.20.

Inhalt: Einleitung. — Buddha. — Jesus. — Moхам-med. — Rückblick und Ausblick. — Stabiler Zustand der Religionen. — Niedergang, Zerklüftung, Zukunft und Reform.

An einer geschichtlichen Darstellung der verschiedenen Religionsgründer, die den ethisch-religiösen Aufschwung der Menschheit seinen Stufen nach schildert, fehlte es bislang. Weghofer hat mit seinem neuesten Werkchen diese Lücke in glücklichster gelungener Weise ausgefüllt. Er zeigt uns die drei Gestalten der Religionsgeschichte als die größten Menschen, die sie waren, weit hervorragend über den Geist ihrer Zeit. Und je größer sie uns erscheinen, je eher ein Mensch über seiner Zeit zu stehen scheint, desto menschlicher werden ihn uns seine Fehler machen. Es ist ein lesenswertes Buch.

3. Wie ist das Leben entstanden? Ein Beitrag zur Lösung des Lebensrätsels. Von Dr. Emil Koenig. Mit 2 Tafeln und 28 Textabbildungen. Oktav. 241 Seiten. Gehftet statt Kr. 2.16 nur 80 Pf., gebunden statt Kr. 3.12 nur Kr. 1.50.

Von neuen Gesichtspunkten und Gedanken getragene Ausführungen! Allgemeinen, das Verständnis für das Thema fördernden Darlegungen über das Wesen des Lebens und seine wichtigsten Erscheinungen läßt der Verfasser die eigentlichen Ausführungen über den Ursprung des Lebens folgen.



4. Was ist Wahrheit? Tagebuchblätter eines Mönches auf Bonape. Von Hildegard Daber. 8. Auflage. In feiner Ausstattung. 175 Seiten. Gebunden statt Kr. 2,50 nur 80 S., gebunden statt Kr. 3,60 nur Kr. 1,50.

Was ist Wahrheit? So erklingt die ernste Pilatusfrage bald leise, bald laut in unserem Innern, und die edelsten Menschen haben sich von jeher abgemüht, Antwort darauf zu finden. Was ist Wahrheit? So lautet auch besonders in der Gegenwart der dringende Ruf, und so verschiedentlich erklingt die Antwort. — Mäander Suchende wird in dem vorliegenden Buch verwandte Seiten verübt finden.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Eröffnung eines Arbeiter-Strandbades in Wien.

Sonntag den 2. Juni, 9 Uhr vormittags, eröffnet der Arbeiter-Schwimmverein in Wien ein eigenes Strandbad an der alten Donau. Zutritt hat jedermann. Näheres in der Sonntagsnummer der „Arbeiter-Zeitung“.

Nervenschwäche ist die Ursache vieler und hartnäckiger Krankheiten. Wer sich darüber unterrichten will, lese den Prospekt der Firma Dr. Arthur Erhard, Berlin W 85, der heute unserem Blatte beiliegt. Leidende erhalten Gratisprobe ganz umsonst.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralauskunft vom 15. Mai 1912. Referat: Beratung und Beschlussfassung über die Veranstaltung kategorienweiser Konferenzen. — Beschlussfassung über die anlässlich des 20jährigen Bestandes der Eisenbahnerorganisation in Wien abzuhaltenden Agitationsversammlungen. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Zentralauskunft am 22. Mai 1912. — Bericht und Diskussion über die Durchführung der Lohnregulierungen. Beschlussfassung über die Einberufung einer Reichskonferenz für die Lohnarbeiter. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

An Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind bei uns aus folgenden Orten in der Zeit vom 20. bis 21. Mai eingelaufen: F. P., Budisborf 10 Kr.; Leopold Bach, Innsbruck 10; Brüg 20; Michael St. 20; Amstetten (zweite Rate) 20; Favoriten (erste Rate) 100 Kr.

Sprechsaal.

An die geehrten Ortsgruppenfunktionäre und Mitglieder unseres Vereines!

I.

Wie auch schon durch Zuschriften als auch durch den „Eisenbahner“ bekannt ist, hat unsere Organisation anlässlich der zwanzigjährigen Jubelfeier unseres Vereines ein für alle Zeiten feststehendes Vereinsabzeichen für ihre Mitglieder anfertigen lassen. Die Abzeichen werden vorläufig in deutscher, tschechischer und polnischer Sprache angefertigt. Wir ersuchen nun, für dieses Abzeichen, welches für sich selbst schon propagiert, die nötige Agitation einzuleiten. Die Bezugs- und Verkaufsbedingungen sind in dem Ihnen zugegangenen Zirkular enthalten.

II.

In der nächsten Woche wird den Ortsgruppen das Regulativ zur Einführung der Hinterbliebenenunterstützung übermittelt werden. Wir ersuchen alle Funktionäre, jenen Mitgliedern, die diesem Fonds angehören, eine solche Bestimmung ihrem Mitgliedsbuch beizulegen. Für die neubeitretenden Mitglieder, die diesem Fonds anzugehören wünschen, sind nicht mehr die Legitimationskarten, sondern gleich die Mitgliedsbücher samt Regulativ einzuhändigen. Bei der Neuausgabe der Mitgliedsbücher wird das Regulativ schon im Mitgliedsbuch eingebettet sein.

Achtung, Vertrauensmänner der Bahnerhaltungssektion Wien I (Staatsbahnengesellschaft)!

Am 16. Juni, 10 Uhr vormittags, findet eine Sitzung im Arbeiterheim, Wien X, Raxenburgerstraße 8-10, statt.

Eisenbahner, Kollegen, Genossen!

Am 8. Juni d. J. findet die Ziehung der V. Eisenbahner-Effekten-Lotterie, durch deren Ergebnisse Reingewinn schon so manchem am Rande der Verzweiflung stehenden Eisenbahner hilfreiche Hand geboten wurde, statt. Mehr als 32.000 Kronen wurden aus dem Ergebnis der IV. Eisenbahnerlotterie an bedarmte und verunglückte Eisenbahnbedienstete, deren Witwen und Waisen als Unterstützungen ausbezahlt; die Summe der von den Ertragnissen der Eisenbahnerlotterien geleisteten Unterstützungen beträgt Kronen 128.148,85. Hunderten von Eisenbahnerfamilien kamen die Segnungen dieser wohlthätigen Institution zugute. Aber auch in anderer Hinsicht haben die Eisenbahnerlotterien den Kaufkraft von Lohn und Freude gebracht. Einzelnen sogar durch den Gewinn der Haupttreffer ihre ganze Zukunft gesichert. Bei der letzten Lotterie fiel der erste Haupttreffer im Werte von 50.000 Kr. auf den Heizhausarbeiter Ferdinand Barwinkel in Bodenbach und der zweite Haupttreffer auf den Schneider Karl Riese in Munkacs. Die bei den vorherigen Eisenbahnerlotterien gezogenen Haupttreffer gewannen ebenfalls unbemittelte Personen, und für alle diese waren die Eisenbahnerlotterien ein großes Glück. Viele Tausende haben sehr hübsche und wertvolle Andenken gewonnen; also Tausende Menschen haben durch den Ankauf eines Loses nicht nur Hoffnung, sondern auch Freude erworben und es ermöglicht, daß arme, bedürftige Kollegen und deren Witwen und Waisen von den Liebesgaben der Lotterien unterstützt werden konnten.

Sorget daher Kollegen und Genossen dafür, daß auch diesmal der Ertrag der Eisenbahnerlotterie ein solcher wird, daß ein bedeutender Betrag dem wohlthätigen Zwecke, der Unterstützung der bedarmten und verunglückten Eisenbahnbediensteten zugewendet werden kann.

Der Betrag von einer Krone ist nicht groß, den jeder bei halbwegs gutem Willen entbehren kann, denn so mancher gibt eine Krone aus, ohne die Befriedigung, etwas Gutes geleistet zu haben; niemand kann behaupten, daß er niemals Hilfe brauchen wird, denn auch er kann morgen schon zu jenen gehören, die der Hilfe bedürftig sind.

Der Losverkauf ist gegenüber den früheren Jahren ein geringerer, deshalb richten wir auch die Bitte, die kurze Zeit bis zum 8. Juni d. J. noch auszunützen und zu tragen, daß noch eine große Anzahl von Losen gekauft werde.

Jeden einzelnen für die Mühsale am Losverkauf im voraus bestens dankend, zeichnet als Mann des Lotteriekomitees Rudolf Weigl.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion Triest!

Wiewohl dem Personal von Sebenico zugesichert wurde, daß für dasselbe eine Wabehütte aufgestellt wird, ist die Errichtung einer solchen Hütte bis zum heutigen Tag noch nicht erfolgt. Da mit der Errichtung dieser Hütte einem wirklich dringenden Bedürfnis Rechnung getragen würde, bittet das betroffene Personal abermals um Erfüllung der diesbezüglich gemachten Zusicherung.

An die k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft!

Das Personal der Station Brud a. d. L. ist bis heute noch nicht mit der Instruktion der k. k. Staatsbahn betraut. Sie suchen daher auf diesem Wege in den Besitz von Dienstordnung, Gebührenregulativ, Krankentafelstatuten, Dienstkleiderabgabebuch etc. zu gelangen. Die nötige Anzahl von Instruktionen soll der Vorstand im Besitz haben, vermehrt sie aber wie einen Schatz in seiner Kasse. Die Betroffenen.

An die k. k. Nordbahndirektion in Wien!

Schon seit Jahren bitten die Blocksignaldienstler der Station Süßenbrunn um die Einführung des 12stündigen Dienstes mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit. In Anbetracht des anstrengenden Dienstes und des immer dichter werdenden Zugverkehrs wurde bereits den Herren Zugsepektanten und Wächterkontrolloren in der Station Süßenbrunn der 12/24stündige Dienst bewilligt. Nachdem der Dienst der Blocksignaldienstler ebenso wichtig und verantwortungsvoll ist, so bitten die Betroffenen um ehebaldige Einführung des 12/24stündigen Dienstes.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Wien!

Wieso kommt es, daß, nachdem in der Strecke Grein-Mauthausen Schwellen der Type 3 eingelegt sind, welche nach Zirkular Nr. 19 vom 3. Februar 1912 als Altmaterialien mit 17 S. an die Bediensteten zu verrechnen wären, dieselben aber als Type 2 mit 21 S. bezahlet müssen.

An die Generaldirektion der k. k. priv. Südbahn!

Am 24. Dezember geriet bei Kilometer 7,8 der Strecke Steinbrüdl-Gaisfeld ein Wagen in Brand, der vollständig niederbrannte. Zu den Löscharbeiten wurden Arbeiter der B. G. S. Steinbrüdl herangezogen, von denen sich einige die Stiefel vollständig verbrannten. Nachdem die armen Arbeiter für ihre verbrannten Stiefel noch keine Entschädigung erhielten, so bitten die Betroffenen, die Generaldirektion möge veranlassen, daß die Geschädigten einen entsprechenden Ersatz ehestens erhalten.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Linz!

Nachdem die Apriltermin 1912 auszufällenden Monturen bereits seit einem Monat in Braunau liegen, so bitten die Wächter der k. k. Bahnerhaltungssektion Braunau a. J., die k. k. Direktion möge veranlassen, daß die fälligen Uniformstücke ehestens herausgegeben werden.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Wien-Landstraße. Dienstag den 4. Juni findet in der Restauration des Herrn Fuhs, Rennweg 71, um halb 8 Uhr abends eine freie Versammlung des Personals der Aspangbahn statt. Bedienstete, die ihre Rechte und ihr Interesse gewahrt haben wollen, haben die Pflicht, der Versammlung beizuwohnen, da in derselben wichtige Personalangelegenheiten zur Beratung gelangen werden. Unter anderem werden die Tätigkeitsberichte des Pensionsfondsausschusses, der Personalkommission und des Arbeiterausschusses erörtert und Kandidaten für die im Juli stattfindende Neuwahl in den Pensionsfonds aufgestellt. Aspangbahner, erscheint in Massen!

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe I, Linz. Zuschriften in Geldangelegenheiten sowie Versicherungsangelegenheiten sind an den Kassier Sib. Hofbauer, Konduktorszugsführer, Woda, Webergasse Nr. 24, zu senden.

Zahlstelle Teplitz. Den 2. Juni um 8 Uhr abends findet im Restaurant „Spaten“ die Monatsversammlung statt. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher mit Angabe der genauen Adresse den Subkassieren zu übergeben.

Ortsgruppe Komotau. Die nächste Monatsversammlung findet am Sonntag den 9. Juni, nachmittags 2 Uhr in Herrn Georg Gasthaus in Oberdorf statt, und wird, da wichtige Punkte zu besprechen sind, eine rege Beteiligung erwartet. Mitgliedsbücher sind zur Abtempelung mitzubringen.

Ortsgruppe Rumburg. Die Mitgliederversammlung wird am 4. Juni um 7 Uhr abends im Vereinslokal „u Vyborny“ abgehalten. Da sehr wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, ist vollzähliges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Penzing. Den geehrten Mitgliedern hiene zur Kenntnis, daß in den nächsten Vereinsabenden, das ist am 19. Juni, 8. Juli, 17. Juli und am 7. August seitens der Genossen Sonnensfeld, Hartl, Schnobrich und Glaser über das Schiedsgericht der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt, die Unfallversicherung, den Pensionsfonds und die Krankentafel Bericht erstattet wird. Die geehrten Mitglieder werden ersucht, sehr zahlreich zu erscheinen und ihre Frauen mitzubringen. Am 5. Juni entfällt der Vereinsabend aus Anlaß der großen Versammlung. Die Einzählungen für den Monat Juni finden daher am 19. Juni statt.

Ortsgruppe Pöchlarn. Den Mitgliedern hiene zur Kenntnis, daß die Bibliothek der Ortsgruppe mit der Bibliothek des Bezirksverbandes vereinigt wurde. Es können von nun an Bücher täglich zwischen halb 8 und 9 Uhr abends beim Bezirksverband, XIV, Lohgasse 4, entlehnt werden. Gleibige Veranlagung der Bibliothek ist erwünscht.

Zahlstelle St. Lucia-Tolmain. Die Monatsversammlung werden jeden ersten Sonntag im Monat, um 4 Uhr nachmittags im Gasthaus „zum Kraut“ abgehalten. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, die Versammlungen stets pünktlich zu besuchen und für unsere Organisation fleißig zu agitieren. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Weiskirchen. Sonntag den 2. Juni 1912 um 7 Uhr abends findet im Vereinslokal, Gofhaus „zur Morgen-sonne“, die Monatsversammlung statt. Wichtige Tagesordnung, daher bestimmtes Erscheinen aller dienstfreier Mitglieder notwendig.

Zahlstelle Böhmisch-Kamitz. Den 2. Juni um 2 Uhr nachmittags findet im Gasthaus „zur Nordbahn“ in Böhmisch-Kamitz eine Eisenbahnerversammlung statt. Referent zur Stelle. Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet.

Ortsgruppe Wodenbach. Die Monatsversammlung wird am 2. Juni um 8 Uhr abends in der Volkshalle in Wodenbach abgehalten. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Floridsdorf II. Es hiene den Vereinsmitgliedern zur Kenntnis, daß die Einzählungen im Juni am 7. und am 20. Juni um 7 Uhr abends im Arbeiterheim stattfinden.

Zahlstelle Aupersdorf. Die nächste Monatsversammlung wird am 1. Juni um 8 Uhr abends im Gasthaus „Vielathal“ in Goslitz abgehalten. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Teschen. Die Mitglieder werden verständigt, daß die Monatsversammlungen jeden 1. Montag im Monat um 8 Uhr abends im Teschener Arbeiterheim stattfinden. Da bei den Monatsversammlungen wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, wird um pünktliches Erscheinen ersucht. Um Irrtümer zu vermeiden und damit die Mitglieder nicht um ihre Rechte kommen, werden diejenigen Mitglieder, die mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand sind, aufgefordert, dieselben ehestens an den Kassier Czajkner zu begleichen.

Ortsgruppe Pilsen. Im Monat Juni werden die Vereinsversammlungen wie folgt abgehalten: Die Mitglieder- und Einzählungsverammlung findet Montag den 3. Juni um 8 Uhr abends statt. Die Ausschusssitzungen, bei welchen sich auch die Mitglieder beteiligen können, finden am Montag den 10. und 24. Juni um 8 Uhr abends statt.

Inhalt der Nummer 15 vom 20. Mai 1912.

Artikel: Handelspolitik und Eisenbahnfinanzen. Die Saat wird reif. Eisenbahnerbeschwerden im Parlament. Die Gefährdung der Fahrbeugnisse. Protokoll der Sitzung der Personalkommission der Südbahn.

Feuilleton: Inland. Ausland. Aus dem Gerichtssaal. Streiflichter. Aus den Amtsblätter. Korrespondenzen. Versammlungsberichte. Aus den Organisationen. Technisches. Literatur. Eingefendet. Mitteilungen der Zentrale. Sprechsaal. Offene Anfragen. Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 14. Wenn es sich um eine able Angelegenheit bei einem Kinde handelt, ist gute Beobachtung und strenge Verwarnung das Beste. Von Raufschlägen durch Wäcker möchten wir abraten, da populärmedizinische Werke meistens wertloser Schund sind, während ernste Fachwerke bei Laien in der Regel zu mißverständlichen Auffassungen führen. Ziehen Sie übrigens einen Arzt zu Rate. — „Schumanns Leid und Freud.“ Auf mehrfache Anfragen hin, teilen wir wiederholt mit, daß wir für Inserate keinerlei Verantwortung übernehmen. Reklamieren Sie direkt bei „Kunst im Bilde“, G. m. b. H., Wien IX, Fuchsthalergasse 4/68. — J. G. in D. Wir werden bei einem Arbeiter-Stenographenverein wegen des brieflichen Unterrichts anfragen und Ihnen dann Mitteilung machen. — A. M. in B. und Ober-Wellach 75. Ist uns nicht bekannt. — J. Sch. in P., Dett.-Schl. Das Loß ist nicht gezogen.

Interate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. Immer geartete Ver-antwortung.

MAGGI Würfel. Im Dienste geht nichts über eine wärmende und anregende Rindsuppe. Eine solche ergibt — nur durch Übergießen mit 1/4 Liter kochendem Wasser — MAGGI Würfel (fertige Rindsuppe) a 5 h. Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

1000 und 1 Nacht. habe ich darüber nachgedacht, wie es andere bei geringem Einkommen anstellen, dass sie sich stets elegant und gehk kleiden, als ich endlich das Fabrikat-Versandhaus „Liberia“, Reichenberg 3 I. B., entdeckte, wo stets ein reichsortiertes Lager in Horran-Anzüge und eapl. Kostümatoffen etc. zu staunend billigen Preisen zu haben ist. Tausende Meter Reste stets lagernd. 95 Kreditfähigen Teilzahlung ohne Aufschlag. Muster auswärtig franko.

Nebenerwerb oder Existenz. sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltsgegenstände. Rissenverdienst zugesichert. Näheres gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28“ an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. 25

DRUCK- U. VERLAGS-ANSTALT VORWARTS. Wien V, Rechte Wienzelle 97. liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung und zu sehr coulantem Bedingungen. Telephon 2365. Telephone 3545.



**Nehmen Sie**, wenn Sie verschnupft, heiser, verschleimt sind und schwer atmen, Feller's Fluid m. b. W. „Eisfluid“. Wir überzeugen uns selbst bei Brustschmerzen, Halsweh etc. von seiner heilenden, hustenstillenden, erfrischenden Wirkung. Probepulver 5 Kronen, zwei Duzend 8 Kronen  
 60 Heller franko. Erzeuger nur Apotheker E. W. Feller in Stubica, Eisaplatz Nr. 191 (Kroatien).

**Gelegenheitskauf**  
 Garantiert echter  
**Hirschbart**  
 Prachtexemplar



Ein dankles Haar, bu-schig, mit sehr schönem Reif, 18cm lang, samt Altsilberhülse m. Hirschgrändel, verschiebbarem Ringu-Schraube zusammen nur K 8.—. Seitens Gelegenheit! Versandt per Nachnahme Gombartbinder  
 Penibel, Wien IX, Altmüggel, 3-100.

**Warum kaufen Sie ohne Anzahlung**  
 eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten?



**Weil** jede Nacht, voll, Wachtung wie bei ausländischen im Preise mitbezahlen, jede Maschine bis zur kleinsten Schraube vaterländisches Fabrikat ist, den Händler zu sparen.  
**Weil** zu jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Blattenfabrikat darauf spielen können, jede Maschine eine Klasse für sich bildet und meine Fabrik nicht erst gestern gegründet wurde, sondern seit 1898 besteht, daher für größtes Entgegenkommen bürgt.  
**Weil** ich an solvete Kunden ohne Anzahlung in Raten von 5 Kronen an liefere und 20 Monate Kredit gewähre.  
 Durchführung ohne Kaufzwang in der Fabrik.  
 Katalog gratis. Rein Wassenlaben.  
 Einzig Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs 66  
 Leop. S. Kumpert, Wien VII, Kaiserstrasse Nr. 65.

**Begünstigung.**  
**Achtung!** Allen Kollegen und deren Angehörigen empfehlen wir auf ihrer Reise nach

**Triest das „Hotel Balkan“**  
 in nächster Nähe der Südbahn auf das wärmste. Bei Vorweisung der Legitimation von den Zimmerpreisen ein 20 prozentiger Nachlass. Vorzügliche Wiener-Küche, ausgezeichnete Getränke. Kaffeehaus im Hotel. Telephon 1253.

**Danksagung.**  
 Für die uns anlässlich des Lebens meines unbegreiflichen, lieben Bruders **Karl Kraußel** bewiesene Teilnahme sowie für die zahlreichste Beteiligung und schönen Kranzgebenden bei seinem Begräbnis spreche wie allen Teilnehmern, insbesondere dem Herrn Direktor und dem Herrn Stationsvorstand in Gledes sowie den Herren Beamten, auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus.  
 Brüder Kraußel  
 Floridsdorf, Koloniestraße 54.

**Reste**  
 von Herren- u. Damenstoffen, welche sich im Verlauf der Saison angehäuft haben, gebe ich, solange der Vorrat reicht, zu tief herabgesetzten Preisen ab. Lassen Sie sich diesen Gelegenheitskauf nicht entgehen u. verlangen Sie kostenlose Bemusterung. 125  
 Tuchversandhaus Franz Schmidt  
 Jägerndorf Nr. 78 (Oesterr.-Schlesien).

**Danksagung.**  
 Da ich außerhause bin, allen einzelnen Herren Eisenbahnern für die mir entgegengebrachte Teilnahme anlässlich des Ablebens meiner innigst geliebten Gattin zu danken, erlaube ich alle Herren Eisenbahner, für ihre liebevolle Teilnahme meinen innigsten Dank entgegenzunehmen.  
 Hochachtungsvoll  
 Karl Bauer  
 Bahnhofrestaurant  
 Derselje-Kosina (Zfrien).

**Kaufe bei Kraus**  
 wer edle, schöne Webwaren schätzt, die seit 45 Jahren Weltruf haben.  
**Spezialität: Leinenwaren Zephyre.**  
**Muster kostenlos**  
**Leinenfabrik Jos. Kraus Nachod VII Böhmen.**

**1000fachen Dank**  
 für Ihre vorzügliche Pohl-Seife (Stück Nr. 120), durch welche ich nach kurzem Gebrauch vollkommen hergestellt wurde, obwohl ich bereits 84 Jahre an Gicht und Rheumatismus litt. Ich spreche Ihnen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. Leopold Ad he im, Fleischhauer, Wien III, Reibstockgasse 18.  
**Pohl-Seife**  
 die sich auch bei Wunden, Stichen, Jucken, Rheuma und Hautauschlägen vortrefflich bewährt, ist zu haben in Kartons à 4 Kr. direkt beim Fabrikanten H. G. Pohl, Brauhaus am Inn, Nr. 6, Bepost in Wien: Apotheken: I, Plantengasse 6, I, Graben 7, I, Reichsmarkt, I, Ober Marf. 8, XII, Meidlinger Hauptstraße 45.

**Schutzmittel „OLLA“**  
 Beste existierende Marke für Herren und Damen. Per Dutz. K 4.—, 6.—, 8.— und 10.—. Von mehr als 2000 Ärzten begutachtet und empfohlen. **Frauenschutz**, ein Ideal für jede Frau, jahrelang brauchbar, per Stück K 3.—, 5.— und 10.—. Neuheit für Herren, dauernd verwendbar, per Stück K 2.—. — Versand diskret. — Preisliste mit vielen Neuheiten gratis. (Verschlossen nur gegen 20 Heller-Marke.)  
 J. Bruner, hygien. Fabrikslager, Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E  
 Klage sich jedermann nur selbst an, wenn er unzufrieden ist. Wer mein Schutzmittel nur einmal versucht, glaubt gleich Columbus Amerika entdeckt zu haben. (Adresse beachten.)

**Männerkrank.**  
 Helfen und Heben „Schwäche“ von Spezialarzt Dr. Ruml. Neueste lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Beschäftigung und Heilung von Gehirns- und Nierenmarkbeschädigung, Geschlechtsnervenzerrüttung, Folgen nervenzunehmender Leidenheiten und Organe und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches von geradem unerschöpflichem gesundheitslichem Nutzen. Der Gesunde lernt sich vor Krankheit und Schmach zu schützen, der bereits Leidende aber leidet den sichersten Weg zu seiner Heilung kennen. Viele interessante, belehrende Abbildungen. Für Kr. 1.— in Briefmarken franko von Dr. med. Ruml, Genf 581 (Schweiz).

**Möbel Ausnahmungsverkauf!**  
 Beste Gelegenheit für Brautpaare u. Möbelkäufer.  
**Fünfhauser Möbelerie**  
**M. Eisenhammer 142**  
 Wien XV, Mariahilferstrasse  
 (neben der Bismarckgasse Schotterda).  
 Vollstetige Zimmerausstattungen von 140 Kr. aufwärts, Sälen-einrichtungen von 88 Kr. aufwärts, komplette Schlaf- und Speisezimmer, altpolier und modern, Gesseln von 280 Kr. aufwärts. Möbelle Leisten, weiß, grün, von 70 Kr. aufwärts. Alle Gattungen Möbel, Porzellan und Betteneinlage billig. Kleiner Preisrestaurant für die Besorgung gratis. Großer Möbelkatalog für 60 Heller in Briefmarken franko.  
 Beliebte Bestellungen streng reell wie bei persönlichem Auswähl.  
 Zufuhr zu allen Wohnstätten und Bezirks Wens kostenfrei.  
**Warnung!** Um meine B. L. Kunden vor Schaden Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelerie, da eine Rauteur meine Buchnummer als Preis mitbraucht, um meine p. l. Kunden zu täuschen. Köten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftspotal.  
 Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahndruckerei“ in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.  
 Guer Wohlgehohernt  
 Die Möbel sind in bester Ordnung angekommen und sind wie zur federn damit. Die Möbel waren so sorgfältig verpackt, dass nicht das geringste beschädigt war. Ich spreche Ihnen deshalb meinen besten Dank und vollste Zufriedenheit aus und werde Sie best in meinem Bekanntheitskreis empfehlen.  
 Hochachtungsvoll  
 Villach. Johann Gaisch, Konkubteur.

**Um meine Waschmaschinen zu 24 Kronen**  
 mit einem Schlage überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselbe zu obigem billigen En-gros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Durch Saisonersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwundlich! Größte Arbeitserleichterung! Schon die Wäsche wie bei der Handarbeit! Zahlbar innerhalb 3 Monaten. Schreiben Sie sofort an  
**Paul Alfred Goebel, Wien VIII/2, Albertgasse 3.**  
 Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht. Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

**Beste böhmische Bezugsquelle!**  
**Billige Bettfedern!**  
 1 kg graue, gute, gefüllene 2 K., bessere 2 K. 40; prima halbweiße 2 K. 50; weiße 4 K.; weiße, feine, 5 K. 10; 1 kg. beste, schweizerische, gefüllene 6 K. 40, 8 K.; 1 kg. Dänen (Blau), graue 6 K., 7 K.; weiße, feine 10 K.; beste feinstes Straußen 12 K.  
 Bei Abnahme von 5 kg franko.  
 S. Benisch

**Fertig gefüllte Betten**  
 aus dichtfüßigen roten, blauen, weißen oder gelben Flaum, 1 Fuchent, 180 cm lang, 120 cm breit, mit samt 2 Kopfkissen, jedes 60 cm lang, 40 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, saumigen Bettfedern 10 K., Halbdaunen 20 K.; Daunen 24 K.; einzelne Fuchente, 200 cm lang, 140 cm breit, 13 K., 14 K. 20, 17 K. 80, 4 K.; Kopfkissen, 90 cm lang, 70 cm breit, 4 K. 60, 5 K. 20, 5 K. 70; Unterzüge aus starkem, schlichten Strahl, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K. 80, 14 K. 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K. an franko. Austausch gestattet, für Rückzahlung Geld retourt.  
 S. Benisch in Droschenitz Nr. 153, Böhmen.  
 Reichhaltigste Preisliste gratis und franko.

**Billige Bettfedern und Daunen**  
 1 Kilo graue gefüllene K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße prima K 2.80, weiße K 4.—, prima dauenseidige K 6.—, hochprima K 7.—, 8.— und 9.60, Dänen graue, K 6.—, 7.—, weiße prima K 10.—, Straußen K 12.— von 5 Kilo an franko.  
**Fertig gefüllte Betten**  
 aus dichtfüßigem, rotem, blauem, gelbem oder weißem Flaum (Raufing), 1 Fuchent, ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfkissen, jedes ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, saumigen und dauerhaften Bettfedern K 16.—, Halbdaunen K 20.—, Daunenfedern K 24.—, Einzelne Fuchente K 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, Einzelne Kopfkissen K 3.—, 3.50, 4.—, Fuchente, 200 x 140 cm, groß, K 15.—, 15.—, 18.—, 20.—, Kopfkissen, 90 x 70 cm, groß, K 4.50, 5.—, 5.50. Unterzüge aus bestem Bettgrad, 180 x 116 cm, groß, K 15.— und K 16.—, versendet gegen Nachnahme oder Vorauszahlung  
 Max Berger in Droschenitz Nr. 423a, Böhmerwald.  
 Kein Risiko, da Austausch erlaubt oder Geld rückstattet wird. Reichhaltige Illustr. Preisliste aller Bettwaren gratis. 16

**Wilhelm Beck & Söhne**  
 k. u. k. Hoflieferanten  
**Wien VI, Hirschengasse 25**  
 Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungssorten  
 Preiskurante gratis und franko  
 Tuchfabrik: Mumpolec (Böhmen)

**Parteigenossen!**  
 Bestellen Sie jeder für eure Familie ein Paket feinerster, freier Restie, enthaltend: Prima Kanewas für Bettüberzüge, starken Semdenstoff, Seife für Hemden und Kleider, Bismarck, Blüten- und Kleiderstoffe, Leinwand etc. Alles in Prima Qualität. **40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr.** per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden.  
 Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.  
 Mit Parteigruß  
**Leopold Blöck, Sandweber**  
 in Nachod Nr. 17, Böhmen.  
 Mitglied der politischen Orts- und Nachorgankassen.

**Billige Bettfedern**  
 6 Kilo: neue gefüllene K 9.00 bessere K 12.—, weiße dauenseidige gefüllene K 18.—, K 24.—, schweizerische dauenseidige gefüllte K 30.—, K 35.—, K 42.—, aus bestem Bettflaum, gefüllt, 1 Duchen ober 1 Unterbett 180 cm lang, 116 cm breit K 10.—, K 12.—, K 15.— und K 18.—, 2 Meter lang, 140 cm breit K 12.—, K 15.—, K 18.—, K 21.—, K 24.—, K 28.—, 80 cm lang, 60 cm breit K 6.—, K 8.—, K 9.50, K 11.—, 90 cm lang, 70 cm breit K 4.50 und K 5.50. Aufmachung auch nach jeder beliebige. Mahangabe 9-teilige Gaar-Matratzen auf 1 Bett K 37.—, bessere K 39.—, Versand franko per Nachnahme von K 10.— aufwärts, Austausch und Rücknahme gegen Vorbezugszahlung gestattet. Versandt Gabel, Lobes Nr. 170 bei Büfen, Böhmen. 19

**Wandung, Eisenbahner!! Viel Geld erparen Sie beim Einkauf!**  
 Von Bekanntheiten elegante Herrenanzüge von K 14.—, Hülse von K 10.—, Bodenröcke, Wintermägen von K 15.—, Hosen von K 4.— aufwärts.  
 Großes Lager von feinen Herren-, Damen- und Kinderwaare, fertige Bettwäsche, weiße oder farbige, nur K 5.—, Leintücher K 1.50, schwere Bettstange, Damasktblend, Bettuch, Leinen, Schifone, Angine, per Stück nur K 9.50, Damasttblend, Tischtücher, Vorhänge K 3.—, Garantiert nur beste Güte Ware, alles erstklassig billig. Einzige in Wien nur bei  
**Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.**  
 Auch Kleidererhaltung, der Anna K 8.—, Provinverwand reell per Nachnahme.

**Wertheim-Nähmaschinen**  
**30 Tage zur Probe!**  
 Versand nach allen Orten der Monarchie.  
 Wertheim-Glettra K 85.—, Wertheim-Schwingschiff, Wertheim-Zentral-Bohlin.  
 Bekannt als vorzüglichste Maschinen für Haushalt und Gewerbe. Jede Maschine, die sich in der Probezeit nicht ausgezeichnet bewährt, nehmen wir antstandslos auf unsere Kosten zurück. Viele tausend an Beamte, Lehrer, Förster und Privatpersonen gelieferte Maschinen können überall festgestellt werden. Bestellen Sie meine Preisliste Nr. 132.  
 Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.  
**:: Nähmaschinen-Versandhaus Strauß ::**  
 Wien VII, Siebensterngasse 18.

**Uhren**  
 (In eigener Werkstätte reguliert und ro-passiert, daher streng verlässlich und genau funktionierend).  
**Gold-, Silber- u. optische Waren**  
 in neuen, sorgfältig gewählten Modellen erhalten Sie unter weitestgehenden Garantien gegen  
**mässige Teilzahlungen im Teilzahlungshaus Max Eckstein**  
 k. k. hoedeter Sachverständiger und handelsgerichtl. protok. Uhrmacher  
**Wien I, Wildpretmarkt 5**  
 I. Stock (im eigenen Hause). 17  
 Verlangen Sie meine reich illustrierte Preisliste